

100. Geschäftsbericht

SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK
BANQUE NATIONALE SUISSE
BANCA NAZIONALE SVIZZERA
BANCA NAZIONALE SVIZRA
SWISS NATIONAL BANK



1907
2007

Ziele und Aufgaben der Nationalbank

Auftrag

Die Schweizerische Nationalbank führt als unabhängige Zentralbank die Geld- und Währungspolitik des Landes. Sie muss sich gemäss Verfassung und Gesetz vom Gesamtinteresse des Landes leiten lassen, als vorrangiges Ziel die Preisstabilität gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung tragen. Sie setzt damit eine grundlegende Rahmenbedingung für die Entwicklung der Wirtschaft.

Preisstabilität

Preisstabilität ist eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Inflation und Deflation erschweren die Entscheide von Konsumenten und Produzenten, stören die wirtschaftliche Entwicklung und benachteiligen die Schwächeren. Die Nationalbank setzt Preisstabilität mit einem Anstieg des Landesindex der Konsumentenpreise von unter 2% pro Jahr gleich. Die geldpolitischen Entscheide werden aufgrund einer Inflationsprognose getroffen. Ihre Umsetzung erfolgt über die Steuerung des Dreimonats-Libors.

Bargeldversorgung

Die Nationalbank verfügt über das Monopol zur Ausgabe von Banknoten. Sie versorgt die Wirtschaft mit Noten, die hohen Qualitäts- und Sicherheitsansprüchen genügen. Im Auftrag des Bundes nimmt sie auch die Münzverteilung wahr.

Versorgung des Geldmarktes mit Liquidität

Die Nationalbank versorgt den Frankengeldmarkt über Repogeschäfte mit Liquidität und setzt damit die Geldpolitik um.

Bargeldloser Zahlungsverkehr

Im bargeldlosen Zahlungsverkehr engagiert sich die Nationalbank im Bereich der Grossbetragszahlungen zwischen den Banken. Diese werden im Swiss Interbank Clearing SIC über die Girokonten der SNB abgewickelt.

Anlage der Währungsreserven

Die Nationalbank verwaltet die Währungsreserven. Diese sichern das Vertrauen in den Franken und tragen dazu bei, Krisen zu verhindern bzw. zu überwinden. Sie können für Interventionen am Devisenmarkt eingesetzt werden.

Stabilität des Finanzsystems

Im Rahmen ihres Beitrags zur Stabilität des Finanzsystems analysiert die Nationalbank die Gefahrenquellen des Finanzsystems. Sie überwacht die systemrelevanten Zahlungs- und Effektenabwicklungssysteme und wirkt bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für den Finanzplatz mit.

Bankier des Bundes

Die Nationalbank wirkt als Bank des Bundes. Sie wickelt für den Bund Zahlungen ab, begibt Geldmarktbuchforderungen und Anleihen, besorgt die Verwahrung von Wertpapieren und führt Geld- und Devisengeschäfte aus.

Internationale Währungs Kooperation

Die Nationalbank nimmt zusammen mit den Bundesbehörden an der internationalen Währungs Kooperation teil und leistet technische Hilfe.

Statistik

Die Nationalbank erstellt Statistiken über die Banken und Finanzmärkte, die Zahlungsbilanz, das Auslandvermögen und die Finanzierungsrechnung der Schweiz.

Schweizerische Nationalbank
100. Geschäftsbericht 2007

Inhalt

4	Vorwort
6	Rechenschaftsbericht an die Bundesversammlung
7	Zusammenfassung
11	1 Geld- und Währungspolitik
11	1.1 Geldpolitisches Konzept
14	1.2 Internationale Konjunktorentwicklung
19	1.3 Wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz
28	1.4 Geldpolitische Entscheidungen
35	1.5 Statistik
37	2 Versorgung des Geldmarkts mit Liquidität
38	2.1 Ordentliche Instrumente der Geldmarktsteuerung
39	2.2 Liquiditätsversorgung
41	2.3 Weitere geldpolitische Instrumente
41	2.4 Ausserordentliche Liquiditätshilfe
42	2.5 Mindestreserven
43	2.6 SNB-repofähige Effekten
43	2.7 Konzertierte Liquiditätsmassnahmen der Notenbanken
44	3 Gewährleistung der Bargeldversorgung
44	3.1 Struktur der Bargeldversorgung
44	3.2 Banknoten
46	3.3 Münzen
47	4 Erleichterung und Sicherung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs
47	4.1 Erleichterung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs
50	4.2 Überwachung von Zahlungs- und Effektenabwicklungssystemen
54	5 Anlage der Aktiven
54	5.1 Grundlagen
54	5.2 Anlage- und Risikokontrollprozess
55	5.3 Aktivenstruktur
57	5.4 Risikoprofil der Anlagen
60	5.5 Anlageergebnis
61	6 Beitrag zur Stabilität des Finanzsystems
61	6.1 Monitoring des Finanzsystems
63	6.2 Überarbeitung der Liquiditätsregulierung für die Grossbanken
64	6.3 Eigenmittelanforderungen
65	6.4 Memorandum of Understanding mit der Eidgenössischen Bankenkommission
66	7 Mitwirkung bei der internationalen Währungskooperation
66	7.1 Internationaler Währungsfonds
68	7.2 Zehnergruppe
68	7.3 Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
69	7.4 Financial Stability Forum
70	7.5 OECD
70	7.6 Währungshilfekredite
70	7.7 Technische Hilfe
72	8 Bankdienstleistungen für den Bund

74	Hundertjahrjubiläum
75	Hundertjahrjubiläum
80	Jahresbericht
81	1 Rechtliche Rahmenbedingungen – Revision der Nationalbankverordnung
82	2 Organisation und Aufgaben
84	3 Corporate Governance
87	4 Personal, Ressourcen und Bankleitung
87	4.1 Personal
87	4.2 Ressourcen
89	4.3 Bankorgane und Direktion
91	5 Geschäftsgang
91	5.1 Jahresergebnis
92	5.2 Im Nationalbankgesetz vorgesehene Rückstellungen
94	5.3 Gewinnausschüttung
95	5.4 Währungsreserven
96	Jahresrechnung
97	1 Erfolgsrechnung und Gewinnverwendung 2007
98	2 Bilanz per 31. Dezember 2007
100	3 Veränderungen des Eigenkapitals
102	4 Anhang per 31. Dezember 2007
102	4.1 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
108	4.2 Erläuterungen zu Erfolgsrechnung und Bilanz
120	4.3 Erläuterungen zu den Ausserbilanzgeschäften
123	4.4 Risiken von Finanzinstrumenten
126	Anträge des Bankrats
127	Anträge des Bankrats an die Generalversammlung
128	Bericht der Revisionsstelle
129	Bericht der Revisionsstelle an die Generalversammlung
130	Aufstellungen
131	1 Geld- und währungspolitische Chronik 2007
132	2 Bankorgane und Regionale Wirtschaftsbeiräte
138	3 Organigramm
140	4 Publikationen
143	5 Adressen
144	6 Rundungsregeln und Abkürzungen

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Nach Art. 7 Abs. 2 des Nationalbankgesetzes legt die Nationalbank der Bundesversammlung jährlich in einem Bericht Rechenschaft über die Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss Art. 5 ab. Darüber hinaus unterbreitet die Nationalbank gestützt auf Art. 7 Abs. 1 ihren Jahresbericht und ihre Jahresrechnung dem Bundesrat zur Genehmigung, bevor diese samt dem Bericht der Revisionsstelle der Generalversammlung zur Abnahme vorgelegt werden.

Der vorliegende 100. Geschäftsbericht der Nationalbank enthält im ersten Teil (ab Seite 7) den Rechenschaftsbericht an die Bundesversammlung. Dieser wird der Generalversammlung der Aktionäre zur Information, nicht aber zur Beschlussfassung unterbreitet. Der Rechenschaftsbericht erläutert eingehend die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Nationalbank, namentlich die Führung der Geld- und Währungspolitik, und beschreibt auch die wirtschaftliche und monetäre Entwicklung im Berichtsjahr. Eine Zusammenfassung findet sich auf Seite 7ff.

Der Jahresbericht zuhanden des Bundesrats und der Generalversammlung (ab Seite 80) behandelt die organisatorische und betriebliche Entwicklung der Nationalbank sowie die Geschäftstätigkeit im engeren Sinn und enthält die Jahresrechnung mit Erfolgsrechnung, Bilanz und Anhang.

Die Nationalbank feierte 2007 ihr 100-jähriges Bestehen. Dazu organisierte sie verschiedene Anlässe, publizierte eine Festschrift, lancierte ein neues Bildungsangebot zur Ökonomie und veröffentlichte verschiedene historische Zeitreihen. Der offizielle Festakt mit zahlreichen Gästen aus dem In- und Ausland fand im Juni in Zürich statt.

Der Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 2007 hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck. Einerseits war in der Schweiz wie auch im übrigen Europa eine ausgesprochen günstige Entwicklung der Konjunktur mit einem erfreulichen Wachstum der Wirtschaft und einer Zunahme der Beschäftigung zu verzeichnen. Andererseits breiteten sich in der zweiten Jahreshälfte Turbulenzen im amerikanischen Hypothekenmarkt unerwartet rasch und heftig auf die meisten wichtigen internationalen Finanzmärkte aus. Bei vielen im US-Hypothekenmarkt engagierten Banken und Finanzinstituten führte dies zu einem hohen Abschreibungsbedarf. Die Unsicherheit, welche Institute wie stark betroffen waren, führte zu Vertrauensverlust und Verwerfungen an den internationalen Geldmärkten. Dies beeinträchtigte die Konjunkturaussichten primär in den USA. In welchem Ausmass davon die Weltwirtschaft und damit auch unser Land betroffen wird, ist zurzeit noch nicht zuverlässig abzuschätzen.

Die Verwerfungen an den Geld- und Finanzmärkten veranlassten verschiedene Zentralbanken wie auch die Schweizerische Nationalbank zu besonderen Massnahmen, um die Liquiditätsversorgung an den Geldmärkten sicherzustellen.

Das Jahresergebnis 2007 der Schweizerischen Nationalbank belief sich auf 8,0 Mrd. Franken (Vorjahr 5,0 Mrd.). Die Ausschüttung an Bund und Kantone für das Geschäftsjahr 2007 soll gemäss der aktuellen Gewinnausschüttungsvereinbarung wiederum 2,5 Mrd. Franken betragen.

Wir danken den Bankbehörden sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre wertvolle Unterstützung.

Bern und Zürich, 29. Februar 2008

Dr. Hansueli Raggenbass

Präsident des Bankrats

Dr. Jean-Pierre Roth

Präsident des Direktoriums

Rechenschaftsbericht an die Bundesversammlung

Das Direktorium der Schweizerischen Nationalbank (SNB) übermittelte am 18. Februar 2008 seinen gemäss Art. 7 Abs. 2 des Nationalbankgesetzes (NBG) erstellten Rechenschaftsbericht 2007 an die Bundesversammlung. Dieser im Folgenden wiedergegebene Bericht wird dem Bundesrat und der Generalversammlung der Aktionäre zur Information, nicht aber zur Beschlussfassung unterbreitet.

Zusammenfassung

Die Schweizerische Nationalbank legt der Bundesversammlung gemäss Art. 7 Abs. 2 des Nationalbankgesetzes (NBG) jährlich in einem Bericht Rechenschaft über die Erfüllung ihrer Aufgaben ab. Der vorliegende Bericht über das Jahr 2007 folgt in seiner Disposition dem Inhalt von Art. 5 NBG. Alle dort aufgeführten acht Aufgaben erhalten ein separates Kapitel.

(1) Die Geldpolitik ist im Gesamtinteresse des Landes zu führen. Sie soll Preisstabilität gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung tragen. Geldpolitische Impulse wirken mit erheblicher Verzögerung auf Produktion und Preise. Die Geldpolitik orientiert sich folglich nicht an der aktuellen Inflation, sondern an den Inflationsaussichten. Das geldpolitische Konzept basiert auf den drei Elementen Definition der Preisstabilität, mittelfristige Inflationsprognose und operatives Zielband für den anvisierten Geldmarktsatz.

Im Berichtsjahr wuchs die Weltwirtschaft erneut kräftig. Wichtige Impulse gingen von den europäischen und asiatischen Volkswirtschaften aus. Die langfristigen Zinssätze blieben niedrig und die Inflation war insgesamt moderat. Im zweiten Halbjahr führte die Verschärfung der amerikanischen Hypothekarkrise zu einer Neueinschätzung der Finanzmarktrisiken und einer abrupten Liquiditätsverknappung an den Geldmärkten.

Auch in der Schweiz hielt der Aufschwung an. Die Kapazitäten waren stark ausgelastet und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. Dank steigender Einkommen nahm der private Konsum deutlich zu. Die Dynamik der Weltwirtschaft und der Wechselkurs des Frankens gaben den Exporten Auftrieb und diese stimulierten die Ausrüstungsinvestitionen. Die Bauinvestitionen blieben hinter dem Vorjahresergebnis leicht zurück.

Geldpolitik

Die Geldpolitik der Nationalbank bewegte sich im Spannungsfeld von Hochkonjunktur, abgeschwächtem Wachstum in den USA, steigendem Ölpreis, sinkendem Frankenkurs sowie vorerst positiv gestimmten, später aber verunsicherten Finanzmärkten. Angesichts des Auftriebs in der Schweiz setzte die SNB die Normalisierung der Geldpolitik vorerst fort. Im März und im Juni hob sie das Zinsband für den Dreimonats-Libor um je einen viertel Prozentpunkt an. Im zweiten Halbjahr schuf die Finanzmarktkrise eine neue Lage. Einerseits hielt der Aufschwung an und es galt, die Preisstabilität nicht zu gefährden. Andererseits führte das Finanzmarktgeschehen zu Verunsicherungen und zu einer von höheren Zinsen begleiteten Verknappung am Geldmarkt. Im September beschloss die SNB, eine Entspannung am Geldmarkt herbeizuführen und den Dreimonats-Libor von 2,90% auf 2,75% zurückzuführen, gleichzeitig aber das Zinsband um 25 Basispunkte auf 2,25% – 3,25% anzuheben. Im Dezember ergab sich kein weiterer Anpassungsbedarf; die Anzeichen von Inflation verdienten geldpolitisch ebenso Beachtung wie jene einer abflachenden Weltkonjunktur.

Liquiditätsversorgung

(2) Die Nationalbank versorgt den Geldmarkt mit Liquidität. Sie setzt auf diese Weise die Geldpolitik um und wirkt bei Bedarf als Lender-of-last-Resort. Im zweiten Semester des Berichtsjahres führten Verwerfungen an den internationalen Geldmärkten zu Liquiditätsengpässen und einem markanten Anstieg der Risikoprämien. Die SNB begegnete der veränderten Lage vorerst punktuell mit grosszügigen Liquiditätszufuhren. Im September stellte sie sich dem durch höhere Risikoprämien verursachten Anstieg des Dreimonats-Libors entgegen, indem sie Liquidität mit Laufzeit von drei Monaten anbot und tiefere Reposätze verrechnete. Zur Stabilisierung der kurzfristigen Geldmarktsätze wurden häufig Feinsteuerungsoperationen durchgeführt. Ab Anfang Dezember stellte die SNB Mittel zur reibungslosen Jahresendfinanzierung der Banken bereit. Sie beteiligte sich überdies an konzertierten Liquiditätsmassnahmen (unter anderem an US-Dollar-Auktionen) führender Zentralbanken. Im Juni entschied das Direktorium, den Kreis der SNB-repofähigen Effekten – bei weiterhin hohen Anforderungen bezüglich Liquidität und Bonität – substanziell zu erweitern.

Bargeldversorgung

(3) Die Nationalbank verfügt über das Monopol zur Ausgabe von Banknoten. Sie versorgt die Wirtschaft über Banken und Post mit Noten und – im Auftrag des Bundes – mit Münzen. 2007 galt das Augenmerk wiederum der Pflege der Notenqualität und des Bargeldverkehrs, der Weiterentwicklung der Sicherheitsmerkmale sowie der vorausschauenden Abwehr von Fälschungsversuchen. Auf dem Weg zu einer nächsten Notenserie beauftragten die Bankbehörden die Grafikerin Manuela Pfrunder, Zürich, mit der Weiterarbeit an ihren Entwürfen.

(4) Die Nationalbank hat das Funktionieren der bargeldlosen Zahlungsverkehrssysteme zu erleichtern und zu sichern. Sie führt für die Banken Konten, steuert das Interbankzahlungssystem SIC, wirkt in den massgebenden Zahlungsverkehrsgremien mit und überwacht die Zahlungs- und Effektenabwicklungssysteme. Im Berichtsjahr beurteilte die SNB erstmals eingehend die Systembetreiber SIC, SECOM und x-clear und stellte fest, dass diese die Vorgaben im Wesentlichen einhalten.

Zahlungsverkehr

(5) Die Nationalbank verwaltet die Währungsreserven des Landes. Die Anlage der Aktiven untersteht dem Primat der Geldpolitik und erfolgt nach den Kriterien Sicherheit, Liquidität und Ertrag. Die Anlagen, hauptsächlich Devisen, Gold und Frankenforderungen aus Repos, blieben auch im Berichtsjahr auf die liquiden Währungen und Anlagemärkte sowie die höchsten Bonitäten konzentriert. Anlageuniversum und Portfolioanteile änderten sich wenig. Von den 2007 angekündigten Goldverkäufen von 250 Tonnen wurde ein Grossteil bereits vollzogen. Der Ertrag aus den Währungsreserven übertraf nochmals das langfristig zu erwartende Niveau. Das Gold stach dabei erneut heraus. Die Rendite auf den Devisenreserven wurde durch Kursverluste auf den Dollaranlagen geschmälert. Der Goldpreis und der Dollarkurs blieben die dominierenden Risikofaktoren.

Währungsreserven

(6) Die Nationalbank hat den Auftrag, zu einem stabilen Finanzsystem beizutragen. Sie zielt darauf ab, Systemrisiken früh zu erkennen und wirkt auf stabilisierende Rahmenbedingungen hin. Im Jahresbericht zur Finanzstabilität beurteilte sie das Bankensystem und die Finanzmarktinfrastruktur als stabil, wies aber auf Verwundbarkeiten hin. Die im zweiten Semester vom amerikanischen Hypothekarmarkt ausgegangenen Verwerfungen an den Finanzmärkten hatten potenziell bedrohliche Auswirkungen auch auf das schweizerische Finanzsystem und veranlassten die SNB und die Eidgenössische Bankenkommission (EBK) zu einem intensiven Monitoring der Grossbanken. Zusammen mit der EBK befasste sich die SNB mit der Reform der Liquiditätsregulierung der Grossbanken und der Implementierung der neuen Basler Eigenkapitalvereinbarung (Basel II). Mit der EBK wurde auch ein Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit im Bereich Finanzstabilität unterzeichnet.

Stabilität des Finanzsystems

Währungskooperation

(7) Die Nationalbank wirkt bei der internationalen Währungskooperation mit. Wichtige Foren bieten der Internationale Währungsfonds (IWF), die Zehnergruppe (G-10), die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), das Financial Stability Forum (FSF) sowie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Der IWF befasste sich mit der präventiven Überwachung seiner Mitgliedsländer, der Reform des Überwachungsprozesses, der Reform der Quoten- und Stimmrechtsverteilung sowie seinen Einkünften. Er führte multilaterale Konsultationen über eine koordinierte Strategie zur Reduktion der globalen Ungleichgewichte. Im Rahmen des Financial Sector Assessment Program (FSAP) beurteilte der IWF den Bankensektor der Schweiz als schockresistent. Die Ausschüsse der BIZ, in denen die SNB mitwirkte, widmeten sich der Bankenaufsicht, dem Zahlungsverkehr, dem Weltfinanzsystem und den Finanzmärkten. Die technische Hilfe der SNB konzentrierte sich auf die Länder der schweizerischen Stimmrechtsgruppe im IWF.

Bankier des Bundes

(8) Die Nationalbank erbringt für den Bund Bankdienstleistungen namentlich im Zahlungsverkehr, in der Bewirtschaftung der Liquidität und der Verwaltung von Wertschriften. Im Berichtsjahr wurden für den Bund Geldmarktbuchforderungen (GMBF) und Anleihen über 37,2 Mrd. Franken emittiert und 122 000 Zahlungstransaktionen ausgeführt.

1 Geld- und Währungspolitik

Trotz der Turbulenzen an den Finanzmärkten in der zweiten Jahreshälfte war 2007 von einer günstigen Konjunkturlage in der Schweiz und im Ausland geprägt. Im Bestreben, die monetären Bedingungen so zu gestalten, dass die gute Konjunkturlage die Preisstabilität nicht gefährdet, erhöhte die Nationalbank dreimal das Libor-Zielband für dreimonatige Anlagen in Schweizer Franken. Die Preisstabilität war gewährleistet.

Überblick

1.1 Geldpolitisches Konzept

Die Bundesverfassung beauftragt die Nationalbank als unabhängige Institution, im Gesamtinteresse des Landes die Geld- und Währungspolitik zu führen (Art. 99 BV). Der Auftrag wird im Nationalbankgesetz (Art. 5 Abs. 1) präzisiert. Dieses betraut die Nationalbank mit der Aufgabe, die Preisstabilität zu gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung zu tragen.

**Verfassungs- und
Gesetzesauftrag**

Die Nationalbank muss somit allfällige Zielkonflikte zwischen Preisstabilität und Konjunktorentwicklung im Gesamtinteresse bestmöglich lösen, wobei die Preisstabilität vorrangig ist. Die Verpflichtung auf das Gesamtinteresse verlangt, dass die Nationalbank ihre Politik auf die Bedürfnisse der schweizerischen Volkswirtschaft als Ganzes ausrichtet und nicht den Interessen einzelner Regionen oder Branchen den Vorzug gibt.

Die Preisstabilität trägt zum wirtschaftlichen Aufschwung bei. Stabile Preise sind eine wichtige Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft. Sowohl Inflation als auch Deflation beeinträchtigen die Entscheide der Wirtschaftssubjekte und verursachen hohe Kosten.

**Bedeutung der
Preisstabilität**

Die Geldpolitik zielt auf mittel- und langfristige Preisstabilität; sie soll anhaltende Inflation sowie Deflation verhindern. Vorübergehende Preisschwankungen lassen sich hingegen nicht über die Geldpolitik ausgleichen. Mit ihrem Streben nach Preisstabilität schafft die Nationalbank Rahmenbedingungen, die es der Wirtschaft ermöglichen, ihr Produktionspotenzial voll auszuschöpfen.

Um die Preisstabilität zu gewährleisten, muss die Nationalbank für angemessene monetäre Bedingungen sorgen. Zu tiefe Zinsen während einer zu langen Phase führen zu einer übermässigen Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Krediten und damit zu einer überhöhten Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Zwar kurbelt dies die Produktion zunächst an; auf die Dauer entstehen aber Engpässe. Die Produktionskapazitäten werden dann zu stark ausgelastet und das Preisniveau steigt. Umgekehrt bewirkt ein zu hohes Zinsniveau während einer zu langen Phase eine Verknappung der Geld- und Kreditversorgung und damit eine zu geringe Gesamtnachfrage. Dies wirkt sich dämpfend auf die Preise der Güter und Dienstleistungen aus.

Die Wirtschaft ist zahlreichen Schocks aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Die daraus entstehenden konjunkturellen Schwankungen erzeugen einen mehr oder weniger starken Preisdruck. Solche Entwicklungen lassen sich nicht vermeiden. Obwohl die Geldpolitik mittel- und langfristig ausgerichtet ist, kann sie dazu beitragen, derartige Schwankungen abzuschwächen.

Die Nationalbank wird mit vielen verschiedenen Situationen konfrontiert. Am häufigsten kommt es zu Inflations- oder Deflationsschüben, wenn sich die Gesamtnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen nicht im Gleichschritt mit den Produktionskapazitäten der Wirtschaft entwickelt. Eine solche Konstellation kann zum Beispiel bei unvorhergesehenen Schwankungen des Konjunkturverlaufs im Ausland, starken Wechselkursbewegungen, zerrütteten Staatsfinanzen oder unangemessener Geldversorgung in der Vergangenheit entstehen. Die preistreibenden Effekte verstärken sich, wenn die Wirtschaft überhitzt ist, und lassen nach, wenn die Produktionskapazitäten nicht voll ausgelastet sind. Die Nationalbank muss dann die Preisstabilität schrittweise wiederherstellen; sie wird im ersten Fall ihre Geldpolitik tendenziell straffen, im zweiten Fall lockern. Eine auf Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik hat folglich einen korrigierenden Einfluss auf die Gesamtnachfrage und verstetigt so die Konjunktorentwicklung.

Die Situation ist komplexer, wenn Preiserhöhungen durch Schocks ausgelöst werden, welche die Kosten der Unternehmen ansteigen lassen und diese zu einer Verminderung ihrer Produktion veranlassen. Eine anhaltende Verteuerung des Erdöls wäre ein Beispiel dafür. In einem solchen Fall muss die Geldpolitik einerseits dafür sorgen, dass die höheren Produktionskosten nicht in eine Inflationsspirale münden, und andererseits verhindern, dass die von den Schocks betroffenen Unternehmen nicht zu stark benachteiligt werden. Eine übereilte Wiederherstellung der Preisstabilität würde die Gefahr starker negativer Auswirkungen auf Konjunktur und Beschäftigung mit sich bringen.

Auch wenn die Nationalbank in ihren geldpolitischen Entscheidungen die konjunkturelle Entwicklung berücksichtigt, darf von ihr nicht erwartet werden, dass sie den Wirtschaftsverlauf feinsteuert. Es bestehen zu viele Unsicherheiten sowohl hinsichtlich der Auslöser und der Dauer der Schocks, welche die Wirtschaft tangieren, als auch im Hinblick auf die Übertragungsmechanismen, die Verzögerungen und das Ausmass, mit denen die geldpolitischen Massnahmen auf Konjunktur und Preise wirken.

Das geldpolitische Konzept, das seit dem Jahr 2000 in Kraft ist, beruht auf drei Elementen: einer Definition der Preisstabilität, einer mittelfristigen Inflationsprognose und – auf operativer Ebene – einem Zielband für einen Referenzzinssatz, den Libor (London interbank offered rate) für dreimonatige Anlagen in Schweizer Franken.

Die Nationalbank setzt die Preisstabilität mit einem Anstieg des Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) von weniger als 2% pro Jahr gleich. So trägt sie der Tatsache Rechnung, dass nicht jeder Preisanstieg zwangsläufig inflationär ist. Auch betrachtet sie die Teuerung als nicht genau messbar. Messprobleme ergeben sich etwa bei qualitativen Verbesserungen von Gütern und Dienstleistungen. Solche Veränderungen sind im LIK nur unvollständig berücksichtigt; dies führt dazu, dass die gemessene Teuerung tendenziell leicht überzeichnet wird.

Die Inflationsprognose spielt im geldpolitischen Konzept der Nationalbank eine Doppelrolle. Einerseits dient sie als Hauptindikator für den Zinsentscheid, andererseits ist sie eine wichtige Komponente der Kommunikationspolitik der Nationalbank.

**Rollen der
Inflationsprognose**

Die Nationalbank prüft regelmässig, ob ihre Geldpolitik im Hinblick auf die Gewährleistung der Preisstabilität angemessen ist. Dazu veröffentlicht sie vierteljährlich eine Inflationsprognose für die kommenden drei Jahre. Diese Periode entspricht etwa dem Zeitbedarf für die Übertragung geldpolitischer Impulse auf die Wirtschaft. Auch wenn ein so langer Prognosezeitraum mit grossen Unsicherheiten behaftet ist, unterstreicht die Nationalbank mit der Publikation einer mittel- bis langfristigen Prognose die Notwendigkeit, eine vorausschauende Haltung einzunehmen und früh genug auf Inflations- sowie Deflationsgefahren zu reagieren.

**Vierteljährliche
Veröffentlichung der
Inflationsprognose**

Die von der Nationalbank veröffentlichte Inflationsprognose beruht auf einem Szenario zur internationalen Konjunktorentwicklung. Sie wird überdies in der Annahme erstellt, dass der zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung anvisierte Libor über die nächsten drei Jahre unverändert bleibt. Die von der Nationalbank bekannt gegebene Prognose zeigt damit auf, wie sich die Preise aufgrund eines bestimmten Szenarios der Weltkonjunktur und einer unveränderten Schweizer Geldpolitik entwickeln würden. Diese Prognose ist somit nicht direkt mit den Vorhersagen anderer Institute vergleichbar, da diese die erwarteten geldpolitischen Entscheidungen einbeziehen.

Mittel- und langfristig hängt die Preisentwicklung im Wesentlichen von der Geldversorgung ab. Die Geldaggregate und Kredite nehmen in verschiedenen quantitativen Modellen zur Erstellung der Inflationsprognose eine wichtige Rolle ein. Kurzfristig sind meistens andere Indikatoren, die sich zum Beispiel auf die Konjunktur, die Wechselkurse oder die Ölpreise beziehen, für die Berechnung der erwarteten Inflation von Bedeutung.

**Indikatoren zur Erstellung
der Inflationsprognose**

Die Nationalbank kommentiert regelmässig den Verlauf der wichtigsten geldpolitischen Indikatoren, die ihre Inflationsprognose bestimmen. Die verwendeten Modelle werden in verschiedenen Publikationen der Nationalbank erläutert.

Da die von der Nationalbank bekannt gegebene Inflationsprognose den geldpolitischen Entscheid des Direktoriums widerspiegelt, können die Wirtschaftssubjekte die wahrscheinliche zukünftige Entwicklung des Libors aus der Form der Kurve ableiten.

**Kommunikation mittels
Inflationsprognose**

Wenn die prognostizierte Inflation ausserhalb des Bereichs der Preisstabilität zu liegen kommt, kann eine Anpassung der Geldpolitik nötig sein. Droht die Inflation dauerhaft über 2% zu steigen, wird die Nationalbank demnach eine Straffung ihrer Geldpolitik ins Auge fassen. Umgekehrt wird sie eine Lockerung vorsehen, wenn eine Deflation zu befürchten ist.

**Überprüfung der Geldpolitik
unter Berücksichtigung der
Inflationsprognose**

Die Nationalbank reagiert aber nicht mechanisch auf die Inflationsprognose. Sie berücksichtigt auch die generelle Wirtschaftslage, um die Form und das Ausmass ihrer Reaktion zu bestimmen. Besonders in aussergewöhnlichen Situationen, etwa nach einem plötzlichen starken Anstieg der Erdölpreise oder nach heftigen Wechselkursschwankungen, muss nicht unbedingt eine Korrektur der Geldpolitik erfolgen, wenn die Inflation vorübergehend 2% überschreitet. Das Gleiche gilt bei kurzzeitigem Deflationsdruck.

Zur Umsetzung ihrer Geldpolitik legt die Nationalbank ein Zielband für den Libor für dreimonatige Anlagen in Schweizer Franken fest. Sie gibt dieses Zielband, welches gewöhnlich eine Bandbreite von einem Prozentpunkt aufweist, regelmässig bekannt und hält den Libor in der Regel in der Mitte des Zielbandes.

Die Nationalbank überprüft ihre Geldpolitik jeweils anlässlich der vierteljährlichen Beurteilung der wirtschaftlichen und monetären Lage. Falls die Umstände es erfordern, kann sie zudem das Zielband für den Libor anpassen, ohne die nächste vierteljährliche Lagebeurteilung abzuwarten. Sie kommentiert ihre Entscheide in einer Medienmitteilung.

1.2 Internationale Konjunktorentwicklung

Das Jahreswachstum der Weltwirtschaft betrug 2007 zum dritten aufeinanderfolgenden Mal rund 5%. Dieses hervorragende Resultat ist vor allem auf die anhaltende Dynamik der Schwellenländer – namentlich in Asien – zurückzuführen, aber auch auf die weltweit günstigen finanziellen Bedingungen. Trotz der graduellen Straffung der Geldpolitik in zahlreichen Ländern verharren die langfristigen Realzinssätze auf tiefem Niveau, was den Finanzaktiven und dem Kreditmarkt zugute kam.

Nach geografischen Kriterien entwickelte sich die Wirtschaft weniger einheitlich als 2006. Während sich das starke Wachstum der Schwellenländer fortsetzte und sich die europäische Wirtschaft in einem über dem langjährigen Trend liegenden Mass weiterentwickelte, liess die Tätigkeit in den USA merklich nach.

Das Jahr 2007 war durch einen starken Anstieg der Erdölpreise geprägt. Im vierten Quartal 2007 kostete ein Barrel Erdöl im Schnitt 90 Dollar – ein noch nie erreichter Preis –, was im Vorjahresvergleich einer Verteuerung um 50% entspricht. Einen solchen Preisanstieg gab es letztmals 2004. Erklärt wird der Preisauftrieb vornehmlich durch das robuste Wachstum der Nachfrage aus den Schwellenländern und durch die geringen Überkapazitäten, insbesondere in den OPEC-Staaten.

Ein weiteres auffallendes Merkmal des Jahres 2007 war die starke Zunahme der Volatilität an den Finanzmärkten. Die steigende Zahl der Pfändungen und Zahlungsausfälle am Subprime-Hypothekenmarkt in den USA führte im Sommer zu einer jähen Neubewertung der entsprechenden Aktiven und der dazugehörigen Derivate. Die Ungewissheit über das Ausmass und die Verteilung der Verluste trocknete einige Teile des Kreditmarktes aus und liess die Kosten für Interbankenkredite stark ansteigen. Infolge der Kreditmarktkrise gaben die wichtigsten Aktienindizes wegen der scharfen Korrektur der Börsenkurse der Finanzinstitute nach. Darüber hinaus erreichte die Volatilität des Aktienmarktes ein ähnliches Ausmass wie 2000, als die Technologieblase platzte. Schliesslich bewirkte die Risikoaversion der Investoren einen Rückgang der Renditen der Staatstitel und eine Erhöhung der Risikoprämien auf Unternehmensanleihen. Diese Entwicklungen haben die finanziellen Bedingungen der fortgeschrittenen Volkswirtschaften in der zweiten Jahreshälfte deutlich erschwert.

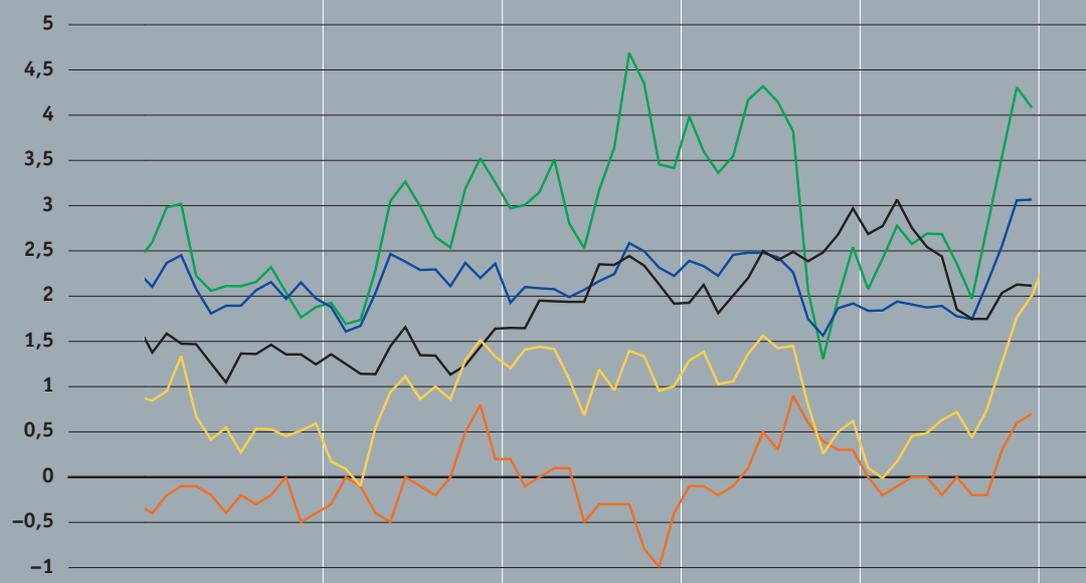
Bruttoinlandprodukt

— USA
— Japan
— Eurozone
— Vereinigtes Königreich
— Schweiz
 Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent, real
 Quellen: Thomson Datastream, SECO



Teuerung

— USA
— Japan
— Eurozone
— Vereinigtes Königreich
— Schweiz
 In Prozent
 Quellen: Thomson Datastream, BFS



Die Aktivität in den USA flachte 2007 weiter ab. Mit 2,2% (2006: 2,9%) lag das Jahreswachstum des BIP deutlich unter dem langjährigen Trend. Diese Abschwächung widerspiegelt die deutliche Anpassung der Wohnbauinvestitionen. Zwischen Januar und Dezember 2007 ging die Zahl der Hausverkäufe und Baubeginne um etwa 30% zurück. Die Auswirkungen auf die Hauspreise waren frappant: In diesem Zeitraum verzeichneten einige Indizes landesweit einen Rückgang von fast 10%.

Die übrigen Komponenten der Inlandnachfrage verzeichneten hingegen eine starke Zunahme. Die privaten Haushalte konsumierten in hohem Mass Dienstleistungen und dauerhafte Güter, was die nachlassende Dynamik bei den Konsumgütern des täglichen Bedarfs ausglich, deren Absatz vor allem unter den höheren Benzinpreisen litt. Gestützt durch die gewerblich-industrielle Bautätigkeit verzeichneten die Investitionen der Unternehmen weiterhin eine steigende Tendenz. Diese Entwicklung widerspiegelt zum Teil die Kapazitätsausweitung, die nötig geworden war, um dem starken Anstieg der Auslandnachfrage begegnen zu können. Im Gegensatz zu den Vorjahren war 2007 der Nettobeitrag des Aussenhandels positiv (0,6 Prozentpunkte). Dieses Resultat ist auf die robuste Nachfrage aus Asien und Europa, die anhaltende Abschwächung des Dollarkurses und die durch die Ölpreiserhöhung gedämpfte US-Energienachfrage zurückzuführen.

Die Bedingungen am US-Arbeitsmarkt blieben günstig. Die Beschäftigung verlangsamte sich etwas, worauf die Zahl der Arbeitslosen leicht zunahm. Die Arbeitslosenquote lag jedoch im vierten Quartal 2007 mit 4,8% (viertes Quartal 2006: 4,5%) unter dem langjährigen Durchschnitt.

Abgesehen vom Immobiliensektor verzeichnete die US-Wirtschaft 2007 eine gute Leistung, die jedoch nicht über die Verschlechterung der makroökonomischen Indikatoren am Jahresende hinwegtäuschen darf. Der rasche Anstieg der Benzinpreise und die Turbulenzen an den Finanzmärkten erschütterten das Vertrauen der privaten Haushalte und der Unternehmen. Im vierten Quartal 2007 lagen die meisten Vertrauensindizes auf dem tiefsten Stand seit zwei Jahren und die Indizes der Aktivität im verarbeitenden Sektor zeigten nur eine ganz schwache Steigerung an. Nachdem das BIP im zweiten und dritten Quartal stark gewachsen war, verlangsamte es sich deutlich in den drei letzten Monaten des Jahres.

Die wirtschaftliche Tätigkeit in der Eurozone zeichnete sich 2007 wiederum durch ein robustes, wenn auch von Land zu Land unterschiedliches Wachstum aus, wobei das BIP um 2,7% (2006: 2,9%) zunahm. Der Wirtschaftszyklus der Eurozone folgte einem traditionellen Verlauf, bei dem die Steigerung der Exporte die Unternehmensinvestitionen und die Beschäftigung ankurbelte. Als Folge der starken Kapazitätsauslastung und der Unternehmensgewinne, beide auf einem historischen Höchststand, stiegen die Ausgaben für Ausrüstungsgüter markant. Der private Konsum blieb jedoch trotz des kontinuierlichen Rückgangs der Arbeitslosigkeit moderat. Diese Entwicklung ist hauptsächlich der Erhöhung der Mehrwertsteuer in Deutschland und dem Preisaufschlag beim Benzin zuzuschreiben.

Die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt verbesserten sich stetig. Die Arbeitslosenquote sank während des ganzen Jahres weiter und erreichte 7,2% im Dezember 2007, den tiefsten Stand seit dem offiziellen Beginn der von Eurostat berechneten Reihe (Januar 1993). Diese Entwicklung ist auf die starke Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften, die bescheidenen Lohn-erhöhungen und die in den letzten Jahren vor allem in Deutschland vorge-nommenen Strukturreformen des Arbeitsmarktes zurückzuführen.

Wie die USA verzeichnete auch die Eurozone am Jahresende eine Verschlechterung des makroökonomischen Umfelds. Die meisten Indikatoren zum Geschäftsgang sowohl im Industrie- als auch im Dienstleistungssektor sanken im Herbst, lagen jedoch weiterhin über dem langjährigen Mittelwert. Neben der durch die Turbulenzen am Kreditmarkt bedingten Straffung der finanziellen Bedingungen beeinträchtigte auch die Aufwertung des Euros die Exportaussichten.

Die Schwellenländer Asiens (China, Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan) verzeichneten 2007 aufgrund der Dynamik des Handels in der Region und der Nachfrage nach Investitionen erneut einen namhaften Auftrieb. In China betrug das BIP-Wachstum zum fünften Mal in Folge mehr als 10%. Der Anstieg der Unternehmensgewinne sowie günstige finanzielle Bedingungen stützten die kräftige Zunahme der Investitionen. Die rege Exporttätigkeit führte zu einem bedeutend höheren Handelsbilanzüberschuss.

Die übrigen Schwellenländer der Region verzeichneten ebenfalls über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre liegende Wachstumsraten. Sie profitierten vom Aufschwung der weltweiten Nachfrage im Bereich der Infor-mationstechnologien und von der Erholung der Inlandnachfrage im Zuge der Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt.

In Japan beruhte das Wachstum im Jahr 2007, das bei 1,9% (2006: 2,4%) lag, auf der Dynamik der benachbarten Volkswirtschaften und der Schwäche des Yens. Der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen dauerte dank der guten finanziellen Lage der Unternehmen an, während sich der Privatkonsum wegen der geringen Lohnerhöhungen weiterhin schwach entwickelte.

Im Jahr 2007 nahm der Inflationsdruck in den fortgeschrittenen Volks-wirtschaften zu. Im Dezember näherte sich die am Konsumentenpreisindex gemessene Teuerung in den USA der 4%-Marke und in Europa der 3%-Marke; dies war eine Folge der stark erhöhten Rohstoffpreise in der zweiten Jahres-hälfte, namentlich der Preise für Erdöl und Nahrungsmittel.

In den USA liess der Anstieg des Konsumentenpreisindex – ohne Nahrungsmittel und Energie – im Laufe des Jahres nach; der Index lag im Dezember 2007 bei 2,4% (Dezember 2006: 2,6%), was namentlich auf einen Rückgang bei den Wohnkosten zurückzuführen ist. In der Eurozone stieg der entsprechende Kernindex Ende Jahr leicht über 2%, während derselbe Index in Japan praktisch unverändert blieb.

Anhaltende Dynamik in Schwellenländern Asiens

Fortgesetztes Wachstum in Japan

Inflation am Jahresende tendenziell steigend

Geldpolitik zahlreicher Länder beeinträchtigt

Vor dem Hintergrund der robusten Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit in der ersten Jahreshälfte hoben mehrere Zentralbanken die Referenzzinssätze an, um mittelfristig die Inflation im Griff zu haben. Die Mitte Jahr aufgetretenen Turbulenzen an den Finanzmärkten und die daraus entstandenen Unsicherheiten beeinträchtigten die Geldpolitik der Zentralbanken.

So unterbrach die Europäische Zentralbank ihre schrittweise Anhebung des Referenzzinssatzes, nachdem sie ihn in der ersten Jahreshälfte um 50 Basispunkte auf 4% erhöht hatte. Die japanische Zentralbank belies den Referenzzinssatz ab Februar unverändert bei 0,5%. Um den Folgen der starken Korrektur am US-Immobilienmarkt und der Erhöhung der Refinanzierungssätze in den USA zu begegnen, senkte das Fed den Zielsatz für die Federal Funds Rate um 100 Basispunkte, so dass er Ende Jahr bei 4,25% lag.

Um die vom Austrocknen bedrohten Interbanken-Refinanzierungsmärkte funktionsfähig zu halten, nahmen die meisten Zentralbanken vorübergehend bedeutende Liquiditätszufuhren vor.

Unsichere Aussichten für 2008 ...

Für 2008 bleiben die Wachstumsaussichten insgesamt günstig, auch wenn die Weltwirtschaft in eine turbulente Phase geraten ist, welche die Prognosen mit grosser Unsicherheit behaftet. In den USA lässt die hohe Zahl der unverkauften Häuser auf eine weitere Verringerung der Wohnbauinvestitionen in den kommenden Quartalen schliessen. Auch der private Konsum dürfte angesichts der sinkenden Häuserpreise und der stark steigenden Benzin- und Nahrungsmittelpreise abflauen. Das in den USA erwartete zwar positive, jedoch geringe BIP-Wachstum dürfte das Export- und Investitionsgeschäft in Europa und Japan dämpfen. Auch der erhöhte Wechselkurs des Euro dürfte die Aktivität in der Eurozone schwächen. Angesichts der steten Verbesserung der Beschäftigung sollte sie aber trotzdem weiter wachsen. Die Dynamik der Schwellenländer dürfte den fortgeschrittenen Volkswirtschaften einen starken Rückhalt geben.

... und Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft

Die weltweiten Wachstumsaussichten sind jedoch mit Abwärtsrisiken behaftet. Die Finanzmarkturbulenzen könnten die Bedingungen für die Kreditvergabe an private Haushalte und Unternehmen verschärfen und somit die Ausgaben dieser Wirtschaftsakteure bremsen, vor allem in den USA und in Europa. Zu befürchten ist ebenfalls, dass die Immobilienkrise viel stärker als bisher auf die übrigen Sektoren der US-Wirtschaft übergreift. Ferner stellen die Ungleichgewichte in den Ertragsbilanzen weiterhin ein grosses Risiko dar, denn sie könnten, wenn sie eine abrupte Korrektur erfahren, die Weltwirtschaft destabilisieren. Schliesslich könnten die Spannungen an den Rohstoffmärkten neue, für das Wachstum der fortgeschrittenen Volkswirtschaften nachteilige Kurssteigerungen hervorrufen und ein Inflationsrisiko bergen.

1.3 Wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz

Die Schweizer Konjunktur war 2007 in guter Verfassung und das BIP-Wachstum blieb auf hohem Niveau, wobei es die 2006 gemachten Prognosen übertraf. Im Zuge der äusserst dynamischen Entwicklung in jenem Jahr war das Wachstum 2007 breit abgestützt. Die Auslastung der Produktionskapazitäten lag weiterhin über dem langjährigen Durchschnitt und die Situation am Arbeitsmarkt hellte sich merklich auf.

Zu den wichtigsten konjunkturellen Antriebskräften zählten die gute weltweite Wirtschaftslage und die Schwäche des Frankens gegenüber dem Euro, welche die Nettoexporte begünstigten, auch wenn deren Wachstumsbeitrag im Laufe des Jahres nach und nach zurückging. Ausserdem unterstützten vorteilhafte Finanzierungsbedingungen sowie die günstige Entwicklung der Beschäftigung und der Einkommen die Inlandnachfrage. In den ersten drei Quartalen 2007 erreichte das reale BIP-Wachstum 2,8%. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten berührten die Schweizer Konjunktur kaum; diese blieb im vierten Quartal robust.

Schweizer Konjunktur in guter Verfassung

Reales Bruttoinlandprodukt

Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2003	2004	2005	2006	2007 ¹
Privater Konsum	0,9	1,6	1,8	1,5	2,0
Konsum des Staates und der Sozialversicherungen	1,9	0,8	0,5	-1,4	-0,9
Investitionen	-1,2	4,5	3,8	4,1	3,4
Bau	1,8	3,9	3,5	-1,4	-2,6
Ausrüstungsgüter	-3,6	5,0	4,0	8,9	8,3
Inlandnachfrage	0,5	1,9	1,8	1,4	0,2
Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen	-0,5	7,9	7,3	9,9	10,3
Gesamtnachfrage	0,2	3,8	3,6	4,3	3,8
Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen	1,3	7,3	6,7	6,9	6,0
Bruttoinlandprodukt	-0,2	2,5	2,4	3,2	2,8

¹ Durchschnitt der ersten drei Quartale 2007.

Quellen: BFS, SECO

Im ersten Halbjahr 2007 verzeichneten die Exporte von Gütern und Dienstleistungen ein dynamisches Wachstum und übertrafen das beachtliche Niveau von 2006. Dank einer steigenden Nachfrage nach Ausrüstungs- und Konsumgütern, die vorwiegend aus den Ländern Europas und Südasiens sowie aus den Erdöl produzierenden Staaten kam, blieben die Exporte äusserst hoch. Die Ausfuhren in die USA liessen dagegen im Verlauf des ganzen Jahres nach.

Hohe Exporte im ersten Halbjahr ...

Die Wachstumsdynamik der Exporte flachte in der zweiten Jahreshälfte geringfügig ab. Die Abschwächung traf den Dienstleistungssektor – und hier insbesondere die Bankkommissionen auf Transaktionen ausländischer Kunden – etwas stärker als den Gütersektor.

... und gute Entwicklung im zweiten Halbjahr

Allmähliche Zunahme des Wachstums der Importe im Jahresverlauf

Nachdem der Jahresbeginn von einem unterdurchschnittlichen Wachstum der Güter- und Dienstleistungsimporte geprägt war, verzeichnete das zweite Quartal 2007 eine leichte Besserung, namentlich dank der Importe von Ausrüstungsgütern, die grossenteils von den Unternehmensinvestitionen gefördert wurden. Erst im zweiten Halbjahr legten die Importe von Gütern und Dienstleistungen wirklich zu. Während die Nachfrage nach importierten Ausrüstungsgütern etwas nachgab, begünstigte jene nach dauerhaften Gütern das Importwachstum in der zweiten Jahreshälfte.

Starke Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen ...

Da die Auslastung der Produktionskapazitäten über dem langjährigen Durchschnitt lag, erhöhten sich die Ausrüstungsausgaben weiter. Ihre Zunahme war dank vorteilhafter Bedingungen wie tiefer Zinsen, guter Konjunkturaussichten und steigender Unternehmensgewinne besonders stark. Die grösseren Ausrüstungsinvestitionen hatten eine bessere Anpassung des Kapitalbestands an die Produktion zur Folge, was sich im zweiten Halbjahr 2007 in einem Rückgang des Auslastungsgrades der Produktionskapazitäten widerspiegelte.

... und Verlangsamung der Bautätigkeit

Im Gegensatz zu den Ausrüstungsinvestitionen zeichneten sich die Bauinvestitionen durch eine abnehmende Tendenz aus. Dieser Rückgang ist in erster Linie auf eine geringere Wohnbautätigkeit zurückzuführen, die jedoch infolge der guten Entwicklung in den Vorjahren auf einem hohen Niveau blieb. Was die übrige Bautätigkeit anbelangt, stieg der Bau von Geschäftsräumen an, analog zur allgemeinen Wirtschaftstätigkeit; doch das Wachstum im öffentlichen Bausektor stagnierte.

Steigende Beschäftigung ...

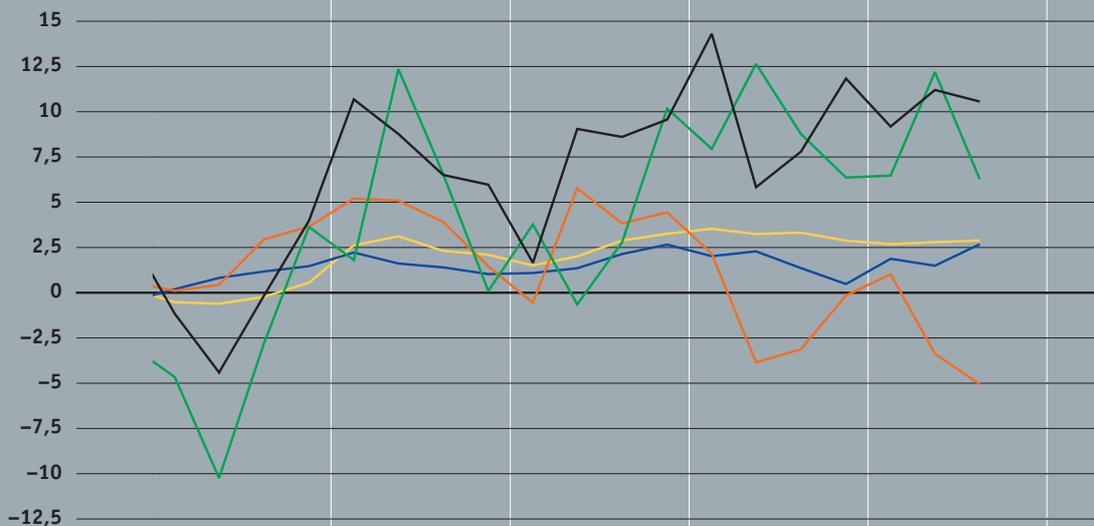
Begünstigt durch die robuste Konjunktur hellte sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter auf. In den ersten drei Quartalen von 2007 wurden rund 82 000 neue Stellen geschaffen. Anfang 2007 trieb der verarbeitende Sektor diese Expansion an, doch ab Mitte Jahr wuchs auch die Beschäftigung im Dienstleistungssektor in verstärktem Mass. Obwohl 2007 nahezu Vollbeschäftigung herrschte, erreichte der Überhang der Nachfrage nach Arbeitskräften, gemessen an den offenen Stellen, nie Werte wie in den Jahren 2000 und 2001. Das Abkommen über die Personenfreizügigkeit öffnete den Schweizer Arbeitsmarkt für EU-Bürger, was den Mangel an Arbeitskräften teilweise zu entschärfen vermochte. Diese Entwicklung widerspiegelte sich zum Teil darin, dass rund 40% der geschaffenen Stellen durch Arbeiter ausländischer Herkunft besetzt wurden.

... und rückläufige Arbeitslosigkeit

Bei einer dynamischen Beschäftigungslage fiel die Arbeitslosigkeit kontinuierlich von 3% im Januar auf 2,6% im Dezember (saisonbereinigt). Auch die Quote der Stellensuchenden sank weiter, und zwar von 4,6% im Januar auf 4% im Dezember. Diese Quote berücksichtigt nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch jene Personen, die auf ihrer Stellensuche entweder temporär in Beschäftigungs- oder Ausbildungsprogrammen angestellt sind oder einem Zwischenverdienst nachgehen.

Bruttoinlandprodukt und Komponenten

— Bruttoinlandprodukt
— Privatkonsum
— Bauinvestitionen
— Ausrüstungsinvestitionen
— Exporte
 Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent, real
 Quelle: SECO



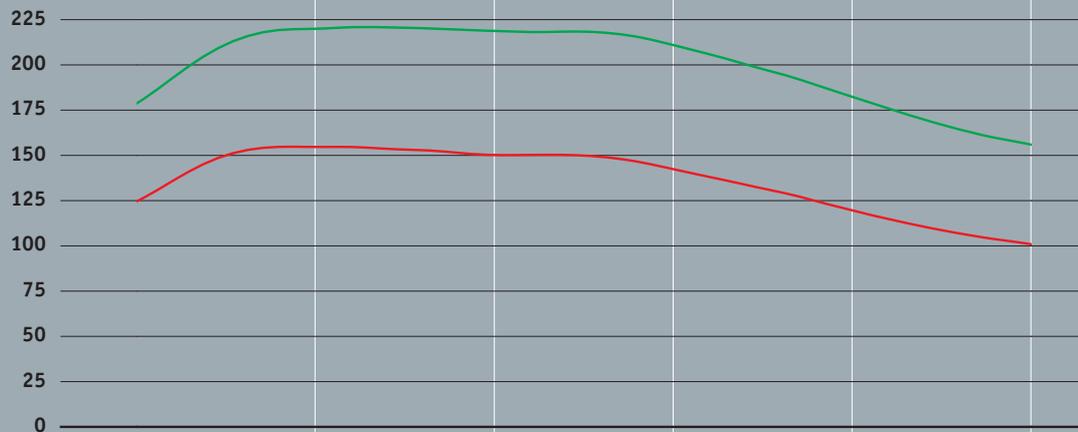
Aussenhandel

— Importe von Gütern und Dienstleistungen
— Exporte von Gütern und Dienstleistungen
 In Mrd. Franken, real, saisonbereinigt
 Quelle: SECO



Arbeitsmarkt

— Arbeitslose
— Stellensuchende
 In Tausend, saisonbereinigt und geglättet
 Quelle: SECO



Arbeitsmarkt

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Beschäftigung in vollzeit- äquivalenten Stellen ^{1, 2}	0,1	-0,9	0,0	0,2	1,4	2,6
Arbeitslosenquote in Prozent	2,5	3,7	3,9	3,8	3,3	2,8
Quote der Stellensuchenden in Prozent	3,8	5,2	5,6	5,5	5,0	4,3
Schweizerischer Nominallohnindex ^{1, 2}	1,8	1,4	0,9	1,0	1,2	1,4
Index der Lohnsumme, nominal ^{1, 2, 3}	5,4	1,5	0,7	2,6	3,9	5,5

1 Veränderung gegenüber
Vorjahr in Prozent

2 2007: Durchschnitt der
ersten drei Quartale

3 An die AHV bezahlte
Lohnbeiträge

Quellen: AHV, BFS, SECO

Steigende Reallöhne und Boni

Da beinahe Vollbeschäftigung herrschte, stiegen die Reallöhne zwar, aber nur moderat. Gemäss dem Schweizerischen Lohnindex erhöhten sich die Reallöhne durchschnittlich um etwa 1% in den ersten drei Quartalen von 2007. Dieser Wert gilt jedoch als untere Grenze, denn er berücksichtigt weder die veränderte Beschäftigungsstruktur noch die ausbezahlten Boni. Gemessen an den bei der AHV einbezahlten Lohnbeiträgen betrug die durchschnittliche Realloohnerhöhung in den ersten drei Quartalen rund 2,5%.

Konsum auf hohem Niveau

Indem die gute Situation auf dem Arbeitsmarkt die Beschäftigung, die Löhne und die Konsumentenstimmung der privaten Haushalte günstig beeinflusste, unterstützte sie den Privatkonsum kräftig, der 2007 die höchste Wachstumsrate seit 2001 verzeichnete. Diese Entwicklung kam allen Segmenten des Privatkonsums zugute, wobei die Nachfrage nach dauerhaften Gütern am meisten profitierte, wie das Beispiel der Neuwagenverkäufe zeigt. Die Hotelübernachtungen im Inland, ein wichtiger Indikator des Dienstleistungskonsums, verzeichneten hingegen einen relativ schwachen Anstieg.

Im zweiten Jahr in Folge war die Wachstumsrate der realen staatlichen Konsumausgaben negativ. Die Verlangsamung der öffentlichen Ausgaben dämpfte die BIP-Entwicklung.

Unsicherheit hinsichtlich der Konjunktur 2008

Obwohl Ende 2007 die Konjunkturlage gut war, vergrösserten die Turbulenzen an den Finanzmärkten im zweiten Halbjahr die Unsicherheit über die Aussichten für 2008. Trotz der damit verbundenen Risiken bleiben die Konjunkturaussichten für die Schweiz grundsätzlich günstig. Verglichen mit der kräftigen Steigerung von 2007 dürfte sich das BIP-Wachstum 2008 leicht verlangsamen und bei etwa 2% liegen.

Die Verlangsamung der Ausrüstungsinvestitionen und Exporte dürfte sich zusammen mit nach wie vor ziemlich hohen Importen negativ auf das BIP auswirken. Demgegenüber sollten die Dynamik des Arbeitsmarktes und der Anstieg der Einkommen den Privatkonsum konsolidieren und die Konjunktur 2008 somit stützen.

2003

2004

2005

2006

2007

Konsumentenpreise

 Konsumentenpreise
 Inländische Güter
 Ausländische Güter
 Veränderung gegenüber
 Vorjahr in Prozent
 Quelle: BFS



Produzenten- und Importpreise

 Produzenten- und Importpreise
 Produzentenpreise
 Importpreise
 Veränderung gegenüber
 Vorjahr in Prozent
 Quelle: BFS



Kerninflation

 Konsumentenpreise
 Getrimmter Mittelwert
 Dynamic Factor Inflation
 Veränderung gegenüber
 Vorjahr in Prozent
 Quellen: BFS, SNB



2003

2004

2005

2006

2007

Wie 2006 war die Import- und Produzentenpreisentwicklung 2007 in hohem Mass durch die Veränderungen der Energiepreise, allen voran der Erdölpreise, gekennzeichnet. Die Jahresteuering der Importpreise erhöhte sich zwischen Januar und Juli von 3,2% auf 3,5% und jene der Produzentenpreise von 1,7% im Januar auf 2,7% im Mai. Nach einem kurzen Rückgang im September nahmen die Erdölpreise wieder stark zu und heizten die Import- und Produzentenpreise zwischen Oktober und Dezember erneut an; diese stiegen um 3,4% respektive 2,6%. Ausser den Energiepreisen wurden auch die Preise für Vorleistungsgüter im ersten Halbjahr stark in die Höhe getrieben; diese Entwicklung wurde aber im zweiten Semester gebremst. Als Folge der kräftigen Expansion der Energie- und Rohstoffpreise verschlechterte sich im Laufe des Jahres das Verhältnis zwischen dem Niveau der Exportpreise und jenem der Importpreise (Terms-of-Trade).

Landesindex der Konsumentenpreise und Komponenten Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2006	2007	2007 1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.	4. Quart.
LIK total	1,1	0,7	0,1	0,5	0,6	1,7
Inländische Güter und Dienstleistungen						
Güter	0,8	1,0	0,9	1,0	0,9	1,1
Dienstleistungen	-0,2	0,0	-0,5	-0,2	0,0	0,9
Private Dienstleistungen						
ohne Mieten	1,1	1,2	1,3	1,4	1,1	1,2
Mieten						
Öffentliche Dienstleistungen	0,4	0,5	0,6	0,6	0,4	0,5
Ausländische Güter und Dienstleistungen	2,0	2,3	2,2	2,4	2,2	2,1
Ohne Erdölprodukte	1,2	1,3	1,4	1,5	1,1	1,1
Erdölprodukte						
	1,9	0,1	-1,9	-0,8	-0,0	3,2
Ohne Erdölprodukte	0,4	-0,4	-1,3	-0,8	0,1	0,3
Erdölprodukte	9,3	2,4	-4,9	-1,0	-0,8	17,1
Kerninflation						
Getrimmter Mittelwert	1,0	1,0	0,8	1,0	0,9	1,2
Dynamic Factor Inflation	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3	1,2

Quellen: BFS und SNB

Inflation zieht allmählich an

Die am LIK gemessene Teuerung war zu Beginn des Jahres 2007, mit 0,1% im Januar, moderat; im Dezember belief sie sich dann auf 2%. Diese Entwicklung geht hauptsächlich auf die Erhöhung der Benzin- und Heizölpreise sowie auf die Schwäche des Frankens gegenüber dem Euro zurück; letztere führte zu einer Verteuerung der Importe. Die Preise der Dienstleistungen verzeichneten während des ganzen Jahres einen steten Anstieg. Trotz des verstärkten Anziehens der Güterpreise im Laufe des Jahres lag die durchschnittliche Teuerung 2007 bei 0,7%, also 0,4 Prozentpunkte unter jener von 2006.

2003

2004

2005

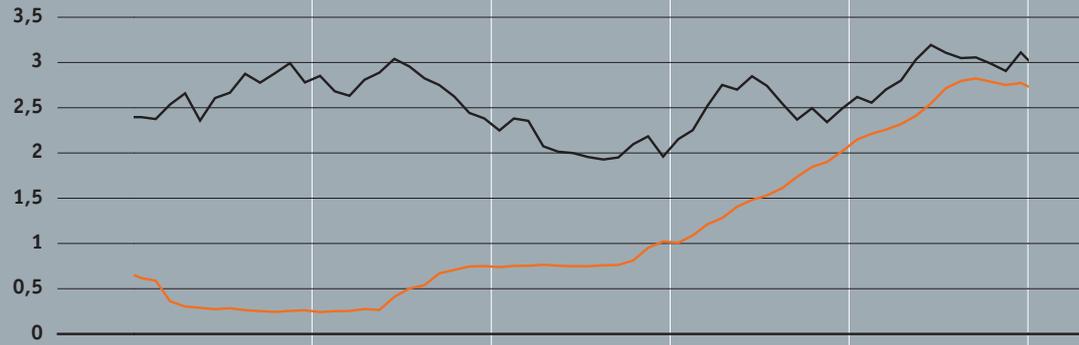
2006

2007

Geld- und Kapitalmarktsätze

— Dreimonats-Libor
— Rendite 10-jähriger
 eidgenössischer
 Obligationen
 (Kassazinssatz)

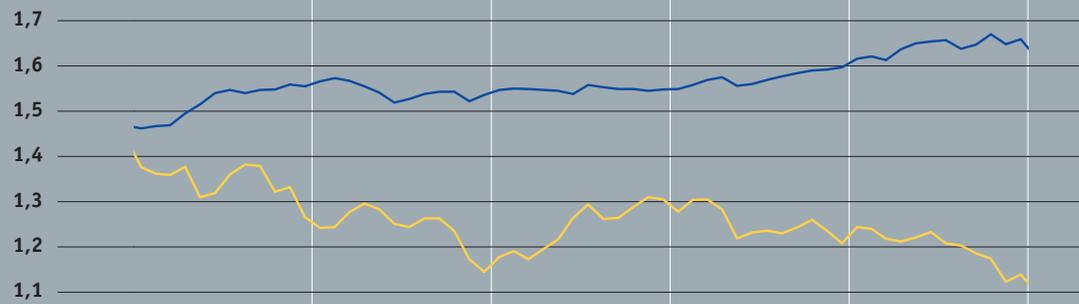
In Prozent



Devisenkurse in Franken

— für 1 USD
— für 1 EUR

Nominal



Exportgewichtete Wechselkurse des Frankens

— Real
— Nominal

24 Handelspartner
 Index: Januar 1999 = 100



2003

2004

2005

2006

2007

... bleibt aber jederzeit unter Kontrolle

Verschiedene kurzfristige Einflüsse können die am LIK gemessene Teuerung beeinflussen. Um die Teuerungstendenz zu analysieren, kommen somit Kerninflationen zur Anwendung. Die Kerninflation, welche die Nationalbank mit Hilfe eines Mittelwertes berechnet, der jeden Monat die Güter mit den höchsten Schwankungen ausklammert, stieg von 0,8% im Januar allmählich auf 1,2% im Dezember an. Im gleichen Zeitraum blieb die Dynamic Factor Inflation (DFI) ziemlich stabil. DFI ist die Bezeichnung für eine Kerninflation, die nicht nur der Preisentwicklung, sondern auch den in den realen und monetären Variablen sowie den Finanzindikatoren enthaltenen Informationen Rechnung trägt.

Anhebung des Libors im Jahr 2007

Im Jahr 2007 stieg der Libor von durchschnittlich 2,15% im Januar auf durchschnittlich 2,77% im Dezember. Als Folge der weiteren Normalisierung der Geldpolitik kletterte der Libor in der ersten Jahreshälfte stetig und kam Mitte 2007 bei 2,5% zu liegen. Im zweiten Semester entwickelte er sich zwar weiter aufwärts, zeigte aber nicht mehr den gleichen linearen Verlauf. Wegen der Erhöhungen der Risikoprämien nahm die Volatilität des Libors zu, so dass dieser kurz vor der Lagebeurteilung vom September bei etwa 2,9% lag. An jener Lagebeurteilung zielte die Nationalbank daher auf eine Entspannung am Geldmarkt und führte den Libor auf 2,75% zurück, ein Niveau, das bis Ende Jahr gehalten wurde.

Anstieg der Kapitalrenditen und Zunahme der Volatilität

Entsprechend der Entwicklung anderer langfristiger Zinssätze erhöhte sich die Rendite der zehnjährigen Bundesobligationen im ersten Semester um 80 Basispunkte auf 3,4% im Juni. Im Zuge der Turbulenzen an den Finanzmärkten drückten jedoch ab diesem Zeitpunkt massive Portfolioumschichtungen die langfristigen Zinssätze nach unten. So fiel im September die Rendite der zehnjährigen Bundesobligationen bis auf 2,8%. In den letzten Monaten des Jahres bewegte sie sich um 3%.

Schwäche des Frankens gegenüber dem Euro ...

Wie 2006 war auch 2007 durch die Schwäche des Frankens gegenüber dem Euro geprägt. Ein Euro kostete 2007 zwischen 1,60 Franken und 1,68 Franken; am Jahresende notierte der Frankenkurs gegenüber dem Euro bei 1,66, während er Ende 2006 bei 1,60 gelegen hatte (Dezemberdurchschnitt).

... und weitere Aufwertung des Frankens gegenüber dem Dollar

Beim Dollarkurs präsentiert sich ein anderes Bild. Während der Dollar im ersten Halbjahr relativ stabil blieb, stürzte er anschliessend ab, vor allem als Folge der Turbulenzen an den Finanzmärkten. Ende Jahr kostete ein Dollar 1,14 Franken, verglichen mit 1,21 Franken Ende 2006 (Dezemberdurchschnitt). Ein solch tiefes Niveau war seit Mitte der Neunzigerjahre nicht mehr verzeichnet worden.

Abschöpfung des Geldüberhangs

Der nominelle wie auch der reale handelsgewichtete Aussenwert des Frankens ging im ersten Halbjahr zurück und erholte sich im zweiten Semester. Diese Entwicklung zeichnete sich zudem durch mehrere Perioden verstärkter Volatilität aus.

Seitdem die Normalisierung der Geldpolitik im September 2004 wieder aufgenommen worden war und aufgrund der darauf folgenden mehrmaligen Anhebung des Libors hatte sich die Expansion der Geldaggregate merklich verlangsamt. Wie 2006 entwickelten sich 2007 die Geldmengen M1 und M2 weiter rückläufig, wobei sich die Abnahme im Laufe des Jahres verstärkte; währenddessen setzte M3 ihr Wachstum fort, allerdings in einem relativ schwachen Ausmass. Der seit 2003 bestehende Geldüberhang war 2007 abgeschöpft.

2003

2004

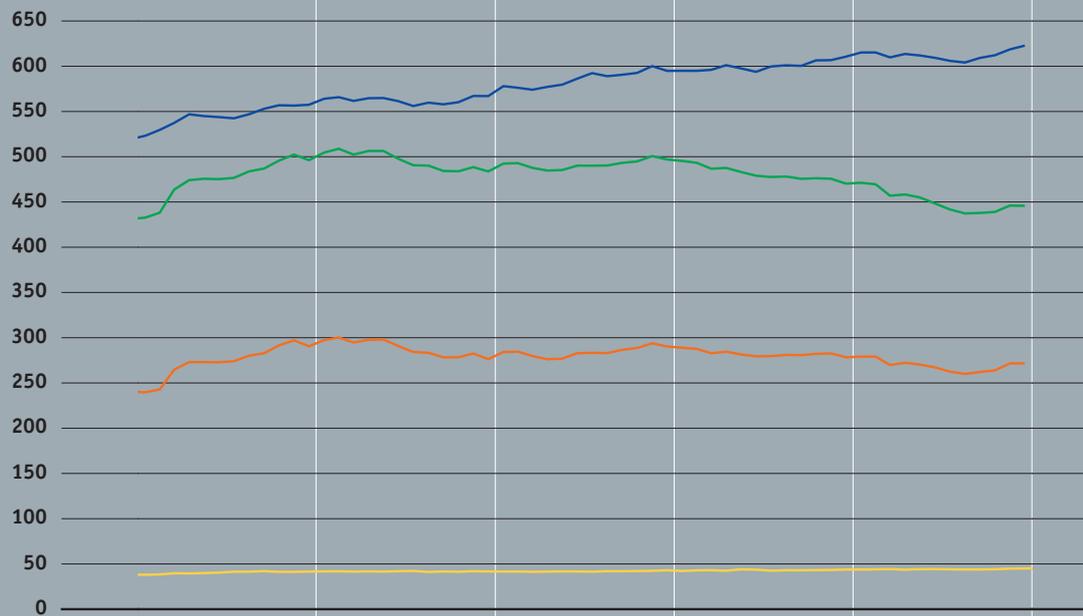
2005

2006

2007

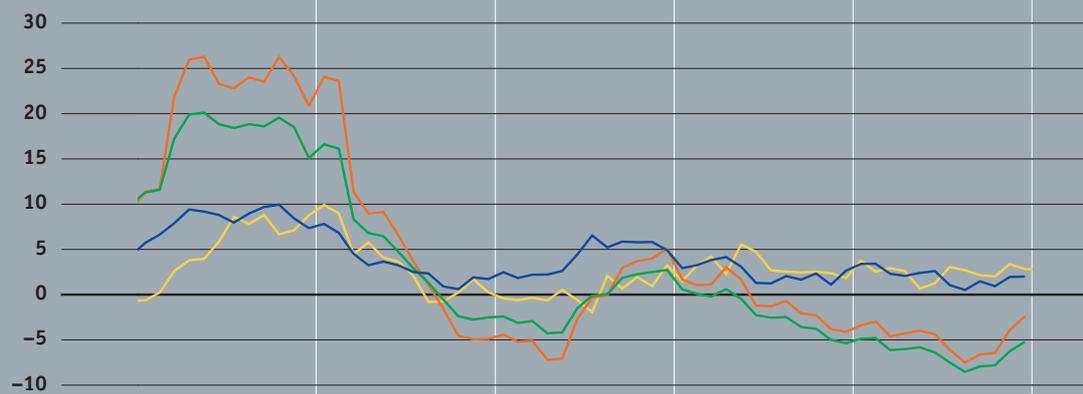
Niveau der Geldaggregate

— Notenbankgeldmenge
— M1
— M2
— M3
 In Mrd. Franken



Wachstumsraten der Geldaggregate

— Notenbankgeldmenge
— M1
— M2
— M3
 Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



2003

2004

2005

2006

2007

1.4 Geldpolitische Entscheidungen

Das Direktorium der Nationalbank führt viermal im Jahr – in den Monaten März, Juni, September und Dezember – eine geldpolitische Lagebeurteilung durch, die jeweils in einen Zinsentscheid mündet. Wenn es die Umstände erfordern, kann das Libor-Zielband für dreimonatige Anlagen in Schweizer Franken auch ausserhalb dieser Termine angepasst werden. Ein solcher Fall ist 2007 nicht eingetreten.

Herausforderungen der Geldpolitik im Jahre 2007

Die in den letzten drei Jahren angewandte Politik der Normalisierung der Zinssätze wurde im ersten Halbjahr 2007 fortgesetzt. Die Nationalbank erhöhte demnach das Libor-Zielband zweimal, um das Zinsniveau so anzupassen, dass die Preisstabilität mittelfristig gewährleistet war und dass es mit der Konjunkturstärke übereinstimmte.

In der zweiten Jahreshälfte arbeitete die Nationalbank in einem veränderten Umfeld. Mit der Steuerung der monetären Bedingungen sollte vermieden werden, dass einerseits die gute Wirtschaftslage die mittelfristige Preisstabilität beeinträchtigt und andererseits die Turbulenzen an den Finanzmärkten zu einer Liquiditätsverknappung führen. Die Herausforderung für die Geldpolitik bestand also darin, die monetären Bedingungen genügend zu lockern, um eine Gefährdung des Wachstums und der Stabilität der Schweizer Wirtschaft durch die Spannungen am Interbankenmarkt zu verhindern, ohne dadurch die Preisstabilität aus den Augen zu verlieren.

Zahlreiche Risiken der Geldpolitik 2007

Wie in den Vorjahren war die Geldpolitik auch 2007 zahlreichen kurz-, mittel- und langfristigen Risiken ausgesetzt. Die Nationalbank beurteilt regelmässig die Wahrscheinlichkeit solcher Risiken, deren Konsequenzen für die Wirtschaft und deren Auswirkungen auf die Geldpolitik.

Kurzfristige Risiken

Zwar stellten die Schwankungen der Erdölpreise während des ganzen Jahres für die Konjunktur wie für die Preisstabilität ein grosses Risiko dar; in der zweiten Jahreshälfte war das Hauptrisiko für die Wirtschaftsaktivität jedoch die Kreditmarktkrise, welche die Finanzmärkte stark erschütterte und den Bankensektor in Mitleidenschaft zog. Die Volatilität der Energiepreise bewog die Nationalbank allerdings zu keinen besonderen Massnahmen, doch die Furcht vor einer Verknappung am Geldmarkt veranlasste sie im zweiten Halbjahr 2007 zu einer Lockerung der monetären Bedingungen.

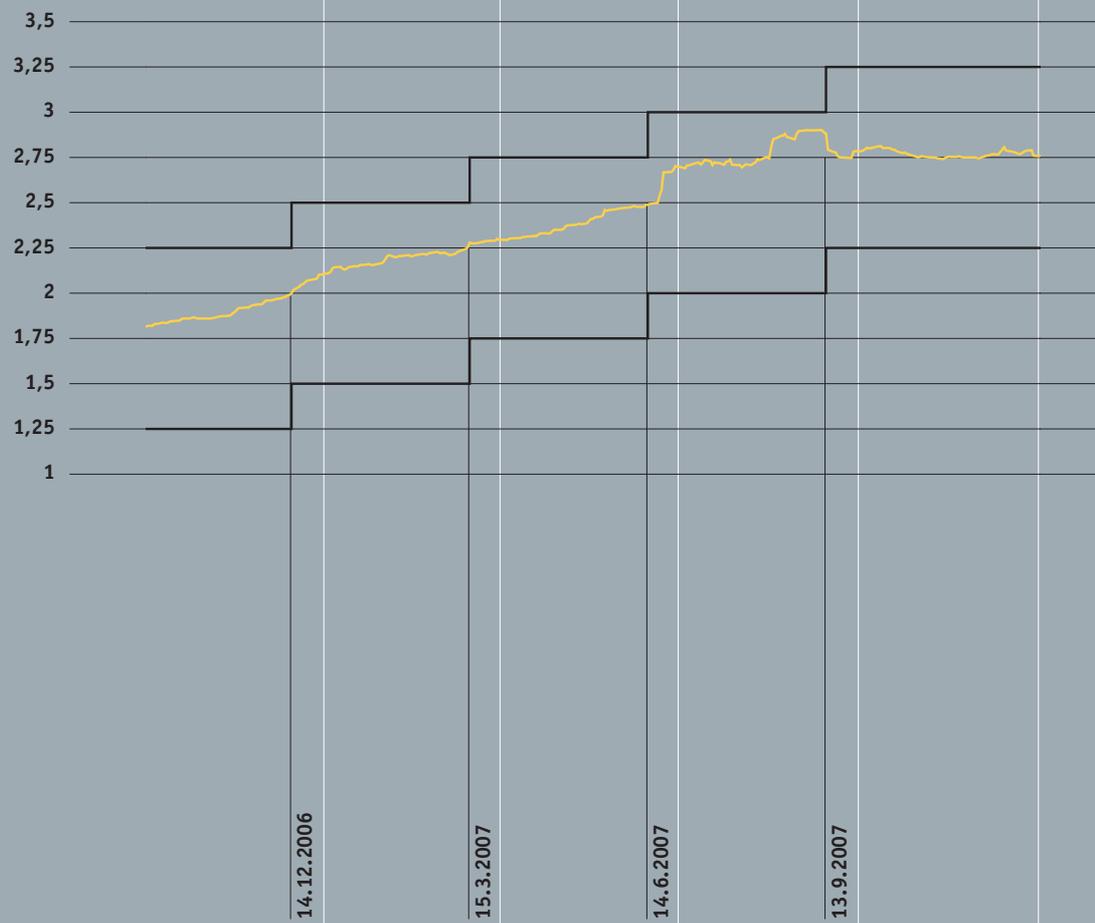
Mittelfristige Risiken

Das mittelfristig grösste Risiko ist die unsichere weltweite und schweizerische Konjunkturentwicklung. Auch wenn sich die Konjunktur in Europa und in der Schweiz 2007 erwartungsgemäss entwickelte, verstärkten sich in der zweiten Jahreshälfte doch die Anzeichen, die infolge der massiven Korrekturen am Immobilienmarkt und an den Finanzmärkten auf eine deutliche Verlangsamung in den USA hindeuteten. Zudem bedeutete die Schwäche des Frankens gegenüber dem Euro während des ganzen Jahres ein weiteres Risiko für die Preisstabilität.

Dreimonats-Libor

Dreimonats-Libor
Zielband

Tageswerte in Prozent



Die langfristigen Inflationsaussichten hätten sich verschlechtert, wenn die Nationalbank die Normalisierung ihres geldpolitischen Kurses nicht fortgeführt hätte. Die Anhebung der Zinssätze 2007 war demzufolge unabdingbar, um gute Aussichten für die Preisstabilität zu bewahren.

Bei jeder geldpolitischen Lagebeurteilung stützt sich die Inflationsprognose der Nationalbank auf das globale Wirtschaftsszenario, welches als das wahrscheinlichste gilt. Die Konjunkturtrends, die sich 2006 abgezeichnet hatten – Verlangsamung in den USA und starkes Wachstum in Europa –, wurden an der ersten Lagebeurteilung 2007 bestätigt. Die Nationalbank setzte folglich für die USA auf ein Wachstum von 2,8% für 2007 und 3,1% für 2008 und für Europa auf ein solches von 2,3% für 2007 und 2,2% für 2008. Ausserdem wurde erwartet, dass die rückläufigen Erdölpreise die Teuerung in den Monaten nach der Lagebeurteilung weiterhin dämpften.

In der Schweiz war die Konjunktur zum Zeitpunkt der Lagebeurteilung breit abgestützt. In den folgenden Quartalen konsolidierten die meisten Komponenten der Inlandnachfrage sowie die Exporte das Wachstum weiter. Zudem führte die gute, den Arbeitsmarkt stimulierende Konjunkturlage zu einer erneuten Abnahme der Arbeitslosigkeit. Für 2007 ging die Nationalbank somit nach wie vor von einem BIP-Wachstum von rund 2% aus.

Zum Zeitpunkt der Lagebeurteilung hatte sich der Franken gegenüber dem Euro nach einer Schwächphase, welche die Teuerung kaum tangiert hatte, etwas erholt.

In diesem Umfeld war die Einschätzung der Inflationsaussichten zum Zeitpunkt der Lagebeurteilung mit einer erhöhten Unsicherheit behaftet. Während die ausländische Konkurrenz und die Öffnung des Arbeitsmarktes die Preisentwicklung weiterhin dämpften, drohte die Zunahme der Produktionskosten aufgrund der hohen Auslastung der Produktionskapazitäten vermehrt auf die Preise überwälzt zu werden. Die Nationalbank entschied sich deshalb, das Zielband für den Libor um 25 Basispunkte auf 1,75% – 2,75% anzuheben.

Die auf einem Libor von 2,25% beruhende Inflationsprognose lag für 2007 auf der am Schluss der Lagebeurteilung aufgeführten Grafik weitgehend unter jener vom Dezember 2006, namentlich wegen des Rückgangs der Erdölpreise. Es folgte ein Anziehen der Inflation – die Prognose verlief über jener vom Dezember –, das stärker als in der vorherigen Voraussage war, und zwar wegen der Abschwächung des Frankens, welche die Auswirkungen der Anhebung des Zinssatzes aufhob. Für 2009 kam die Prognose wieder unter jene vom Dezember zu liegen, da die Anhebung des Zinssatzes seine Wirkung zeigte. Für 2007 wurde eine Teuerung von 0,5%, für 2008 von 1,4% und für 2009 von 1,6% erwartet. Die Inflationsdynamik liess zwar insgesamt nach, doch am Schluss des Prognosehorizonts verstärkte sie sich etwas.

Zum Zeitpunkt der Lagebeurteilung im Juni war die Konjunktur in den USA zwar zufriedenstellend, aber etwas schwächer als erwartet. Folglich reduzierte die Nationalbank ihre US-Wachstumsprognose auf 2,2% für 2007 und 3% für 2008. Die europäische Konjunktur war hingegen besser als zuvor angenommen, so dass die neue Prognose für 2007 auf 2,6% angehoben und für 2008 unverändert bei 2,2% belassen wurde.

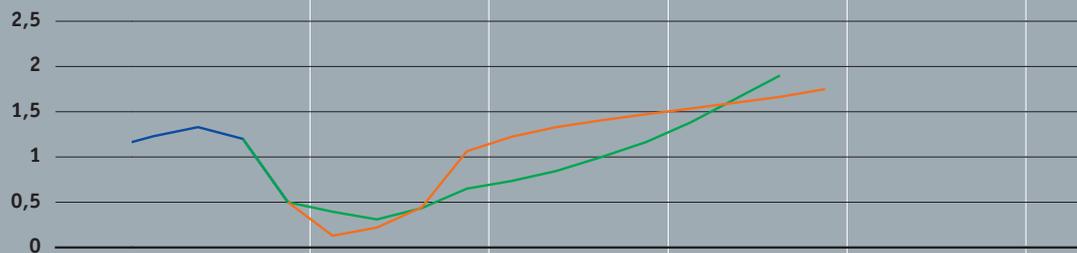
Inflationsprognose vom 15. März 2007

Inflation

Prognose Dezember 2006
mit Dreimonats-Libor 2,00%

Prognose März 2007
mit Dreimonats-Libor 2,25%

Veränderung des
Landesindex der
Konsumentenpreise
gegenüber Vorjahr
in Prozent



Inflationsprognose vom 14. Juni 2007

Inflation

Prognose März 2007
mit Dreimonats-Libor 2,25%

Prognose Juni 2007
mit Dreimonats-Libor 2,50%

Veränderung des
Landesindex der
Konsumentenpreise
gegenüber Vorjahr
in Prozent



Inflationsprognose vom 13. September 2007

Inflation

Prognose Juni 2007
mit Dreimonats-Libor 2,50%

Prognose September 2007
mit Dreimonats-Libor 2,75%

Veränderung des
Landesindex der
Konsumentenpreise
gegenüber Vorjahr
in Prozent



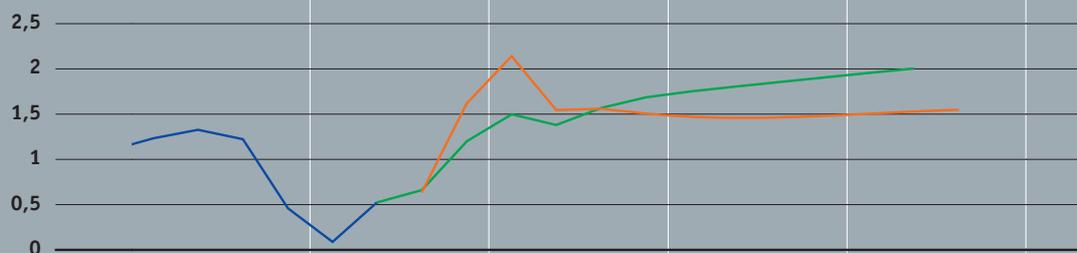
Inflationsprognose vom 13. Dezember 2007

Inflation

Prognose September 2007
mit Dreimonats-Libor 2,75%

Prognose Dezember 2007
mit Dreimonats-Libor 2,75%

Veränderung des
Landesindex der
Konsumentenpreise
gegenüber Vorjahr
in Prozent



Die Schweizer Konjunktur war zum Zeitpunkt der Lagebeurteilung vor allem dank der Nachfrage aus den benachbarten Ländern und der Wechselkursentwicklung recht robust. Zudem begünstigte die rege Wirtschaftstätigkeit seit der Lagebeurteilung vom März die Erholung am Arbeitsmarkt. Als Folge davon nahm die Zahl der Arbeitslosen nochmals ab und die Arbeitslosenquote fiel unter 3%. Für 2007 ging die Nationalbank somit von einem BIP-Wachstum von knapp 2,5% aus.

Bei den Wechselkursen hatte sich seit der letzten Lagebeurteilung der Franken gegenüber dem Euro weiter abgeschwächt und seine Aufwertung gegenüber dem Dollar fortgesetzt. Exportgewichtet hatte der Franken 1,7% verloren. Diese Lockerung der monetären Bedingungen federte weiterhin die Auswirkungen der Zinserhöhungen ab und drohte, die Inflation in einem Wirtschaftsumfeld anzuheizen, das sich durch eine hohe Auslastung der Produktionskapazitäten auszeichnete.

Vor diesem Hintergrund war die Preisstabilität verschiedenen Risiken ausgesetzt. Eines dieser Risiken ging von den hohen Erdölpreisen aus. Ein weiteres Risiko ergab sich daraus, dass sich die globale Nachfrage stärker entwickelte als die Produktionskapazitäten. Dazu kam ein Risiko, das aus der Schwäche des Frankens gegenüber dem Euro resultierte. Um mittelfristig eine Beeinträchtigung der Preisstabilität durch die gute Konjunkturlage zu verhindern, entschied sich die Nationalbank, das Zielband für den Libor erneut um 25 Basispunkte auf 2%–3% anzuheben.

Unter der Annahme eines unveränderten Libors von 2,5% lag die mittlere Jahresteuernung gemäss publizierter Inflationsprognose für 2007 bei 0,8%, für 2008 bei 1,5% und für 2009 bei 1,7%. Das Zusammenwirken der hohen Erdölpreise, der kräftigen Konjunkturentwicklung und der Frankenschwäche führte zu einer Verschlechterung der Inflationsaussichten in den Monaten nach der Lagebeurteilung. Ab Mitte 2008 bewegte sich die Teuerung auf ein leicht höheres Niveau zu, als im März vorhergesagt worden war, und erreichte am Ende des Prognosehorizonts knapp 2%.

Die US-Hypothekenkrise, eine scharfe Korrektur am Aktienmarkt und der Mangel an Liquidität am Geldmarkt prägten das internationale Umfeld zum Zeitpunkt der Lagebeurteilung im September. Diese Situation schien die Weltkonjunktur nicht unmittelbar zu beeinträchtigen. Die US-Wirtschaft verzeichnete ein nur leicht schwächeres Wachstum als erwartet, doch die Risiken einer Verlangsamung gegen Ende 2007 mehrten sich. Zudem begannen die Erdölpreise nach einem Rückgang zwischen Mitte Juli und Mitte August wieder anzuziehen.

In der Schweiz war das BIP in der ersten Jahreshälfte kräftig angestiegen und die Beschäftigung hatte sich weiter erholt. Die Produktionskapazitäten blieben somit gut ausgelastet. Die Nationalbank ging unter diesen Umständen weiterhin von einem BIP-Wachstum von knapp 2,5% für das Jahr 2007 aus; dies vorausgesetzt, dass die Unsicherheiten hinsichtlich der Finanzmärkte zu keiner unerwarteten Verlangsamung führen.

Die Inflationsaussichten hatten sich jedoch gegenüber der Juni-Prognose etwas verschlechtert. Die Entwicklung der Erdölpreise stellte das Hauptrisiko dar. Ausserdem blieb die Auslastung der Produktionskapazitäten hoch und der Franken relativ schwach. Allerdings bestand die Möglichkeit, dass bestimmte Faktoren wie eine allfällige Verlangsamung infolge der Turbulenzen an den Finanzmärkten die Inflationsrisiken einschränkten. Derweil hatten die Wirbel am Geldmarkt den Libor von 2,5% auf 2,9% ansteigen lassen. Unter diesen Umständen und mit Blick auf die Inflationsprognose wurde diese Straffung der monetären Bedingungen als übertrieben angesehen. Somit entschied die Nationalbank, eine Entspannung am Geldmarkt zu fördern. Dazu setzte sie den Libor auf 2,75% zurück und hob gleichzeitig das Zielband um 25 Basispunkte auf 2,25%–3,25% an. Seit dieser Lagebeurteilung strebte die Nationalbank folglich einen Libor von etwa 2,75% an.

Trotz des angehobenen Libors verlief die im September publizierte Inflationsprognose fast gleich wie jene vom Juni. Unter der Annahme eines unveränderten Libors von 2,75% rechnete die Nationalbank mit einer durchschnittlichen Jahresteuierung von 0,6% für 2007, von 1,5% für 2008 und von 1,8% für 2009. Die Inflation zeigte bis zum ersten Quartal 2008 eine steigende Tendenz und ab dem zweiten Quartal eine geringfügige Abflachung. Diese Prognose beruhte hauptsächlich auf der neuesten Entwicklung der Erdölpreise. Ab Mitte 2008 wurden ein leichtes Anziehen der Teuerung und sogar ein Anstieg bis auf 2% am Ende des Prognosehorizonts erwartet.

An der letzten Lagebeurteilung 2007 ging die Nationalbank davon aus, dass sich das Wachstum der US-Wirtschaft, die sowohl unter dem ungünstigen Verlauf am Immobilien- und Kreditmarkt als auch unter dem Anstieg der Erdölpreise litt, im Jahr 2008 abschwächen könnte (Prognose: 2,4%). Europa schien noch kaum von der Euroaufwertung und den Finanzmarkturbulenzen betroffen, so dass die Wachstumsaussichten gut blieben, auch wenn sie die Nationalbank für 2008 etwas nach unten korrigierte (Prognose: 2%).

In der Schweiz blieb das Wachstum im dritten Quartal robust und das BIP nahm auf Jahresbasis um 3,3% zu. So setzte sich der positive Trend bei der Beschäftigung in den Monaten vor der Lagebeurteilung in fast allen Sektoren fort. Aufgrund dieser Entwicklung blieben die Wachstumsaussichten für die kommenden Quartale gut und die Nationalbank rechnete für 2008 mit einem BIP-Wachstum von rund 2%, also mit einer Abschwächung im Vergleich zum Vorjahr. Dank dieser Beruhigung konnte eine geringere Auslastung der Produktionskapazitäten erwartet werden.

**Geldpolitische
Lagebeurteilung vom
13. Dezember**

Die Inflationsaussichten waren weiterhin gut, doch mit grösseren Unsicherheiten behaftet als bei der letzten Lagebeurteilung. Während die erwartete Verlangsamung des Wachstums in der Schweiz und die mässige Expansion der Geldaggregate die Preisstabilität unterstützten, gab es andere Faktoren, die sie gefährdeten. Dazu zählten der Anstieg der Erdölpreise, sollte er sich als dauerhaft erweisen, sowie die weitere Abwertung des Frankens. Vor dem Hintergrund dieser Unsicherheiten sprach sich das Direktorium dafür aus, das Zielband für den Libor unverändert bei 2,25% – 3,25% zu belassen und ein Niveau von 2,75% anzustreben.

Unter der Annahme eines unveränderten Libors von 2,75% zeigte die Inflationsprognose für das erste Halbjahr 2008 einen deutlichen Anstieg und lag zeitweise über 2%. Diese Entwicklung war vorwiegend auf den Anstieg der Erdölpreise zurückzuführen. Ab Mitte 2008 und bis zum Ende des Prognosehorizonts lag die Inflation jedoch bei etwa 1,5%. Die plötzliche Veränderung der Aussichten Mitte Jahr ging aus einem Basiseffekt hervor, und der entsprechende Verlauf der Kurve auf einem tieferen Niveau bis zum Ende des Prognosehorizonts war auf die erwartete Verlangsamung der internationalen Konjunktur zurückzuführen.

1.5 Statistik

Die Nationalbank fordert auf der Grundlage von Art. 14 des Nationalbankgesetzes die zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigten statistischen Daten ein. Sie erhebt Daten zur Führung der Geld- und Währungspolitik, zur Überwachung der Zahlungs- und Effektenabwicklungssysteme, zur Erhaltung der Stabilität des Finanzsystems sowie zur Erstellung der Zahlungsbilanz und der Statistik des Auslandvermögens. Sie übermittelt die statistischen Daten, die sie im Dienst der internationalen Währungs Kooperation erhebt, an internationale Organisationen.

Banken, Börsen, Effektenhändler sowie Fondsleitungen schweizerischer und Vertreter ausländischer Anlagefonds sind verpflichtet, der Nationalbank statistische Angaben über ihre Tätigkeit zu liefern (Art. 15 Abs. 1 NBG). Soweit statistische Daten für die Analyse der Finanzmärkte, den Überblick über den Zahlungsverkehr, die Erstellung der Zahlungsbilanz oder die Statistik des Auslandvermögens erforderlich sind, kann die Nationalbank bei weiteren natürlichen oder juristischen Personen Erhebungen vornehmen. Davon sind namentlich die Versicherungen, die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge, die Anlage- und Holdinggesellschaften, die Betreiber von Zahlungs- und Effektenabwicklungssystemen sowie die Post (Art. 15 Abs. 2 NBG) betroffen.

Die Nationalbank beschränkt die Zahl und die Art der Befragungen auf das Notwendige (Art. 4 Nationalbankverordnung, NBV). Sie achtet insbesondere darauf, dass die Belastung der auskunftspflichtigen Personen gering gehalten wird.

Die Nationalbank muss die erhobenen Daten geheim halten und darf sie nur in aggregierter Form veröffentlichen. Die Daten dürfen jedoch den zuständigen schweizerischen Finanzmarktaufsichtsbehörden zur Verfügung gestellt werden (Art. 16 Abs. 4 NBG).

Die Nationalbank unterhält eine Datenbank von 3,7 Millionen Zeitreihen und publiziert die Ergebnisse ihrer Erhebungen. Statistische Informationen sind insbesondere im «Statistischen Monatsheft», im «Bankenstatistischen Monatsheft» sowie in der jährlich erscheinenden Publikation «Die Banken in der Schweiz» verfügbar. Zudem veröffentlicht die Nationalbank Berichte über die Zahlungsbilanz, das Auslandvermögen, die Direktinvestitionen sowie die Finanzierungsrechnung der Schweiz. Die Publikationen erscheinen in Deutsch, Französisch und Englisch und sind zusammen mit weiteren Datenreihen auch auf dem Internet verfügbar (www.snb.ch).

Im Zusammenhang mit der Hundertjahrfeier startete die Nationalbank 2007 eine neue Publikationsreihe mit historischen Statistiken. Diese betreffen Themen von Bedeutung für die Formulierung und Umsetzung der früheren und der gegenwärtigen Geldpolitik. Die im Verlauf des Jahres veröffentlichten Broschüren galten den Themen «Notenbankgeldmenge und Geldmengen M1, M2 und M3», «Kapitalmarkt und Börse», «Die Schweizerische Nationalbank – Bilanz und Erfolgsrechnung» und «Zinssätze und Renditen».

Zweck der Statistiktätigkeit

Auskunftspflichtige Personen

Beschränkung auf das Notwendige

Geheimhaltungspflicht und Datenaustausch

Publikationen und Datenbank

Neue Publikationsreihe

Neue Erhebungen

Ende 2007 führte die Nationalbank eine neue monatliche Erhebung zu den von den Banken publizierten Zinssätzen verschiedener Bankprodukte ein. Sie ergänzte damit ihre Informationen zur Abbildung des Niveaus der schweizerischen Zinssätze. Ein vollständiger und aktueller Überblick über die statistischen Erhebungen der Nationalbank findet sich im Anhang zur revidierten NBV, die am 1. Juli in Kraft trat.

Zusammenarbeit

Die Nationalbank arbeitet bei der Erhebung statistischer Daten mit den zuständigen Stellen des Bundes, insbesondere mit dem Bundesamt für Statistik (BFS), der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK), den zuständigen Behörden anderer Länder und mit internationalen Organisationen zusammen (Art. 14 Abs. 2 NBG). In Fragen der Organisation und des Verfahrens wie auch bei der Einführung neuer oder der Änderung bestehender Erhebungen erhalten die auskunftspflichtigen Personen und ihre Verbände Gelegenheit zur Stellungnahme (Art. 7 NBV).

... mit der EBK

Im Rahmen der Vereinbarung mit der EBK über den gegenseitigen Datenaustausch im Finanzsektor erhebt die Nationalbank seit 2007 für die EBK Daten des auf Basel II beruhenden neuen Eigenmittelausweises.

... in der Bankenstatistischen Kommission

Die SNB lässt sich von der Bankenstatistische Kommission bei der inhaltlichen Gestaltung der bankenstatistischen Erhebungen (Art. 7 NBV) beraten. In dieser Kommission sind die Banken, die Bankiervereinigung sowie die Eidgenössische Bankenkommission vertreten.

... in der Expertengruppe Zahlungsbilanz

Die Erstellung der Zahlungsbilanz wird von einer Expertengruppe unter der Leitung der Nationalbank begleitet. Diese setzt sich aus Vertretern der Industrie, der Banken, der Versicherungen, verschiedener Bundesstellen und der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich zusammen.

... mit dem Fürstentum Liechtenstein

Seit 2007 führt die Nationalbank zur Erstellung der Zahlungsbilanz und der Statistik über das Auslandvermögen Erhebungen bei liechtensteinischen Unternehmen durch. Sie arbeitet dabei mit den zuständigen Behörden im Fürstentum, dem Amt für Volkswirtschaft und der Finanzmarktaufsicht, zusammen.

... mit ausländischen Stellen

Die Nationalbank pflegt im Bereich der Statistik enge Zusammenarbeit mit der BIZ, der OECD, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) und dem IWF. Das Ziel der Zusammenarbeit besteht darin, die statistischen Erhebungsmethoden und Auswertungen zu harmonisieren. Die Nationalbank beteiligte sich 2007 zum siebten Mal an der von der BIZ koordinierten weltweiten Erhebung zu den Devisen- und Derivatmärkten. Diese Erhebung wird alle drei Jahre in über 50 Ländern durchgeführt. Am 1. Januar 2007 trat das bilaterale Statistikabkommen zwischen der Schweiz und der EU in Kraft. Unter dieses Abkommen fällt die von der Nationalbank in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik (BFS) erstellte Finanzierungsrechnung der Schweiz.

2 Versorgung des Geldmarkts mit Liquidität

Die Nationalbank hat die Aufgabe, den Geldmarkt in Schweizerfranken mit Liquidität zu versorgen (Art. 5 Abs. 2 Bst. a NBG). Art. 9 NBG setzt den Rahmen für die Geschäfte, welche die Nationalbank am Finanzmarkt tätigen darf. Die Bank wirkt gemäss Art. 9 Abs. 1 Bst. e NBG auch als Kreditgeber in letzter Instanz (Lender-of-Last-Resort, LoLR).

Die «Richtlinien der Schweizerischen Nationalbank (SNB) über das geldpolitische Instrumentarium» konkretisieren Art. 9 NBG und beschreiben die Instrumente und Verfahren, welche die SNB zur Umsetzung ihrer Geldpolitik einsetzt. Sie definieren zudem, zu welchen Bedingungen diese Geschäfte abgeschlossen werden und welche Effekten als Sicherheit für geldpolitische Operationen verwendet werden können. Grundsätzlich sind alle in der Schweiz domizilierten Banken sowie die international tätigen Banken im Ausland, welche die Bedingungen der Nationalbank erfüllen, als Geschäftspartner zugelassen. Die Richtlinien werden durch Merkblätter ergänzt.

Funktionierende Geldmärkte sind für den Liquiditätsausgleich zwischen den Finanzmarktteilnehmern von fundamentaler Bedeutung. Damit eine Bank ihre Zahlungsfähigkeit wahren kann, muss sie jederzeit über genügend Liquidität verfügen. Die liquidesten Aktiven sind Giro Guthaben bei der Nationalbank, da diese unmittelbar für den Zahlungsverkehr zur Verfügung stehen und gesetzliche Zahlungsmittel darstellen. Zudem halten Banken Giro Guthaben zur Erfüllung des Mindestreserveerfordernisses und als Liquiditätsreserve.

Die Probleme am Markt für amerikanische Hypotheken übertrugen sich Anfang August schockartig auf die Geldmärkte der wichtigsten Währungen. Meldungen und Gerüchte über Verluste und Abschreibungen bei international tätigen Finanzinstituten führten unter den Banken zu einem abrupten gegenseitigen Vertrauensverlust und zu einer Verunsicherung über die eigene Liquiditätslage. Als Folge davon begannen die Banken Liquidität zu horten und grosse Zurückhaltung bei der gegenseitigen Kreditgewährung zu üben. Die Vertrauenskrise führte zu einer markanten Erhöhung der Risikoprämien an den internationalen Geldmärkten. Der Markt für unbesicherte Bank-zu-Bank-Darlehen brach ein und jener für Devisenswaps trocknete phasenweise aus. Unbesicherte Gelder für mehr als ein paar Tage oder Wochen waren für viele Banken nicht mehr oder nur noch mit markanten Zinsaufschlägen erhältlich. Der Liquiditätsengpass manifestierte sich zunächst im US-Dollargeldmarkt und übertrug sich danach auf die Geldmärkte anderer Währungen. Am Frankengeldmarkt fielen die Verwerfungen im internationalen Vergleich und entsprechend auch der Anstieg der Risikoprämien und deren Volatilität geringer aus.

Auftrag

**Richtlinien zum
geldpolitischen
Instrumentarium**

Liquidität

**Verwerfungen an den
internationalen Geldmärkten**

2.1 Ordentliche Instrumente der Geldmarktsteuerung

Das ordentliche geldpolitische Instrumentarium der Nationalbank beruht auf dem Repogeschäft. Bei einem Repogeschäft verkauft der Geldnehmer per Kasse Effekten an den Geldgeber und vereinbart mit diesem gleichzeitig den Rückkauf von Effekten gleicher Gattung und Menge auf einen späteren Zeitpunkt. Für die Dauer des Geschäfts wird vom Geldnehmer ein Zins (Reposatz) bezahlt. Aus ökonomischer Sicht handelt es sich beim Repo um ein gesichertes Darlehen.

Zu den Offenmarktoperationen gehören die Hauptfinanzierungs-, die Abschöpfungs- und die Feinsteuerungsgeschäfte. Bei den Offenmarktoperationen geht die Initiative zum Geschäftsabschluss von der Nationalbank aus. Die stehenden Fazilitäten umfassen die Innertags- und die Engpassfinanzierungsfazilität. Bei den stehenden Fazilitäten setzt die SNB lediglich die Konditionen fest, zu denen die Geschäftsbanken nach Bedarf kurzfristig Liquidität beziehen können.

Hauptfinanzierungs- und Abschöpfungsgeschäfte

Die Hauptfinanzierungsgeschäfte der SNB dienen der Versorgung des Bankensystems mit Liquidität. Abschöpfungsgeschäfte bezwecken demgegenüber, dem Bankensystem überschüssige Liquidität zu entziehen.

Bei den Hauptfinanzierungsgeschäften erfolgt der Geschäftsabschluss über Auktionen. Diese werden in Form eines Mengentenders durchgeführt; die Geschäftspartner der Nationalbank fragen bei einem vorgegebenen Preis (Reposatz) einen bestimmten Liquiditätsbetrag nach. Die Höhe des Reposatzes, die Liquiditätszuteilung sowie die Laufzeiten richten sich nach den geldpolitischen Erfordernissen. Die Laufzeit der Repogeschäfte beträgt zwischen einem Tag (Overnight) und mehreren Wochen, ausnahmsweise auch mehreren Monaten. Die Nationalbank setzt die Fälligkeiten der Repogeschäfte so an, dass die Geschäftsbanken nahezu täglich Liquidität nachfragen, um das Mindestreserveverfordernis erfüllen zu können.

Feinsteuerungsgeschäfte

Die Feinsteuerungsgeschäfte dienen dem Ausgleich von exogenen Einflüssen auf das Liquiditätsangebot sowie die Liquiditätsnachfrage und damit der Stabilisierung der kurzfristigen Geldmarktzinsen. Die Nationalbank kann jederzeit auf die Preisbildung im Tagesgeldhandel der Banken Einfluss nehmen, indem sie auf dem elektronischen Marktplatz für Repogeschäfte Preise stellt. Erfolgt ein Geschäftsabschluss, wird die Transaktion in der Regel sofort liquiditätswirksam. Im Rahmen von Feinsteuerungsgeschäften kann Liquidität zugeführt oder abgeschöpft werden.

Innertagsfazilität

Die Nationalbank stellt den Geschäftspartnern während des Tages über Repogeschäfte zinslos Liquidität (Innertagsfazilität) zur Verfügung, um die Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Swiss Interbank Clearing (SIC) und der Devisentransaktionen im multilateralen Zahlungssystem Continuous Linked Settlement (CLS) zu erleichtern. Der bezogene Geldbetrag muss spätestens am Ende desselben Bankwerktages zurückbezahlt werden. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften und der bankengesetzlichen Liquiditätsvorschriften ist die Innertagsliquidität nicht anrechenbar.

Zur Überbrückung von unerwarteten Liquiditätsengpässen bietet die Nationalbank eine Engpassfinanzierungsfazilität an. Voraussetzung für den Bezug von Liquidität im Rahmen dieser Fazilität bildet die Einräumung einer Limite durch die Nationalbank sowie die dauernde Deckung dieser Limite mit SNB-repofähigen Effekten. Der Geschäftspartner hat das Recht, im Ausmass der gewährten Limite Liquidität bis zum nächsten Bankwerktag zu beziehen. Die Beanspruchung der Limite erfolgt in Form eines Repogeschäfts zum Sondersatz. Der Sondersatz für den Bezug von Liquidität im Rahmen dieser Fazilität liegt zwei Prozentpunkte über dem Niveau des Repo-Overnight-Indexes (SNB) des vorangegangenen Bankwerktages. Der Zinsaufschlag soll die Geschäftsbanken davon abhalten, die Fazilität als dauerhafte Refinanzierungsquelle zu benutzen. Ende 2007 hielten 72 Banken eine Limite im Rahmen der Engpassfinanzierungsfazilität. Im Berichtsjahr wurden die Limiten auf Antrag der Banken von insgesamt 12,1 Mrd. auf 33,7 Mrd. Franken erhöht. Damit verbesserten die Banken ihre Vorsorge zur Absicherung von Liquiditätsrisiken erheblich.

2.2 Liquiditätsversorgung

Die Nationalbank reagierte rasch auf die Anspannungen am Geldmarkt und führte diesem am 9. August 2007 als erste Zentralbank mittels Feinsteuermassnahmen zusätzliche Liquidität zu. In den folgenden Monaten stellte die Nationalbank dem Bankensystem punktuell grosszügig Mittel zur Verfügung. Überschüssige Liquidität wurde jeweils konsequent abgeschöpft, so dass sich die Giroguthaben der Banken bei der Nationalbank im Durchschnitt nur unwesentlich veränderten. Die Massnahmen zur Beruhigung des Geldmarktes führten dazu, dass der geldpolitische Restriktionsgrad auf dem angestrebten Niveau gehalten werden konnte.

Bis Mitte September 2007 führte die Erhöhung der Risikoprämien für unbesicherte Geldmarktgeschäfte zu einem Anstieg des Dreimonats-Libors für Schweizerfranken auf rund 2,90%. Damit lag er deutlich über dem mittleren Bereich des Zielbandes, das zu diesem Zeitpunkt 2%–3% betrug. Mit dem geldpolitischen Entscheid vom 13. September 2007 hob die Nationalbank zwar das Zielband auf 2,25%–3,25% an, bekundete aber gleichzeitig die Absicht, eine Entspannung am Geldmarkt herbeizuführen. Zu diesem Zweck wurden den Banken am Tag der Lagebeurteilung Repogeschäfte mit einer Laufzeit von drei Monaten angeboten. Der Reposatz für Einwochengeschäfte wurde gleichzeitig signifikant, von 2,29% auf 2,08%, gesenkt. Der tiefere Reposatz kompensierte somit die höheren Risikoprämien im Dreimonats-Libor. Die gewünschte Reaktion erfolgte innerhalb weniger Tage. Der Dreimonats-Libor bildete sich von rund 2,90% auf 2,75%, die Mitte des neuen Zielbandes, zurück.

Nach der Lagebeurteilung vom September 2007 konnte der Dreimonats-Libor im mittleren Bereich des Zielbandes gehalten werden. Die Nationalbank versorgte den Geldmarkt vornehmlich über ordentliche Wochenoperationen zum Satz von 2,05%. Zur Stabilisierung der kurzfristigen Geldmarktzinsen wurden vermehrt Feinsteuerungsoperationen durchgeführt. Um Anspannungen am Geldmarkt über das Jahresende entgegenzuwirken, führte die SNB den Banken bereits ab Anfang Dezember 2007 Liquidität über das Jahresende zu.

Ordentliche geldpolitische Instrumente in Mrd. CHF

	2006 Bestand Durchschnitt	Umsatz	2007 Bestand Durchschnitt	Umsatz
Repogeschäfte				
Liquidität zuführende Geschäfte	20,82	1 069,47	21,73	1 071,99
Laufzeiten				
ON/TN/SN	0,13	40,66	0,13	23,64
1 Woche	18,91	980,19	18,41	969,41
2 Wochen	1,50	39,11	0,71	28,50
3 Wochen	0,00	0,00	0,22	5,80
Übrige ¹	0,27	9,50	2,26	44,63
Innertagsfazilität	7,07²	1 773,94	7,76²	1 955,90
Engpassfinanzierungsfazilität	0,01	1,72	0,01	1,82
Liquidität abschöpfende Geschäfte	0,00	0,16	0,13	38,58

1 Umfasst 1-Monats-, 3-Monats- und kurzfristige Geschäfte mit nicht standardisierten Laufzeiten.
2 Beanspruchung, bankwerktäglich.

Einzelheiten zu den Repogeschäften

Die tägliche Präsenz der SNB am Geldmarkt erlaubt eine flexible und wirksame Steuerung des Dreimonats-Libors. Diese Steuerung erfolgte primär über Repogeschäfte mit einwöchiger Laufzeit zu variierenden Zinssätzen. Bei den Anhebungen des Zielbandes für den Dreimonats-Libor wurden jeweils auch die Reposätze den neuen geldpolitischen Gegebenheiten angepasst. Der Einwochen-Reposatz wurde zwischen Januar und Mitte August 2007 von 1,90% auf 2,43% erhöht und anschliessend schrittweise bis auf 2,05% gesenkt. Die Differenz zwischen dem Dreimonats-Libor und dem Einwochen-Reposatz betrug von Januar bis Juli im Durchschnitt 26 Basispunkte und von August bis Dezember im Durchschnitt 64 Basispunkte. Der Anstieg reflektiert in erster Linie die erhöhte Risikoprämie von unbesicherten gegenüber besicherten Geldmarktgeschäften.

Im Jahre 2007 erhöhte sich das durchschnittliche Volumen der an den Tagesenden ausstehenden Repos aus Hauptfinanzierungs- und Feinsteuerungs-geschäften geringfügig, um rund 900 Mio., auf 21,7 Mrd. Franken. Der Umsatz, d. h. die Summe all dieser Repogeschäfte, betrug 1072 Mrd. Franken. Rund 90% des gesamten Umsatzes wurden durch Geschäfte mit einer Laufzeit von einer Woche erzielt.

Die täglichen Gebote der Banken bei den Repoauktionen der Nationalbank schwankten zwischen 0,6 Mrd. und 178,6 Mrd. Franken. Im Durchschnitt lagen sie bei 31,4 Mrd. Franken. Die zugeteilte Liquidität bewegte sich zwischen 0,6 Mrd. und 9,0 Mrd. Franken. Im Jahresdurchschnitt betrug sie 3,9 Mrd. Franken. Davon entfielen im Mittel 58,95% auf Banken im Inland; der Rest verteilte sich auf international tätige Banken im Ausland. Die Zuteilungsquote schwankte zwischen 2,80% und 100%. Im Durchschnitt lag sie bei 12,52%.

Die durchschnittliche Beanspruchung der Innertagsfazilität der Banken erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 7,1 Mrd. auf 7,8 Mrd. Franken.

Beansprucht wurde die Engpassfinanzierungsfazilität auch im Jahr 2007 nur in Einzelfällen und in bescheidenem Ausmass. Im Jahresdurchschnitt lag die Beanspruchung bei weniger als 10 Mio. Franken.

2.3 Weitere geldpolitische Instrumente

Neben den ordentlichen geldpolitischen Instrumenten stehen der Nationalbank gemäss Art. 9 Abs. 1 NBG als weitere Instrumente Devisenkassa- und -termingeschäfte, Devisenswaps, eigene verzinsliche Schuldverschreibungen sowie An- und Verkauf von Effekten in Franken zur Verfügung. Zudem kann sie Derivate auf Forderungen, Effekten, Edelmetalle und Währungspaare schaffen, kaufen oder verkaufen. Im Jahr 2007 wurde im Rahmen der Geldpolitik von solchen Instrumenten nicht Gebrauch gemacht.

2.4 Ausserordentliche Liquiditätshilfe

Im Rahmen der ausserordentlichen Liquiditätsversorgung kann die Nationalbank inländischen Banken Liquidität zur Verfügung stellen, wenn diese sich nicht mehr am Markt refinanzieren können (Lending-of-Last-Resort). Die um Kredit nachsuchenden Institute müssen systemrelevant und solvent sein. Zudem muss die Liquiditätshilfe jederzeit vollständig durch ausreichende Sicherheiten gedeckt sein.

Eine Bank oder Bankengruppe ist dann systemrelevant, wenn ihre Zahlungsunfähigkeit das Funktionieren des inländischen Finanzsystems oder wesentlicher Teile davon gravierend beeinträchtigen und zudem negative Auswirkungen auf die Realwirtschaft zeitigen würde. Für die Beurteilung der Solvenz einer Bank oder Bankengruppe holt die Nationalbank die Stellungnahme der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK) ein. Welche Sicherheiten als Deckung für die Liquiditätshilfe zugelassen werden, bestimmt die SNB.

Im Jahr 2007 wurde die ausserordentliche Liquiditätshilfe nicht beansprucht.

**Voraussetzungen der
Liquiditätshilfe**

**Systemrelevanz eines
Finanzinstituts**

2.5 Mindestreserven

Die Mindestreservepflicht (Art. 17, 18, 22 NBG) sichert eine minimale Nachfrage der Banken nach Notenbankgeld und erfüllt damit einen geldpolitischen Zweck. Zu den anrechenbaren Aktiven in Franken zählen die Umlaufmünzen, die Banknoten sowie die Giro Guthaben bei der Nationalbank. Das Mindestreserveverfordernis beträgt 2,5% der kurzfristigen, auf Franken lautenden Verbindlichkeiten (bis 90 Tage) sowie 20% der Verbindlichkeiten in Spar- oder Anlageform gegenüber Kunden.

Erfüllt eine Bank das Mindestreserveverfordernis nicht, so hat sie der Nationalbank den Fehlbetrag für die Anzahl Tage der jeweiligen Unterlegungsperiode zu verzinsen. Der Zinssatz liegt vier Prozentpunkte über dem durchschnittlichen Repo-Overnight-Index (SNB) der jeweiligen Unterlegungsperiode. Im Rahmen der am 1. Juli in Kraft getretenen Teilrevision der Nationalbankverordnung wurde die Anwendung der Sanktionsbestimmung, insbesondere die Berechnung des Zinses, präzisiert und eine Mindestgebühr von CHF 500 festgelegt.

Mindestreserven (20.12.2006 bis 19.12.2007) in Mio. CHF

	2006 Bestand Durchschnitt	2007 Bestand Durchschnitt
Giro Guthaben bei der SNB	5 003	5 261
Banknoten	4 715	4 850
Umlaufmünzen	93	97
Anrechenbare Aktiven	9 811	10 208
Erfordernis	8 158	8 650
Übererfüllung	1 653	1 558
Erfüllungsgrad in Prozent	120%	118%

Im Jahr 2007 (vom 20.12.2006 bis 19.12.2007) betragen die gesetzlich erforderlichen Mindestreserven im Durchschnitt 8,7 Mrd. Franken. Dies entspricht einem Anstieg von 6% gegenüber dem Vorjahr. Die vorhandenen anrechenbaren Aktiven erreichten durchschnittlich 10,2 Mrd. Franken. Damit übertrafen die Banken das Erfordernis im Jahresmittel um 1,6 Mrd. Franken. Der Deckungsgrad betrug im Jahresdurchschnitt 118%. Im Vorjahr betragen die entsprechenden drei Werte 9,8 Mrd. Franken, 1,7 Mrd. Franken und 120%.

Die gesetzlichen Mindestreservevorschriften wurden 2007 von den rund 300 Banken mit Ausnahmen erfüllt. Neun Banken verletzten die Vorschriften während jeweils einer Unterlegungsperiode, zwei Banken während zweier Unterlegungsperioden. Betragsmässig fielen diese Unterdeckungen mit 0,01% der insgesamt geforderten Aktiven nicht ins Gewicht. Der Gesamtbetrag der Zinsen, den die fehlbaren Banken zu bezahlen hatten, belief sich auf 24 600 Franken.

2.6 SNB-repofähige Effekten

Die SNB akzeptiert bei ihren geldpolitischen Operationen nur Sicherheiten, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Damit sichert sich die SNB gegen Verluste ab und stellt die Gleichbehandlung der Geschäftspartner sicher. 2007 legte die Nationalbank die Kriterien für die SNB-Repofähigkeit von Effekten neu fest. Mit deren Inkrafttreten am 1. Oktober 2007 konnte der Kreis der SNB-repofähigen Effekten substanziell erweitert werden. Im Mittelpunkt der Erweiterung stand die Aufnahme von Anleihen mit Sitz des Schuldners in einem Mitgliedstaat der EU oder des EWR. Die SNB akzeptiert Effekten in Franken und Euro sowie neu auch in US-Dollar, Pfund Sterling und in dänischen, schwedischen und norwegischen Kronen. An die einzelnen Titel werden bezüglich Liquidität und Bonität hohe Anforderungen gestellt. Das Potenzial der notenbankfähigen Effekten stieg von rund 6000 Mrd. Franken auf gegen 11 000 Mrd. Franken. Davon sind 96% in Fremdwährungen denominiert. Die SNB ist eine der wenigen Notenbanken, die für ihre geldpolitischen Operationen Effekten in fremder Währung akzeptiert.

Ein grosser Kreis von notenbankfähigen Wertschriften ist für die Sicherung der Liquidität des international ausgerichteten Bankensystems der Schweiz von zentraler Bedeutung. Banken, welche über genügend notenbankfähige Aktiven verfügen, können sich auch unter erschwerten Bedingungen Liquidität beschaffen, denn diese Wertschriften lassen sich am Interbankenmarkt und bei Notenbanken über Repogeschäfte in Liquidität umwandeln.

2.7 Konzertierte Liquiditätsmassnahmen der Notenbanken

Die Bank of Canada (BoC), die Bank of England (BoE), die Europäische Zentralbank (EZB), die Federal Reserve Bank der USA (Fed) und die Schweizerische Nationalbank führten im vierten Quartal 2007 gemeinsam Massnahmen durch, um die Lage an den internationalen Geldmärkten zu beruhigen. Zusammen mit dem Fed stellten die EZB und die SNB über Auktionen Liquidität in US-Dollar über das Jahresende zur Verfügung. In diesem Rahmen teilte die SNB den Banken am 17. Dezember 2007 Liquidität im Umfang von 4 Mrd. US-Dollar (für die Laufzeit vom 20.12.2007 bis 17.01.2008) zu. Diese Massnahme erleichterte den Gegenparteien der Nationalbank den Zugang zu US-Dollar-Liquidität. Die Auktion wurde in Form eines Zinstenders mit Mindestbietungssatz durchgeführt. Die Besicherung erfolgte mittels SNB-repofähiger Effekten. Die US-Dollar wurden der SNB vom Fed auf Basis eines Swapabkommens zur Verfügung gestellt.

3 Gewährleistung der Bargeldversorgung

3.1 Struktur der Bargeldversorgung

Auftrag

Die Nationalbank hat gemäss Art. 5 Abs. 2 lit. b NBG die Versorgung des Landes mit Bargeld (Noten und Münzen) zu gewährleisten. Sie sorgt zusammen mit den Banken, deren Gemeinschaftseinrichtungen, der Post und den SBB für einen effizienten und sicheren Barzahlungsverkehr.

Rolle der SNB

Die Nationalbank gleicht die saisonalen Schwankungen der Bargeldnachfrage aus und ersetzt nicht mehr zirkulationsfähige Noten und Münzen. Die Funktion der Feinverteilung, zu der die Ausgabe und Rücknahme von Bargeld gehört, nehmen die Banken, die Post und die Bargeldverarbeiter wahr.

Umsatz der Kassenstellen

Die Bankstellen der Nationalbank verzeichneten im Jahre 2007 Kassenumsätze von 127,4 Mrd. Franken (Vorjahr 126,9 Mrd.). Sie nahmen total 426,1 Mio. Noten (Vorjahr 405,0 Mio.) entgegen. Die Münzeingänge hatten einen Wert von 317,5 Mio. Franken (Vorjahr 360,3 Mio.) und ein Gewicht von 1600 Tonnen (Vorjahr 1802 Tonnen). Die Nationalbank prüfte die Noten und die Münzen auf Quantität, Qualität und Echtheit.

... der Agenturen

Die Umsätze (Ein- und Ausgänge) der Agenturen erreichten im Berichtsjahr ein Niveau von 14,5 Mrd. Franken (Vorjahr 14,9 Mrd.). Agenturen sind von Kantonalbanken im Auftrag der Nationalbank geführte Kassenstellen. Sie besorgen die Ausgabe und die Rücknahme von Bargeld in den Regionen. Zur Ausübung dieser Funktion verfügen die Agenturen über Bargeld, das der Nationalbank gehört.

... der Inlandkorrespondenten

Die Nationalbank kann Banken auf Plätzen, auf denen sie selber nicht tätig ist, das Mandat von Korrespondenten übertragen. Diese gewährleisten – zusammen mit den Poststellen – den Bargeldausgleich vor Ort. Die Inlandkorrespondenten lieferten 1,9 Mio. Noten (Vorjahr 2,2 Mio.) im Wert von 314,9 Mio. Franken (Vorjahr 340,0 Mio.) ein.

3.2 Banknoten

Auftrag

Gemäss Art. 7 des Währungs- und Zahlungsmittelgesetzes (WZG) gibt die Nationalbank Banknoten nach den Bedürfnissen des Zahlungsverkehrs aus und nimmt abgenutzte, beschädigte und infolge saisonaler Schwankungen eingetauschte Noten zurück. Die SNB bestimmt die Nennwerte und die Gestaltung der Noten. Besondere Bedeutung kommt der Sicherheit der Banknoten zu. Die rasche Entwicklung der Reproduktionstechnologie zwingt dazu, die Sicherheitsmerkmale der Banknoten laufend auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. In Zusammenarbeit mit Dritten werden neue Sicherheitsmerkmale entwickelt. Diese erlauben die sicherheitstechnische Aufrüstung der bestehenden und den Schutz der neu entwickelten Noten.

Der Notenumlauf belief sich im Durchschnitt des Jahres 2007 auf 38,9 Mrd. Franken (Vorjahr 38,2 Mrd.). Die wertmässige Zunahme ist hauptsächlich auf eine entsprechende Entwicklung bei den 1000er-Noten zurückzuführen. Diese Stückelung wird häufig zu Zwecken der Wertaufbewahrung gehalten. Die Zahl umlaufender Noten betrug im Jahresdurchschnitt 292,0 Mio. (Vorjahr 283,4 Mio.). Die Zunahme ist hauptsächlich mit dem BIP-Wachstum sowie der vermehrten Verwendung von 20er-Noten in Geldausgabeautomaten zu erklären.

Im Jahr 2007 setzte die Nationalbank 93,5 Mio. (Vorjahr 111,5 Mio.) druckfrische Banknoten im Nominalwert von insgesamt 7,7 Mrd. Franken (Vorjahr 7,8 Mrd.) in Umlauf. Sie vernichtete 85,9 Mio. (Vorjahr 97,0 Mio.) beschädigte oder zurückgerufene Noten im Nominalwert von 5,5 Mrd. Franken (Vorjahr 6,4 Mrd.).

In der Schweiz wurden 2007 insgesamt rund 2800 (Vorjahr 2600) falsche Banknoten beschlagnahmt. Die Bankstellen der Nationalbank allein stellten 83 Fälschungen (Vorjahr 108) sicher. Im internationalen Vergleich nehmen sich die zehn Fälschungen pro Million umlaufender Schweizer Noten (Vorjahr neun) bescheiden aus.

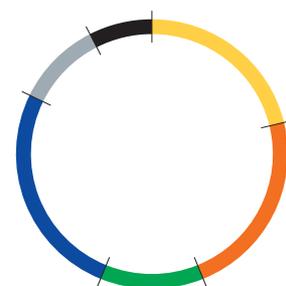
Die Bankbehörden betrauten 2007 die Grafikerin Manuela Pfrunder, Zürich, mit der Weiterführung der Vorarbeiten an einer neuen Notenserie. Pfrunder hatte im Ideenwettbewerb von 2005 zu den Preisträgern gehört und bei der hierauf erfolgten gestalterischen und technischen Verfeinerung Entwürfe vorgelegt, die den Anforderungen an zirkulationsfähige Noten besonders gut entsprachen.

Notenumlauf

Ausgabe und Vernichtung

Fälschungen

Entwicklung einer neuen Notenserie



Notenumlauf
Abschnitte in Mio. Stück

- 10er 62
- 20er 66
- 50er 36
- 100er 76
- 200er 30
- 1000er 22

Jahresdurchschnitt

3.3 Münzen

Auftrag

Die Nationalbank besorgt im Auftrag des Bundes den Münzverkehr. Ihre Rolle ist in Art. 5 WZG umschrieben. Sie übernimmt die von der swissmint geprägten Münzen und setzt die benötigte Anzahl in Umlauf. Die überschüssigen Münzen nimmt die Nationalbank gegen Vergütung des Nennwerts unbeschränkt zurück. Die Leistungen der SNB im Münzwesen sind als Bestandteil ihres Auftrags zur Bargeldversorgung des Landes unentgeltlich.

Münzumlauf

Die durchschnittlichen Münzausstände betragen 2,5 Mrd. Franken (Vorjahr 2,5 Mrd.) oder 4407 Mio. Münzen (Vorjahr 4295 Mio.). Der starke Anstieg der Nachfrage nach kleinen Münzen, der seit dem Frühjahr 2006 festzustellen war, setzte sich damit fort. Der erhöhte Münzbedarf hat vielfältige Ursachen, wobei die gute Konjunkturlage und insbesondere der belebte Tourismus die wichtigste Rolle spielten.

4 Erleichterung und Sicherung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs

Gemäss Art. 5 Abs. 2 Bst. c NBG erleichtert und sichert die Nationalbank das Funktionieren bargeldloser Zahlungssysteme. Art. 9 NBG ermächtigt die SNB, für Banken und andere Finanzmarktteilnehmer Konten (SNB-Girokonten) zu führen.

Auftrag

4.1 Erleichterung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs

Die Banken und weitere ausgewählte Finanzmarktteilnehmer wickeln einen Grossteil ihres Zahlungsverkehrs untereinander über das Swiss Interbank Clearing (SIC-System) ab, das von der SNB gesteuert wird. Die Voraussetzung zur Teilnahme am SIC-System bilden die SNB-Girokonten.

Das SIC-System ist ein Echtzeit-Brutto-Zahlungssystem. In solchen Systemen werden Zahlungen einzeln und nur sofern Deckung vorhanden ist, auf den Konten der Systemteilnehmer verbucht. Die ausgeführten Transaktionen sind unwiderruflich und endgültig; sie haben die Qualität einer Barzahlung. Das SIC-System wird von der Swiss Interbank Clearing AG, einer Tochtergesellschaft der Telekursgruppe, im Auftrag der SNB betrieben.

SIC – ein Echtzeit-Brutto-Zahlungssystem

Die SNB steuert das System. Sie überträgt zu Beginn eines Clearingtages Liquidität von den SNB-Giro-Stammkonten auf die Giro-Verrechnungskonten des SIC-Abwicklungssystems und transferiert am Tagesende die Guthaben von den Giro-Verrechnungskonten auf die SNB-Giro-Stammkonten zurück. Rechtlich bilden die beiden Konten eine Einheit. Der Clearingtag im SIC-System beginnt um 17.00 Uhr und dauert bis 16.15 Uhr des folgenden Tages. Die SNB überwacht den Betrieb und sorgt für ausreichende Liquidität, indem sie den Banken bei Bedarf mit Wertschriften gesicherte Innertagskredite gewährt. Die SNB ist auch für das Krisenmanagement zuständig.

Steuerung des SIC durch die SNB

Der Auftrag an die SIC AG, Rechenzentrumsdienstleistungen für das SIC-System zu erbringen, ist im SIC-Vertrag zwischen der SNB und der SIC AG und die Beziehung zwischen der SNB und dem Girokontoinhaber im SIC-Girovertrag geregelt.

SIC-Verträge

Die SNB beeinflusst auch auf konzeptioneller Ebene die Weiterentwicklung des SIC-Systems. Gestützt auf den SIC-Grundlagenvertrag genehmigt sie Änderungen und Erweiterungen am System. Von dieser Kompetenz machte die SNB im Zusammenhang mit dem im Jahre 2006 gestarteten Projekt zur Überführung der IT-Infrastrukturen der beiden Service Provider SIS Systems AG und Telekurs Services AG in eine gemeinsame Organisation Gebrauch. Das Zusammenlegen der Rechenzentren der beiden Institute hatte nicht zu vernachlässigende technisch-organisatorische Auswirkungen auf den Betrieb des SIC-Systems. Deshalb liess die SNB im Jahre 2007 durch eine externe Revisionsfirma abklären, ob das neue Gebilde im Einklang mit den Anforderungen der SNB an den Betrieb des SIC-Systems steht. Das Ergebnis der Prüfung fiel insgesamt positiv aus. Pendent blieb die Einrichtung eines geografisch von der Region Zürich getrennten Ausweichrechenzentrums. Weiter machte die SNB ihren Einfluss im Verwaltungsrat der SIC AG, wo sie Einsitz hat, und in verschiedenen technischen Arbeitsgruppen geltend.

Ende 2007 waren 347 (Vorjahr 330) Teilnehmer am SIC angeschlossen. Pro Tag wickelte das Rechenzentrum der Swiss Interbank Clearing AG rund 1,4 Mio. Transaktionen im Wert von 208 Mrd. Franken ab. An Spitzentagen waren bis 4,2 Mio. Transaktionen und Umsätze von bis 337 Mrd. Franken zu bewältigen. Die im SIC-System insgesamt verarbeiteten Transaktionen nahmen um rund 12,5% und die Umsätze um rund 16,6% zu.

Kenngrössen zum SIC-System

	2003	2004	2005	2006	2007
Transaktionen (in 1000)					
Tagesdurchschnitt	768	816	1 009	1 264	1 421
Höchster Tageswert des Jahres	2 145	2 215	2 690	3 844	4 167
Betragsvolumen (in Mrd. Franken)					
Tagesdurchschnitt	178	163	161	179	208
Höchster Tageswert des Jahres	284	273	247	318	337
Betrag je Transaktion (in 1000 Franken)					
	232	200	160	141	146
Durchschnittliche Liquiditätshaltung (in Mio. Franken)					
Giroguthaben am Tagesende	4 811	5 339	4 831	5 217	4 872
Intraday-Liquidität	5 972	6 188	6 340	7 070	8 828

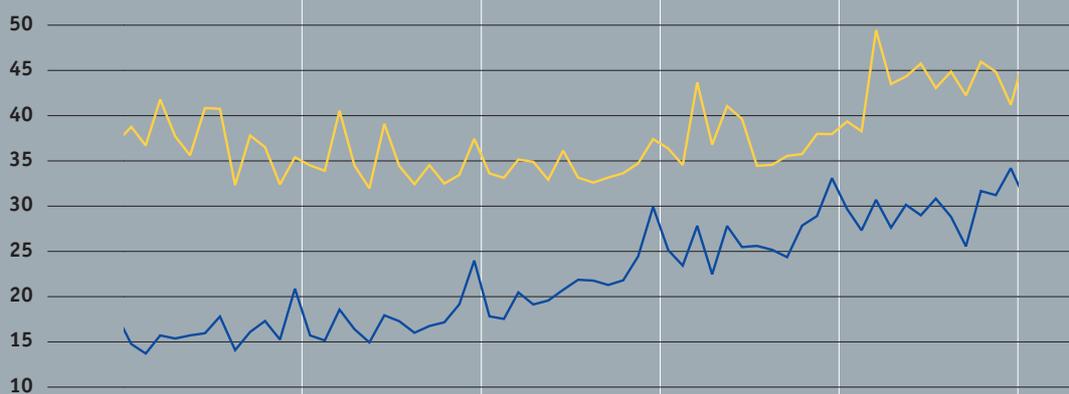
Liquidität im SIC

— Beanspruchung Intraday Repos durch die Banken
— Giro Guthaben
 In Mrd. Franken



Transaktionen und Umsatz im SIC

— Anzahl Transaktionen (in Mio.)
— Umsatz (in 100 Mrd. Franken)



Neben den Banken verfügen auch Nichtbanken bzw. «andere Finanzmarktteilnehmer» über SNB-Girokonten und damit über die Möglichkeit, am SIC-System teilzunehmen. Unter die Kategorie «andere Finanzmarktteilnehmer» fallen Unternehmen, die gewerbsmässig an den Finanzmärkten auftreten. Inhaber von Girokonten dieser Kategorie sind zurzeit die Postfinance, Effektenhändler und Institute, die entweder für den Vollzug der Nationalbankpolitik oder für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs (zurzeit fünf Bargeldverarbeiter) von Bedeutung sind. Nicht alle Inhaber von Girokonten sind auch Teilnehmer am SIC-System. Die SNB zählte am 31.12.2007 insgesamt 457 Giro-Kontoinhaber (Vorjahr 459). Davon waren 306 im Inland domiziliert (Vorjahr 302). Von den Inhabern aus dem Inland waren zehn Nichtbanken (Vorjahr zehn).

Der Verein SWX Swiss Exchange, die SWX Group, die SIS Swiss Financial Services Group AG und die Telekurs Holding AG kündigten im Mai 2007 an, per Anfang 2008 eine gemeinsame Finanzplatzholding unter der Bezeichnung «Swiss Financial Market Services» (SFMS) bilden zu wollen. Die Nationalbank erfüllt für die meisten Geschäftsbereiche der SFMS wichtige Aufgaben. So laufen die Zahlungsströme im Interbankzahlungssystem SIC, das ein zentrales Element der Swiss Value Chain bildet, über die Girokonten der SNB. Über die Repo-Transaktionen stellt die Nationalbank die für ein reibungsloses Funktionieren der schweizerischen Finanzmarktinfrastruktur nötige Liquidität zur Verfügung. Zudem erbringt die SNB wesentliche konzeptionelle Beiträge zu den Einrichtungen und Prozessen.

4.2 Überwachung von Zahlungs- und Effektenabwicklungssystemen

Das Nationalbankgesetz (Art. 5 Abs. 2 Bst. c sowie Art. 19–21 NBG) beauftragt die SNB mit der Überwachung der Systeme zur Abrechnung und Abwicklung von Zahlungen (Zahlungssysteme) oder von Geschäften mit Finanzinstrumenten, insbesondere Effekten (Effektenabwicklungssysteme). Es ermächtigt die Nationalbank, Mindestanforderungen an den Betrieb jener Systeme zu stellen, von denen Risiken für die Stabilität des Finanzsystems ausgehen können. Die Nationalbankverordnung regelt die Einzelheiten der Systemüberwachung (Art. 18–39 NBV).

Zu den Systemen, von denen Risiken für die Stabilität des Finanzsystems ausgehen können, zählen gegenwärtig das Zahlungssystem Swiss Interbank Clearing (SIC), das Wertschriftenabwicklungssystem SECOM und die zentrale Gegenpartei x-clear. Die Betreiber dieser Systeme müssen die in den Art. 22–34 NBV aufgeführten Mindestanforderungen erfüllen. Die SNB hat diese Mindestanforderungen durch systemspezifische Vorgaben (Control Objectives) weiter konkretisiert. Für die Stabilität des schweizerischen Finanzsystems ebenfalls bedeutsam sind das Devisenabwicklungssystem Continuous Linked Settlement (CLS) und die zentrale Gegenpartei LCH.Clearnet Ltd. (LCH), deren Betreiber in den USA bzw. im Vereinigten Königreich ansässig sind. CLS und LCH sind von der Einhaltung der Mindestanforderungen befreit, da sie bereits durch die lokalen Behörden angemessen überwacht werden und der Informationsaustausch mit der Nationalbank reibungslos erfolgt.

SIS SegInterSettle und SIS x-clear, die Betreiber des Effektenabwicklungssystems SECOM bzw. der zentralen Gegenpartei x-clear, verfügen über eine Banklizenz und unterstehen sowohl der Institutsaufsicht durch die Eidgenössische Bankenkommision (EBK) als auch der Systemüberwachung durch die Nationalbank. Während die Institutsaufsicht in erster Linie den Schutz des einzelnen Gläubigers bezweckt, stehen für die Systemüberwachung die Risiken und das Funktionieren des Finanzsystems im Vordergrund. Die EBK und die Nationalbank nehmen ihre Aufsichts- bzw. Überwachungskompetenzen zwar individuell wahr; sie koordinieren ihre Aktivitäten aber im Sinn des gesetzgeberischen Ziels, Doppelspurigkeiten zu vermeiden (vgl. Art. 21 Abs. 1 NBG und Art. 23^{bis} Abs. 4 BankG). Dies gilt namentlich für die Erhebung der für die Institutsaufsicht bzw. Systemüberwachung notwendigen Informationen. Bei der Beurteilung, ob ein Systembetreiber die Mindestanforderungen erfüllt, stützt sich die Nationalbank so weit als möglich auf die bereits durch die Bankenkommision erhobenen Informationen.

Bei der Überwachung von Zahlungs- und Effektenabwicklungssystemen, die grenzüberschreitend tätig sind, arbeitet die Nationalbank mit ausländischen Behörden zusammen. Im Fall des Devisenabwicklungssystems CLS konsultiert die für die Überwachung primär verantwortliche Federal Reserve Bank of New York sämtliche Zentralbanken, deren Währungen über das CLS-System abgewickelt werden. Bei den zentralen Gegenparteien LCH und x-clear – Letztere besitzt im Vereinigten Königreich den Status eines Recognised Overseas Clearing House – arbeiten die Nationalbank und die Bankenkommision mit der britischen Financial Services Authority (FSA) und der Bank of England zusammen. Die Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen den britischen und den schweizerischen Behörden sind in einem Memorandum of Understanding geregelt.

Schliesslich beteiligt sich die Nationalbank zusammen mit den anderen Zentralbanken der Zehnergruppe (G-10) und unter Federführung der belgischen Notenbank an der Überwachung der in Belgien niedergelassenen Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT), die ein globales Netzwerk für die Übermittlung von Finanzmeldungen betreibt. Die Überwachung konzentriert sich auf jene Aktivitäten von SWIFT, die für die Finanzstabilität im Allgemeinen und die Funktionsfähigkeit der Finanzmarktinfrastrukturen im Besonderen von Bedeutung sind. Sie erstreckt sich nicht auf Fragen der Compliance von SWIFT.

Die Nationalbank beurteilte im Berichtsjahr erstmals die Einhaltung ihrer systemspezifischen Vorgaben durch die Betreiber der Systeme SIC, SECOM und x-clear. Die Beurteilung anhand der Control Objectives konzentrierte sich auf die Unternehmensführung (Corporate Governance), die vertraglichen Grundlagen der Systeme sowie auf die Analyse, das Management und die Kontrolle der systemischen Kredit- und Liquiditätsrisiken durch die Betreiber. Insgesamt stellte die Nationalbank den Systembetreibern ein gutes Zeugnis aus; mit einer Ausnahme stufte sie alle überprüften Control Objectives als vollständig oder mindestens grösstenteils erfüllt ein. Gemäss Einschätzung der SNB verfügen die Systembetreiber über eine gesamthaft angemessene Corporate Governance. Die eingesetzten Instrumente zur fortlaufenden Erfassung, Begrenzung und Überwachung ihrer jeweiligen Kredit- und Liquiditätsrisiken sind zweckmässig. Auch die Regeln und Verfahren der einzelnen Systeme sowie deren Verbindungen miteinander tragen erheblich zur Minimierung der Abwicklungsrisiken bei. In ihren Stellungnahmen an die Systembetreiber wies die SNB dennoch auf einzelne Bereiche hin, in denen ein potenzieller Handlungsbedarf besteht. Dies gilt namentlich für das Management der Risikopositionen von x-clear gegenüber LCH. Die SNB forderte SIS x-clear deshalb auf, zusammen mit LCH entsprechende Verbesserungen zu prüfen und so rasch als möglich zu implementieren. SIS x-clear und LCH konnten sich noch vor Ende des Berichtsjahrs auf eine Lösung einigen. Ferner forderte die Nationalbank alle Systembetreiber auf, in ihren vertraglichen Regelungen geringfügige Präzisierungen oder Ergänzungen vorzunehmen. Ein Systembetreiber wurde angehalten, die Angemessenheit der Ressourcen der Internen Revision zu überprüfen.

Für die Beurteilung der Einhaltung jener Control Objectives, die sich auf die IT- und Informationssicherheit der Systeme beziehen, stützt sich die Nationalbank vornehmlich auf externe Prüfgesellschaften. Die SNB begleitet deren Arbeit eng, von der Definition der Prüfpunkte und der Prüftiefe bis hin zur Abnahme der Schlussberichte. Die Gesamtheit der IT-bezogenen Control Objectives wird in einem Dreijahreszyklus überprüft. Ein solcher Zyklus wurde im Berichtsjahr initialisiert. Die Prüfungen zielten zum einen auf den Schutz der Einrichtungen der Informationsverarbeitung vor physischen Bedrohungen, zum anderen auf die Gewährleistung des sicheren und kontinuierlichen Betriebs der einzelnen Systeme. Der gegen Ende 2007 abgeschlossene Bericht der externen Prüfgesellschaft hält fest, dass die definierten Control Objectives in hohem Masse umgesetzt sind. Er enthält dementsprechend nur eine geringe Anzahl von Empfehlungen mittlerer und tiefer Priorität. Basierend auf den Erkenntnissen des Berichts wird die Nationalbank Anfang 2008 gegenüber den Systembetreibern Stellung nehmen.

Die Erfahrungen, die im Rahmen dieser Prüfungen gesammelt werden konnten, führten in der Nationalbankverordnung auch zur Anpassung der Bestimmungen über die Mindestanforderungen sowie deren Überprüfung und Durchsetzung. Neu muss ein Betreiber von systemrelevanten Einrichtungen seine Verfahren und technischen Konzepte nicht mehr mindestens jährlich, sondern nur noch periodisch durch eine externe Stelle überprüfen lassen. Ausserdem wurde die Vorschrift gelockert, wonach der Systembetreiber die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit vertraglicher Grundlagen regelmässig durch spezialisierte Gutachter prüfen muss, sofern ausländisches Recht anwendbar ist. Schliesslich muss ein Systembetreiber Änderungen der vertraglichen Grundlagen, welche systemisch relevante Teile betreffen, der SNB nicht mehr zur Genehmigung vorlegen, sondern diese nur noch darüber informieren.

Die Anfang 2008 erfolgte und auch die Systeme SIC, SECOM und x-clear betreffende Zusammenführung der Infrastrukturbetreiber SWX Swiss Exchange, SIS Swiss Financial Services Group und Telekurs Holding in die Swiss Financial Market Services (vgl. S. 50) wird keine unmittelbaren Konsequenzen für die Durchführung der Systemüberwachung haben. Die Nationalbank wird aber insbesondere die Auswirkungen der Fusion auf die Corporate Governance der Systembetreiber beachten.

Die Nationalbank wirkte im Berichtsjahr weiterhin darauf hin, dass die Systembetreiber rasch ein weiteres, überregionales Rechenzentrum aufbauen, das im Krisenfall aktiviert werden könnte. Das Projekt wurde im zweiten Halbjahr 2007 initiiert; das Rechenzentrum soll bis Ende 2008 realisiert werden.

Die von der zentralen Gegenpartei x-clear neu für das erste Quartal 2008 vorgesehene Ausweitung der Geschäftstätigkeit auf das Clearing für die an der London Stock Exchange (LSE) gehandelten Titel erfordert verschiedene Anpassungen im Risikomanagement von x-clear. Eine besondere Herausforderung für das Risikomanagement besteht darin, dass sich die voraussichtlichen zukünftigen Teilnehmer von x-clear nicht gleichzeitig, sondern sukzessive über einen Zeitraum von mehreren Monaten aufschalten werden. Die Nationalbank prüfte die von SIS x-clear ausgearbeiteten Vorschläge und nahm im Einvernehmen mit der EBK Stellung.

5 Anlage der Aktiven

5.1 Grundlagen

Auftrag

Art. 5 Abs. 2 NBG überträgt der SNB die Aufgabe, die Währungsreserven zu verwalten. Die Anlage der Aktiven untersteht dem Primat der Geld- und Währungspolitik und erfolgt nach den Kriterien Sicherheit, Liquidität und Ertrag. Die Richtlinien der Nationalbank für die Anlagepolitik beschreiben den Handlungsrahmen für die Anlagetätigkeit sowie den Anlage- und Risikokontrollprozess. In diesem Rahmen werden die Anlagen nach den Grundsätzen einer zeitgemässen Vermögensbewirtschaftung getätigt. Durch Diversifikation der Anlagen wird ein angemessenes Verhältnis zwischen Rendite und Risiko angestrebt.

Funktion der Aktiven

Die Aktiven der Nationalbank bestehen im Wesentlichen aus Devisen, Gold und Finanzaktiven in Franken (Wertpapiere und Forderungen aus Repogeschäften). Sie erfüllen wichtige geld- und währungspolitische Funktionen. Ihre Zusammensetzung wird weitgehend durch die geltende Währungsordnung sowie die Bedürfnisse der Geldpolitik bestimmt. Ein Teil der Aktiven dient unmittelbar der Durchführung der Geldpolitik. Dazu gehören die Forderungen aus Repogeschäften. Mit Repogeschäften stellt die Nationalbank den Geschäftsbanken gegen Übernahme von Wertpapieren Liquidität in Form von Notenbankgeld zur Verfügung. Währungsreserven in Form von Devisen und Gold hält die Nationalbank, um jederzeit über geld- und währungspolitischen Handlungsspielraum zu verfügen. Währungsreserven wirken überdies vertrauensbildend und dienen der Vorbeugung und Überwindung allfälliger Krisen.

5.2 Anlage- und Risikokontrollprozess

Zuständigkeiten von Bankrat und Risikoausschuss

Das Nationalbankgesetz definiert die Zuständigkeiten und konkretisiert den Auftrag der SNB für die Aktivenverwaltung. Die integrale Aufsicht über den Anlage- und Risikokontrollprozess obliegt dem Bankrat. Dieser beurteilt die Grundsätze des Prozesses und überwacht deren Einhaltung. Er wird dabei von dem aus drei Mitgliedern des Bankrats zusammengesetzten Risikoausschuss unterstützt. Dieser überwacht insbesondere das Risikomanagement. Die interne Berichterstattung des Risikomanagements erfolgt direkt an das Direktorium und den Risikoausschuss. Um Interessenkonflikten vorzubeugen, sind auf operativer Ebene die Zuständigkeiten für geld- und anlagepolitische Geschäfte weitgehend getrennt.

Das Direktorium definiert die Anforderungen an Sicherheit, Liquidität und Ertrag der Anlagen und legt den Kreis der zulässigen Währungen, Anlageklassen, Anlageinstrumente und Schuldner fest. Es entscheidet über die Zusammensetzung der Währungsreserven wie auch der übrigen Aktiven und befindet in der Regel einmal jährlich über die Strategie für die Anlage der Aktiven. Die Anlagestrategie umfasst die Aufteilung der gesamten Aktiven auf die verschiedenen Portfolios sowie die Vorgaben für deren Bewirtschaftung, namentlich die Verteilung der Anlagen auf die verschiedenen Währungen und Anlageklassen sowie den Bewirtschaftungsspielraum auf operativer Ebene.

... Direktorium

Auf der operativen Ebene bestimmt ein internes Anlagekomitee die taktische Allokation der Anlagen, indem es im Rahmen der strategisch vorgegebenen Bandbreiten Parameter wie Währungsanteile, Laufzeit und Anteile der verschiedenen Anlageklassen an veränderte Marktbedingungen anpasst. Das Portfoliomanagement schliesslich verwaltet die einzelnen Portfolios. Der überwiegende Teil der Anlagen wird von internen Portfoliomanagern bewirtschaftet. Externe Vermögensverwalter werden für die effiziente Erschliessung spezieller Anlageklassen sowie zu Zwecken des Performancevergleichs mit dem internen Portfoliomanagement eingesetzt.

... Anlagekomitee und Portfoliomanagement

Die Anlagestrategie beruht auf quantitativen Vorgaben für die Risikotoleranz und die Liquidität der Anlagen sowie auf umfassenden Risiko- und Ertragsanalysen. Die Risikosteuerung und -begrenzung erfolgt über ein System von Referenzportfolios, Richtlinien und Limiten. Alle massgeblichen finanziellen Risiken auf den Anlagen werden kontinuierlich erfasst, beurteilt und überwacht. Die Risikomessung beruht auf gängigen Risikokennziffern und Verfahren. Bei den Marktrisiken stehen Sensitivitäts- und Value-at-Risk-Analysen im Vordergrund, bei den Kreditrisiken die Informationen der wichtigen Ratingagenturen, Marktindikatoren und eigene Analysen. Die Kreditlimiten basieren auf diesen Indikatoren und werden bei veränderter Einschätzung der Gegenparteirisiken angepasst. Die Risikokennzahlen werden über alle Anlagen aggregiert. Die Einhaltung der Richtlinien und der Limiten wird täglich überwacht. Die Ergebnisse der Risikoüberwachung werden in vierteljährlichen Risikoberichten an das Direktorium und den Risikoausschuss des Bankrats dokumentiert.

... Risikomanagement

5.3 Aktivenstruktur

Die Nationalbank verfügte Ende 2007 über Währungsreserven von 85 Mrd. Franken. Davon entfielen 35 Mrd. auf Gold und 50 Mrd. auf Devisenreserven. Hinzu kamen rund 35 Mrd. Frankenaktiven in Form von Forderungen aus Repogeschäften und Obligationenanlagen am Kapitalmarkt. Die Forderungen aus Repogeschäften waren am Jahresende aus saisonalen Gründen wie üblich um einige Milliarden Franken höher als im Jahresdurchschnitt. Ende 2007 waren erstmals auch Forderungen aus geldpolitischen Repogeschäften in US-Dollars ausstehend.

Zusammensetzung der Aktiven

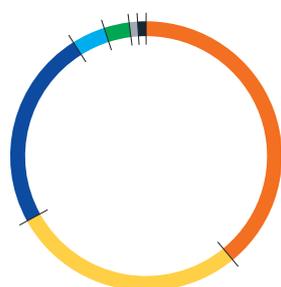
Goldbestand

Die Nationalbank gab am 14. Juni 2007 ihre Absicht bekannt, bis Ende September 2009 250 Tonnen Gold zu verkaufen. Die entsprechenden Erlöse dienen zur Aufstockung der Devisenreserven. Mit dieser Umschichtung strebt die Nationalbank eine ausgewogenere Verteilung der Währungsreserven an. Dies wurde nötig, weil der Anteil des Goldes an den Währungsreserven durch den markanten Goldpreisanstieg der letzten Jahre zu Lasten des Anteils der Devisenreserven sukzessiv angestiegen war. Die Goldverkäufe erfolgen im Rahmen des zweiten internationalen Goldabkommens vom 8. März 2004. Vom 15. Juni 2007 bis zum Jahresende wurden insgesamt 145 Tonnen Gold verkauft. Dennoch stieg der Wert des Goldbestandes gegenüber dem Vorjahr, weil die Höherbewertung infolge des Goldpreisanstiegs im Jahresverlauf die Verkäufe mehr als kompensierte.

Anlagen

Der weitaus grösste Teil der Aktiven bestand aus festverzinslichen Anlagen. Davon entfielen 31 Mrd. Franken auf Forderungen aus Repogeschäften in Franken, 5 Mrd. auf Forderungen aus Repogeschäften in US-Dollar, 4 Mrd. auf Frankenanleihen, 4 Mrd. auf Forderungen aus Goldleihgeschäften und 44 Mrd. auf Devisenreserven. Die übrigen Devisenreserven wurden in Form von Aktien gehalten.

Anlagestruktur Devisenreserven und Frankenanleihen



Struktur der Nationalbankaktiven in Prozent

Devisenreserven 39

Goldreserven 28

Forderungen aus Repogeschäften in Franken 24

Forderungen aus Repogeschäften in US-Dollar 4

Wertschriften in Franken 3

Währungsinstitutionen 1

Übrige Aktiven 1

Total: 127 Mrd. Franken
Ende 2007

	2006 Devisen- reserven	Franken- anleihen	2007 Devisen- reserven	Franken- anleihen
--	------------------------------	----------------------	------------------------------	----------------------

Währungsallokation inkl. Derivat-Positionen

Schweizer Franken	–	100%	–	100%
US-Dollar	27%	–	28%	–
Euro	48%	–	47%	–
Japanischer Yen	10%	–	10%	–
Britisches Pfund	10%	–	10%	–
Andere (kanadischer Dollar, dänische Krone)	5%	–	5%	–

Anlagekategorien

Geldmarktanlagen	3%	–	2%	–
Staatsanleihen ¹	58%	48%	61%	44%
Andere Anleihen ²	29%	52%	25%	56%
Aktien	11% ³	–	12%	–

Risikokennzahlen

Duration der Anleihen (Jahre)	4.2	5.4	4.1	5.0
Value-at-Risk (1 Jahr, 95%) in Mrd. CHF	2.5	0.1	3.7	0.0

1 Anleihen von Staaten in deren eigener Währung sowie – bei Frankenanlagen – Anleihen schweizerischer Kantone und Gemeinden.

2 Anleihen von Staaten in Fremdwährung, ausländischen lokalen Gebietskörperschaften und supranationalen Organisationen, Pfandbriefe, US-Mortgage-backed-Securities (MBS), Unternehmensanleihen usw.

3 Inklusive Aktienindex-Futures: 12%.

Die Anleihenportfolios der Devisenreserven und Frankenanleihen enthielten Ende 2007 Obligationen von Staaten und staatsnahen Instituten, internationalen Organisationen, lokalen Gebietskörperschaften, Finanzinstituten und übrigen Unternehmungen. Bei den Devisenreserven wurden in geringem Ausmass auch besicherte und unbesicherte Geldmarktanlagen bei Banken getätigt. Die Aktien wurden durch Nachbildung breiter Marktindizes in den Währungen Euro, US-Dollar, Yen, Pfund und kanadischer Dollar ausschliesslich passiv bewirtschaftet. Um mögliche Interessenkonflikte mit der Geldpolitik auszuschliessen, wurden nur von ausländischen Firmen begebene Unternehmensanleihen und Aktien gehalten. Für Goldleihgeschäfte stand etwas mehr als ein Viertel des Goldbestands zur Verfügung.

Zur Bewirtschaftung von Wechselkurs- und Zinsrisiken wurden derivative Instrumente wie Zinsswaps, Zinsfutures, Devisentermingeschäfte und Devisenoptionen eingesetzt, zur Steuerung des Aktienanteils zusätzlich auch Futures auf Aktienindizes.

Die Verteilung der Devisenreserven nach Währungen änderte sich gegenüber dem Vorjahr nur marginal. Die Aktienquote blieb – unter Berücksichtigung der Aktienfutures – unverändert. Der Value-at-Risk der Devisenreserven erhöhte sich aufgrund des höheren Bestandes an Devisenreserven und der gestiegenen Volatilität um rund 1 Mrd. auf 3,7 Mrd. Franken.

Schuldnerkategorien und Instrumente

Änderungen in der Anlagestruktur

5.4 Risikoprofil der Anlagen

Die Hauptrisiken auf den Anlagen sind die Marktrisiken, d.h. die Goldpreis-, Wechselkurs-, Aktienkurs- und Zinsrisiken. Die Marktrisiken werden in erster Linie durch Diversifikation gesteuert. Den Liquiditätsrisiken begegnet die Nationalbank, indem sie einen wesentlichen Teil ihrer Anlagen in den weltweit liquidesten Währungen und Anlagemärkten hält. Daneben geht die Nationalbank in geringem Umfang auch Kreditrisiken ein.

Die Anpassungen der letzten Jahre verbesserten das Risiko-Ertragsprofil der Währungsreserven. Insbesondere die ausgeglichene Währungsverteilung der Devisenreserven und die Beimischung von Aktien trugen dazu bei. Die Duration (durchschnittliche Kapitalbindungsdauer) der festverzinslichen Anlagen betrug 2007 rund vier Jahre. Die dominierenden Risikofaktoren der Währungsreserven waren weiterhin der Goldpreis und der Dollarkurs. Demgegenüber trugen Aktien-, Zins- und Kreditrisiken nur in geringem Mass zum Gesamtrisiko bei. Aufgrund des höheren Bestandes an Devisenreserven und der gestiegenen Volatilitäten erhöhte sich das Gesamtrisiko auf den Währungsreserven.

Risikoprofil

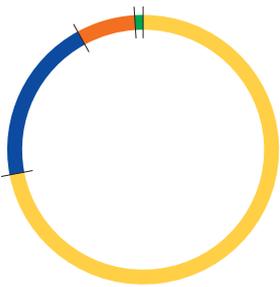
... der Währungsreserven

... der Frankenanlagen

Die Frankenanlagen wurden indexnah verwaltet. Die Laufzeiten- und Bonitätsstruktur entsprach weitgehend jener des Swiss Bond Indexes für die Ratingkategorien AAA und AA aller Laufzeiten. Die Duration betrug rund fünf Jahre. Die geldpolitischen Repogeschäfte waren nahezu risikolos; aufgrund der sehr kurzen Laufzeiten bestanden keine Zinsrisiken. Sie enthielten auch kaum Kreditrisiken, da die Forderungen durch erstklassige Hinterlagen gedeckt waren. Die Hinterlagen wurden zweimal täglich neu bewertet. Bei Unterdeckung bestand eine Pflicht zum sofortigen Nachschuss. Per 1. Oktober 2007 wurde der Kreis der notenbankfähigen Hinterlagen um zusätzliche Währungen und Schuldnerkategorien erweitert.

Kreditrisiken

Kreditrisiken ging die SNB mit Obligationenanlagen von verschiedenen Schuldern und Schuldnerkategorien ein. Dazu gehören Obligationen von öffentlichen und supranationalen Emittenten sowie Pfandbriefe und vergleichbare Papiere. Daneben bestanden Portfolios von Unternehmensanleihen (im Wert von CHF 2,3 Mrd.) und amerikanischen Mortgage-backed-Securities (1,3 Mrd.). Die hypothekarisch gedeckten MBS bestanden ausschliesslich aus Wertpapieren, die durch die Agencies Ginnie Mae, Fannie Mae und Freddie Mac emittiert und garantiert wurden. Diese Agency-MBS waren von der Krise am amerikanischen Hypothekarmarkt nur am Rande betroffen. Zwar stiegen, analog zu den Unternehmensanleihen, auch die Risikoaufschläge der MBS gegenüber Staatsanleihen an. Dennoch resultierte für das Jahr 2007 auf den Agency-MBS eine positive Rendite von rund 7% in USD. Gegenüber Banken bestanden Kreditrisiken zudem auf Festgeldern (0,9 Mrd.) und auf Wiederbeschaffungswerten von Derivaten (0,0 Mrd.). Die Goldleihe (4,2 Mrd.) enthielt kein nennenswertes Kreditrisiko; die Geschäfte waren durch Anleihen überdurchschnittlicher Bonität besichert. Trotz der in den letzten Jahren erhöhten Kreditrisikotoleranz wiesen die Anlagen der SNB im Durchschnitt ein hohes Rating auf. 72% der Anlagen trugen die Höchstnote AAA. Auf das tiefste noch akzeptierte Rating, BBB, entfiel am Jahresende wie im Vorjahr rund 1% der Anlagen.



Ratingverteilung
der Anlagen¹
in Prozent

AAA	72
AA	20
A	7
BBB	1

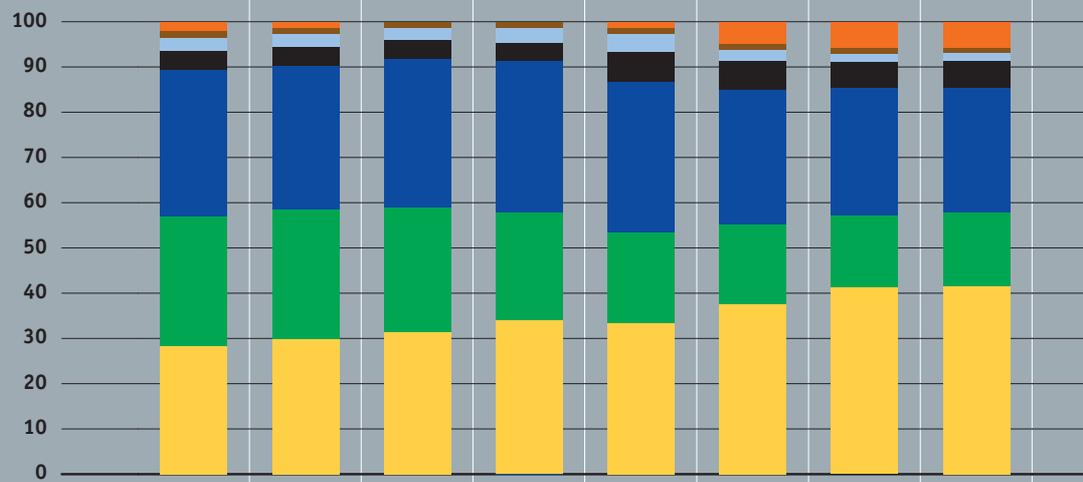
Ende 2007
1 Ohne Aktien,
ohne Repogeschäfte

Aufteilung der Währungsreserven

- Gold
- US-Dollar
- Euro
- Britisches Pfund
- Dänische Krone
- Kanadischer Dollar
- Yen

In Prozent

Überschüssiges Gold
und zwischenzeitliche Investition
der entsprechenden Verkaufserlöse
(ehemals Freie Aktiven)
nicht enthalten



Liquiditätsrisiken

Die Nationalbank stellt hohe Anforderungen an die Liquidität ihrer Anlagen. Mehr als 70% der Devisenreserven wurden in den Hauptwährungen Euro und US-Dollar und davon ein grosser Teil in hochliquiden Staatsanleihen gehalten.

Gesamtrisiko

Das Gesamtrisiko der Anlagen wird unter anderem mit dem sog. Value-at-Risk (VaR) abgeschätzt. Diese Kennziffer wird sowohl für die Gesamtkativen wie auch für verschiedene Teilportfolios berechnet. Der VaR gibt jenen Verlust an, der über einen bestimmten Zeitraum hinweg mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird. Angesichts des langen Anlagehorizonts der SNB wird der VaR für einen Zeitraum von einem Jahr berechnet, weshalb auch eine Renditeerwartung in die Berechnung einfließt. Die vorgegebene Wahrscheinlichkeit beträgt 95%. So berechnet ist der VaR ein Indikator für jene Verlustschwelle, die lediglich in einem von zwanzig Jahren überschritten werden sollte. Isoliert betrachtet betrug der VaR des Goldes 8,4 Mrd. und jener der Devisenreserven 3,7 Mrd. Franken. Der VaR der Gesamtkativen lag dank den Diversifikationseffekten mit 9,4 Mrd. Franken deutlich unter der Summe der VaR der Teilportfolios.

Die limitierte Aussagekraft des VaR – er sagt zum Beispiel nichts über mögliche Extremverluste aus und unterschätzt tendenziell das Risiko von Grossverlusten – bedingt weitere Risikoanalysen. Deshalb führte die SNB zusätzlich Stress- und Szenarioanalysen durch. Bei allen diesen Risikoberechnungen wurde dem tendenziell langfristigen Anlagehorizont der Nationalbank Rechnung getragen.

5.5 Anlageergebnis

Der Anlageerfolg der SNB wird über sämtliche Aktiven (Fremdwährungsaktiven, Gold und Frankenaktiven inkl. Repogeschäfte) berechnet. Er belief sich 2007 auf 8,0% und lag damit über den langfristig zu erwartenden Erträgen. Die überdurchschnittliche Rendite kam durch den ungewöhnlich starken Goldpreisanstieg (21,6%) zustande. Demgegenüber resultierten bei den Devisenreserven (3%) und den Frankenanleihen (–0,1%) unterdurchschnittliche Renditen. Die Rendite der Devisenreserven wurde durch Kursverluste auf den Dollaranlagen geschmälert.

Anlagerenditen in Franken¹

	Devisenreserven	Gold	Frankenanleihen	Franken-Repos	Gesamrendite ²
1999	9,7%		0,7%	0,9%	
2000	5,8%	–3,1%	3,3%	2,7%	2,2%
2001	5,2%	5,3%	4,3%	2,9%	4,0%
2002	0,4%	3,4%	10,0%	1,0%	3,0%
2003	3,0%	9,1%	1,4%	0,2%	4,2%
2004	2,3%	–3,1%	3,8%	0,3%	0,9%
2005	10,8%	35,0%	3,1%	0,6%	12,8%
2006	1,9%	15,0%	0,0%	1,3%	5,2%
2007	3,0%	21,6%	–0,1%	2,2%	8,0%

¹ Summe aus direkten Erträgen sowie realisierten und unrealisierten Kursveränderungen auf den Beständen.

² Von 2000 bis 2005 inklusive Rendite der Freien Aktiven.

6 Beitrag zur Stabilität des Finanzsystems

6.1 Monitoring des Finanzsystems

Im Juni 2007 veröffentlichte die Nationalbank ihren fünften Bericht zur Finanzstabilität. Der Bericht untersucht die Entwicklungen im Bankensektor und der Finanzmarktinfrastruktur. Einzelbanken werden darin nur dann erwähnt, wenn dies für die Gesamtbeurteilung nötig ist.

Aus dem Bericht geht hervor, dass sich der schweizerische Bankensektor bis zum ersten Semester 2007 in einer guten Verfassung und in einem günstigen makroökonomischen und finanziellen Umfeld befand. Dank ihrer grossen Gewinne hatten die Banken ihre Eigenmittelausstattung und somit ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Schocks erhöhen können. Auch der Markt beurteilte die Robustheit der Banken als gut.

Der Stabilitätsbericht zeigte auch verschiedene Verwundbarkeiten auf: erstens eine höhere Risikobereitschaft – namentlich der beiden Grossbanken – bei Krediten und im Wertschriftenhandel; zweitens den vor allem im internationalen Vergleich relativ hohen Verschuldungsgrad der beiden Grossbanken; drittens die mangelnde Transparenz der Banken bezüglich Risiken und Widerstandsfähigkeit in akuten Stresssituationen. Was das makroökonomische und finanzielle Umfeld betrifft, verwies die Nationalbank auf die ungewohnt tiefen Risikoprämien und die sehr hohen Immobilienpreise in Ländern wie den USA. Der Bericht betonte, dass diese beiden Faktoren ein grosses Verschlechterungspotenzial für das makroökonomische und finanzielle Umfeld darstellten. Er machte auch deutlich, dass die Probleme, die sich in den USA im Zusammenhang mit den riskanten Hypothekarkrediten (Subprime-mortgage-credits) abzuzeichnen begannen, ein erstes Anzeichen für eine solche Verschlechterung sein könnten.

Die Verwundbarkeit des Finanzsystems wurde im zweiten Halbjahr 2007 klar ersichtlich und führte zu Turbulenzen. Ab Juli verschärfte sich die Lage auf dem Gebiet der Subprime-Schuldner markant, vor allem wegen der rückläufigen Nachfrage am US-Immobilienmarkt. Die Ratingagenturen stuften einen Teil der durch US-Hypothekarkredite gedeckten Titel (Mortgage-backed Securities) stark zurück, wodurch diese an Wert verloren und ihre Märkte Liquidität einbüssten. Liquiditätsprobleme zeigten sich auch in anderen Segmenten wie dem Leveraged-Finance-Geschäft. Diese Entwicklungen veranlassten die Investoren, die Risiken höher einzuschätzen. In der Folge erhöhten sich die Risikoprämien in den meisten Segmenten des Finanzmarktes.

**Analyse des Bankensektors
und der Finanzmarktinfrastruktur**

**Insgesamt gute Verfassung
des Bankensektors**

**Schwächen des
Bankensektors**

**Offensichtliche
Verwundbarkeit und
starke Turbulenzen
im zweiten Halbjahr**

**Liquiditätsverknappung
am Interbankenmarkt**

Die Lage auf den Finanzmärkten spitzte sich zu und die Unsicherheiten wurden grösser, so dass die Banken ihre Liquiditätsnachfrage massiv erhöhten. Darüber hinaus waren die Banken zurückhaltender bei der Kreditvergabe an andere Banken, vor allem bei ungedeckten Krediten und bei Laufzeiten von über einem Monat. Es kam zu einer Liquiditätsverknappung auf dem Interbankenmarkt, welche substanzielle konzertierte Liquiditätszuschüsse der Zentralbanken zur Folge hatte.

**Erhebliche Auswirkungen
auf die Grossbanken**

Die Turbulenzen im zweiten Halbjahr 2007 hatten erhebliche negative Auswirkungen auf die Schweizer Grossbanken, vorwiegend wegen deren Exposure gegenüber dem Markt für Mortgage-backed Securities (MBS) und deren Verpflichtungen auf dem Gebiet der Leveraged Finance. Für die UBS resultierte ein beträchtlicher Jahresverlust, so dass einschneidende Massnahmen zur Stärkung der Kapitalbasis getroffen werden mussten. Die geringere Robustheit der Schweizer Grossbanken zeigte sich auch in einer Reihe von Marktindikatoren.

Verstärktes Monitoring

Angesichts der Turbulenzen und deren Auswirkungen auf die Schweizer Grossbanken verstärkte die Nationalbank das Monitoring des Finanzsystems. Dabei arbeitete sie eng mit der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK) sowie den wichtigsten Zentralbanken und ausländischen Aufsichtsbehörden zusammen.

Marktmonitoring

Die Nationalbank verfolgte fortlaufend die Entwicklung der Marktindikatoren, die im Mittelpunkt der Turbulenzen standen. Nebst den traditionellen Indikatoren wie jenen des Aktien- und Obligationenmarkts umfasste das Monitoring die Preise der MBS, die Risikoprämien der internationalen Grossbanken und die Meldungen dieser Banken zu ihren Quartalergebnissen und ihrem unmittelbar auf die Turbulenzen zurückzuführenden Rückstellungsbedarf. Die Nationalbank übermittelte die Resultate dieses Monitorings regelmässig der EBK und anderen Bundesstellen.

**Grossbankenmonitoring,
zusammen mit der EBK**

Unter Federführung und in enger Zusammenarbeit mit der EBK verstärkte die Nationalbank auch das Monitoring der beiden Grossbanken. Dieses Monitoring betraf drei Schwerpunkte: erstens Prognosen der Gewinn-, Eigenmittel- und Liquiditätsentwicklung; zweitens Zusammenstellung der Exposures in jenen Finanzinstrumenten, die im Mittelpunkt der Krise standen; drittens eine Beschreibung der internen Bewertungsmethoden für Positionen ohne repräsentative Marktpreise. Solche Informationen helfen der Nationalbank, sich für den Fall einer ausserordentlichen Liquiditätshilfe vorzubereiten. Die Voraussetzungen für die Gewährung einer ausserordentlichen Liquiditätshilfe durch die SNB sind im Kapitel 2.4 aufgeführt.

Die Entwicklungen im zweiten Halbjahr brachten in manchen Bereichen eine Korrektur der in den vorangegangenen Jahren angehäuften Ungleichgewichte und Auswüchse. So widerspiegelte die Erhöhung der Risikoprämien auf den wichtigsten Märkten zum grossen Teil eine Normalisierung der Entschädigung dieser Risiken. Gleichzeitig offenbarten oder bestätigten die mit dieser Korrektur einhergegangenen Turbulenzen Schwächen, welche von den Banken und Behörden eine Reaktion erfordern. Zunächst fiel auf, dass ein anscheinend auf einen kleinen Teil des US-Hypothekarmarktes beschränktes Problem zu einer schwerwiegenden Vertrauenskrise im internationalen Bankensektor führen konnte. Der sehr hohe Verschuldungsgrad der internationalen Grossbanken und deren mangelnde Transparenz hatte das Ausbreiten der Turbulenzen vermutlich beschleunigt. Ferner schienen die Systeme der internationalen Grossbanken zur Risikomessung und zum Risikomanagement teilweise versagt zu haben. Unterschätzt wurden vor allem die Liquiditäts- und Kreditrisiken.

Aus Sicht der Nationalbank ergibt sich ein Korrekturbedarf vor allem auf den Gebieten der gesetzlichen Anforderungen an Eigenmitteln und Liquidität sowie bei den Systemen der Banken zur Risikomessung und zum Risikomanagement. Die Nationalbank stellte zusammen mit der EBK in Aussicht, national wie international auf entsprechende Korrekturen hinzuwirken. Die Koordination auf internationaler Ebene wird primär im Financial Stability Forum (FSF) erfolgen.

6.2 Überarbeitung der Liquiditätsregulierung für die Grossbanken

Die EBK und die Nationalbank leiteten im Frühling 2007 ein Reformprojekt zur Regulierung der Liquidität der Grossbanken in die Wege. Die bestehenden Liquiditätsvorschriften tragen der Komplexität der Risikoprofile und der Art des Risikomanagements der Banken zu wenig Rechnung. Diese Schwächen müssen angesichts der systemischen Folgen einer allfälligen Illiquidität einer Grossbank beseitigt werden. Das Reformprojekt ist hauptsächlich auf folgende Punkte ausgerichtet: Erstens definieren die Behörden liquiditätsbezogene Stressszenarios; zweitens setzen die Banken diese Szenarios gemäss ihrem Risikoprofil um; drittens stellen sie ihre Fähigkeit, diesen Szenarios standzuhalten, unter Beweis. EBK und SNB führen das Reformprojekt in enger Zusammenarbeit mit den beiden Grossbanken durch.

6.3 Eigenmittelanforderungen

Auf internationaler Ebene war die Nationalbank als Mitglied des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht an den Arbeiten zur Implementierung der neuen Basler Eigenkapitalvereinbarung (Basel II) beteiligt. Im Jahr 2007 arbeitete der Basler Ausschuss vor allem an der Umsetzung von Basel II.

Der Basler Ausschuss befasste sich ausserdem intensiv mit der Einführung einer «Incremental Default Risk Charge» für komplexe Kreditexposures im Handelsbuch. Banken, welche interne Value-at-Risk-Modelle für die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für Marktrisiken verwenden und darin auch spezifische Risiken modellieren, sollen Ausfallrisiken, welche über die im Value-at-Risk-Modell bereits erfassten hinausgehen, messen und mit Eigenkapital unterlegen. Damit will der Basler Ausschuss den zunehmend im Handelsbuch geführten Exposures in kreditbezogenen und oft illiquiden Produkten Rechnung tragen; deren effektives Risiko wird im Value-at-Risk-Ansatz mit seiner Haltedauer von nur zehn Tagen und seinem Konfidenzintervall von 99% nicht genügend reflektiert. Der Basler Ausschuss führte im Dezember eine Wirkungsanalyse bei betroffenen Banken durch. Der definitive Erlass einer Richtlinie soll im Frühjahr 2008 erfolgen.

Der Basler Ausschuss befasste sich zudem mit ersten Konsequenzen aus der Krise an den Kreditmärkten. Basel II brachte diverse Verbesserungen in den Bereichen Eigenkapitalregulierung, Risikomanagement und Aufsicht sowie Bewertung und Transparenz. Bezüglich seiner zukünftigen Ausrichtung zog der Basler Ausschuss darüber hinaus erste provisorische Schlussfolgerungen: Erstens soll das Basel-II-Regelwerk punktuell auf Nachbesserungsbedarf hin geprüft werden. So wurde beispielsweise eine verstärkte Unterlegung von Verbriefungen und – damit zusammenhängend – eine Untersuchung des effektiven Transfers von Risiken diskutiert. Unter Basel II müssen zwar kurzfristige Liquiditätszusagen mit Eigenmitteln unterlegt werden; die Eigenmittelanforderungen für jüngst von den Ratingagenturen zurückgestufte Verbriefungstranchen wurden aber markant reduziert. Zweitens soll das Handels- vom Bankenbuch klarer abgegrenzt werden, und Instrumente, die am Markt nicht verkauft werden können, sollen nicht ins Handelsbuch, wo die Eigenmittelanforderungen tiefer sind, transferiert werden dürfen. Drittens soll ein Informationsaustausch zwischen den Aufsichtsbehörden und der Bankbranche über die adäquate Ausgestaltung von Stresstests stattfinden.

**Kreditrisiken im
Handelsbuch**

**Erste Konsequenzen aus der
Krise an den Kreditmärkten**

In der Schweiz wurden die neuen, auf Basel II beruhenden Eigenmittelvorschriften in Kraft gesetzt, und zwar im Januar 2007 für jene meistens kleinen und mittleren Banken, die den Standardansatz verwenden, und im Januar 2008 für jene Banken, die den komplexen Ansatz anwenden. Während des Jahres 2007 beteiligte sich die Nationalbank weiterhin an der Implementierung der neuen Eigenmittelvorschriften, namentlich an jenen der zweiten Säule von Basel II. Im Rahmen der Bestimmungen dieser Säule hat die Aufsichtsbehörde mit der betreffenden Bank eine vertiefte Analyse des Risikoprofils, der Qualität des Risikomanagements und der Angemessenheit der Eigenmittel vorzunehmen. Die Aufsichtsbehörde kann hierauf notfalls Korrekturmassnahmen verlangen und die Aufstockung der Eigenmittel anordnen. Beim Entscheid über die Aufstockung der Eigenmittel werden die Resultate der Stresstests – zusammen mit anderen Faktoren – eine wichtige Rolle spielen. Die Nationalbank unterstützte die Eidgenössische Bankenkommission bei der Erarbeitung eines Konzepts für einen Stresstest, der genügend Transparenz gewährleistet und sich für Vergleiche zwischen Banken eignet.

6.4 Memorandum of Understanding mit der Eidgenössischen Bankenkommission

Die Nationalbank lancierte im Herbst 2006 die Idee eines Memorandum of Understanding (MoU) zwischen der Nationalbank und der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK) im Bereich Finanzstabilität. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Schweizer Grossbanken und der Verantwortung der Nationalbank als Lender-of-Last-Resort drängte sich eine intensivere Kooperation mit der EBK auf. Das von den beiden Behörden gemeinsam ausgearbeitete MoU wurde im Mai 2007 unterzeichnet und publiziert.

Hauptinhalte des MoU sind die Abgrenzung der Aufgaben der beiden Behörden und die Regelung der Zusammenarbeit. Insbesondere werden der Informations- und Meinungs-austausch sowie die Zusammenarbeit bei Regulierungsprojekten geregelt. Ebenfalls thematisiert wird die Zusammenarbeit in der Krisenvorsorge und dem Krisenmanagement.

Das MoU ist Ausdruck der Tatsache, dass die Behörden der Finanzstabilität eine zunehmende Bedeutung beimessen. Es verankert die bisherige Beziehung zwischen EBK und Nationalbank und setzt den Rahmen für eine verstärkte Zusammenarbeit. Diese bewährte sich erstmals während der Turbulenzen in der zweiten Hälfte 2007.

**Notwendigkeit einer
verstärkten Zusammenarbeit**

**Inhalte des Memorandum of
Understanding**

**Bedeutung und erste
Beurteilung**

7 Mitwirkung bei der internationalen Währungs Kooperation

7.1 Internationaler Währungsfonds

Schweizerische Interessen

Der IWF hat die Aufgabe, sich weltweit für stabile Währungsverhältnisse sowie für freien Handel und Zahlungsverkehr einzusetzen. Die Schweiz als offene Volkswirtschaft mit einem international bedeutenden Finanzsektor teilt diese Zielsetzung in einem besonderen Masse.

Zuständigkeiten

Der Präsident des SNB-Direktoriums hat Einsitz im Gouverneursrat, dem obersten Organ des IWF, und der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) leitet die schweizerische Delegation, die an den Tagungen des IWF teilnimmt. Die Schweiz hält einen der 24 Sitze im Exekutivrat, dem wichtigsten operativen Organ des IWF, wo sie als Vertreterin einer Stimmrechtsgruppe die Politik des IWF aktiv mitgestaltet. Ausser der Schweiz umfasst die Gruppe Aserbaidschan, Kirgisien, Polen, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Das seit dem 3. Juni 2006 von Serbien unabhängige Montenegro trat am 18. Januar 2007 dem IWF als eigenständiges Mitglied bei und gehört nicht mehr der Schweizer Stimmrechtsgruppe an. Der Schweizer Exekutivratssitz wird wechselweise von einem Vertreter der Nationalbank und des EFD besetzt. Die Nationalbank und das EFD legen die Politik der Schweiz im IWF fest und unterstützen den Schweizer Exekutivdirektor bei der Führung der Geschäfte.

Wichtige Geschäfte 2007

Die wichtigsten Geschäfte im Exekutivrat im Jahr 2007 betrafen die Überwachung der wirtschaftlichen Lage der Mitgliedsländer, die Reform des Überwachungsprozesses, die Reform der Quoten und der Stimmrechtsverteilung und die Einkommenssituation des IWF. Die Kreditvergabe des IWF nahm weiter ab. Ferner wurden Vorschläge einer externen Kommission diskutiert, wie die Arbeitsteilung zwischen IWF und Weltbank weiter verbessert werden könnte.

Überwachung

Neben der regelmässigen Überwachungstätigkeit fanden 2007 zum ersten Mal sog. Multilaterale Konsultationen statt. Das Ziel dieser Konsultationen war es, mit systemisch wichtigen Ländern eine koordinierte wirtschaftspolitische Strategie zur Reduktion der globalen Ungleichgewichte zu entwickeln. Im Juni 2007 wurde das Regelwerk für die Länderüberwachung erneuert. Das neue Regelwerk klärt die Grundsätze der bilateralen Überwachung und sichert so einen stärker fokussierten und effektiveren wirtschaftspolitischen Dialog zwischen dem IWF und seinen Mitgliedsländern. Der Schwerpunkt der neuen Entscheidung ist die aussenwirtschaftliche Stabilität. Neu ist insbesondere der Grundsatz, eine Wechselkurspolitik zu vermeiden, die zu aussenwirtschaftlicher Instabilität führen könnte.

Ziel der Quoten- und Stimmrechtsreform, welche bis spätestens Herbst 2008 durchgeführt werden soll, ist eine Ländervertretung, die der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung der Schwellenländer Rechnung trägt. In einer ersten Stufe wurden die Quoten für vier Länder (China, Mexiko, Südkorea und Türkei) erhöht. Dabei sank der Quotenanteil der Schweiz von 1,62% auf 1,59%. In einem zweiten Schritt sollen eine neue Quotenformel ausgehandelt, eine generelle Quotenerhöhung durchgeführt sowie die Basisstimmen der Mitgliedsländer zugunsten der kleinen und armen Länder erhöht werden.

**Quoten- und
Stimmrechtsreform**

Aufgrund der rückläufigen Kreditvergabe sieht sich der Währungsfonds mit einem sinkenden Einkommen konfrontiert. Um die Weiterführung seiner Aktivitäten sicherstellen zu können, benötigt der Fonds neue Einkommensquellen. Im Januar 2007 legte ein externer Ausschuss eine Reihe von Empfehlungen vor. Die Vorschläge zielen vor allem auf eine Ausweitung der Anlagetätigkeiten des IWF ab. Dazu müssten auch zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Zwei Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen, bestünden in der Verwendung von Teilen der Quoten für Finanzmarktinvestitionen und in Goldverkäufen. Viele Mitgliedsländer bestanden darauf, dass zur Verbesserung der Budgetsituation des IWF auch Einsparungen zu erzielen seien.

**Einkommenssituation
des IWF**

Im Rahmen der bilateralen wirtschaftspolitischen Überwachungs- tätigkeit des IWF nahm die Schweiz 2006 – zusätzlich zur jährlichen Artikel-IV- Konsultation – am Programm der Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program, FSAP) teil. Im FSAP, an dem die Teilnahme freiwillig, für Finanzzentren aber empfohlen ist, wird die Gesundheit und Stabilität des Finanzsektors vertieft untersucht. Für die Schweiz handelte es sich um eine Aufdatierung einer ersten solchen Bewertung aus dem Jahr 2001. Im Frühjahr 2007 wurden die Ergebnisse veröffentlicht. Der IWF bescheinigte dem Bankensektor der Schweiz trotz gewisser Risiken eine gute Widerstandsfähigkeit gegen verschiedene makroökonomische Schocks. Positiv bewertet wurden auch die in den letzten Jahren erfolgten Verbesserungen der Finanzmarktaufsicht und -regulierung.

Teilnahme am FSAP

Die Kapitalausstattung des IWF besteht aus den Quoten seiner Mitgliedsländer. Die gesamte Quotensumme im Fonds beträgt 217 Mrd. Sonderziehungsrechte (SZR) (387 Mrd. Franken), die Quote der Schweiz 3458,5 Mio. SZR (6163 Mio. Franken). Die schweizerische Quote wird von der Nationalbank finanziert. Der ausbezahlte Teil dieser Quote ist die Reserveposition der Schweiz beim IWF. Diese stellt für die Nationalbank eine Währungsreserve, die sie jederzeit beanspruchen kann, dar. Ende 2007 betrug die Reserveposition der Schweiz 227,8 Mio. SZR, verglichen mit 303,4 Mio. SZR Ende 2006. Ende 2007 entsprach 1 SZR 1,78 Franken. Der Wert errechnet sich aus den gewichteten Kursen der Währungen Dollar, Euro, Yen und Pfund.

Reserveposition der Schweiz

Die Nationalbank finanziert zudem den schweizerischen Beitrag an das Darlehenskonto der Armutsverringerungs- und Wachstumsfazilität (Poverty Reduction and Growth Facility, PRGF). Die Mittel der PRGF, an denen sich die Schweiz mit einer Kreditzusage von 151,7 Mio. SZR beteiligt, waren bis Ende 2001 vollständig gezogen. Da die PRGF als selbsttragende Fazilität nicht weitergeführt werden konnte, wurde eine Zwischenfinanzierung (Interims-PRGF) nötig. Die Schweiz beteiligt sich an der Finanzierung des Kapitalbetrags mit 250 Mio. SZR, die von der Nationalbank bereitgestellt werden. Bei beiden Fazilitäten garantiert der Bund der SNB die fristgerechte Rückzahlung der Kredite einschliesslich der Zinszahlungen.

Im November 2007 stimmte der Bundesrat der Verlängerung der Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) und der Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) des IWF zu. Die Verlängerung der AKV bedarf noch der Zustimmung des Parlaments. Die beiden Kreditvereinbarungen erlauben es dem IWF, im Krisenfall und bei eigener Mittelknappheit auf Kreditlinien von maximal 34 Mrd. SZR zurückzugreifen. Der Schweizer Beitrag würde sich auf maximal 1540 Mio. SZR belaufen. Dieser müsste gegebenenfalls von der Nationalbank als Teilnehmerin an den Vereinbarungen geleistet werden.

7.2 Zehnergruppe

Die Finanzminister und Notenbankgouverneure der Zehnergruppe trafen sich am 20. Oktober in Washington. Die Sitzung war dem Thema «Highly Leveraged Institutions» gewidmet. Zudem stimmten die Teilnehmer der Verlängerung der Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) des IWF zu. Die AKV wurden in ihrer 45-jährigen Geschichte bisher neunmal erneuert; aktiviert wurden sie zum letzten Mal 1998 für einen Kredit an Russland.

7.3 Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Die Nationalbank stellt seit Frühling 2006 den Präsidenten des Verwaltungsrats der BIZ. Alle zwei Monate treffen sich die Gouverneure der Zentralbanken der Industrie- und Schwellenländer zum Informationsaustausch. Die Nationalbank arbeitet zudem in den vier ständigen Ausschüssen der BIZ mit, dem Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, dem Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme, dem Ausschuss für das weltweite Finanzsystem und dem Märkteausschuss.

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht stellt eine Plattform zur regelmässigen Zusammenarbeit in Bankaufsichtsfragen dar. Die Tätigkeit dieses Ausschusses ist im Kapitel über den Beitrag der Nationalbank zur Stabilität des Finanzsystems beschrieben.

Der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS) verfolgt und analysiert die Entwicklungen in nationalen und internationalen Zahlungs- und Effektenabwicklungssystemen. Das CPSS veröffentlichte im Jahr 2007 zwei Berichte. Der erste befasst sich mit der Abrechnung und Abwicklung von nicht an Börsen gehandelten Derivatkontrakten (OTC-Kontrakte), deren Volumen in den vergangenen Jahren stark gestiegen ist. Der zweite ist ein Konsultativbericht über die Fortschritte bei der Reduktion von Abwicklungsrisiken bei Devisengeschäften.

**Ausschuss für
Zahlungsverkehrs- und
Abrechnungssysteme**

Der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (CGFS) verfolgt und beurteilt die Entwicklungen an den globalen Finanzmärkten und erarbeitet Empfehlungen, die es den Zentralbanken erleichtern, ihre Verantwortung für die Stabilität des Finanzsystems wahrzunehmen. Im Jahr 2007 führte das CGFS zwei Studien durch. Die erste untersuchte die Bestimmungsfaktoren der Portfolio-Strukturierung von institutionellen Anlegern und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für das globale Finanzsystem. Die zweite ging der Frage nach, inwieweit der Auf- und Ausbau von Anleihenmärkten in Lokalwährung während der letzten Jahre in vielen Schwellenländern dazu beitrug, deren Anfälligkeit für Finanzkrisen zu reduzieren.

**Ausschuss für das
weltweite Finanzsystem**

Der Märkteausschuss ist ein Diskussionsforum der für die Finanzmarktoperationen verantwortlichen Mitarbeiter der Zentralbanken der Zehnergruppe. Die Diskussionen befassten sich mit den Entwicklungen auf den Devisen- und anderen Finanzmärkten sowie den Auswirkungen einzelner Ereignisse auf die Funktionsfähigkeit dieser Märkte. Im Jahr 2007 stand die Finanzmarktkrise, welche im Sommer als Folge der Entwicklungen am amerikanischen Hypothekemarkt ausgebrochen war, im Mittelpunkt.

Märkteausschuss

7.4 Financial Stability Forum

Die Schweiz wurde zu Beginn des Berichtsjahres Mitglied des Financial Stability Forum (FSF). Das Eidgenössische Finanzdepartement hat die Vertretung der Schweiz an den Präsidenten des Direktoriums der Nationalbank delegiert.

Das Forum, das die für die Finanzstabilität zuständigen nationalen Behörden, die internationalen Finanzinstitutionen, die internationalen Gruppierungen der Regulierungs- und Aufsichtsbehörden und die Expertenkomitees der Zentralbanken vereinigt, ermöglicht es der Schweiz, die Zusammenarbeit und die Koordination bei der Überwachung des internationalen Finanzsystems zu vertiefen und zur Reduktion systemischer Risiken beizutragen. Es eröffnet der Schweiz die Gelegenheit, aktiv am internationalen Dialog über die Früherkennung stabilitätsrelevanter Entwicklungen, insbesondere auf den Gebieten der Finanzmarktregulierung und -aufsicht sowie der internationalen Finanzsysteme, teilzunehmen.

Im Berichtsjahr waren im FSF die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten wichtigster Diskussionsgegenstand.

7.5 OECD

Die Schweiz ist Mitglied der OECD. Sie setzt sich in den intergouvernementalen Komitees für die Weiterentwicklung der wirtschaftspolitischen Beziehungen namentlich unter den Industrie- und grossen Schwellenländern ein. Die Nationalbank nimmt die Mitgliedschaft, jeweils zusammen mit der Bundesverwaltung, in mehreren Gremien wahr.

Das Economic Policy Committee (EPC) und dessen Working Parties WP1, WP3 und STEP befassen sich auf politischer wie auf wissenschaftlicher Ebene mit Strukturpolitik und den weltwirtschaftlichen Perspektiven. Das Finanzmarktkomitee (CMF) analysiert aktuelle Entwicklungen und Strukturfragen der internationalen Finanzmärkte. Das Statistikkomitee (CSTAT) entwickelt in Zusammenarbeit mit anderen supranationalen Organisationen Standards der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Die schweizerische Wirtschaftspolitik wurde im September 2007 vom Economic and Development Review Committee (EDRC) begutachtet. In ihrem Bericht bescheinigte die OECD der Schweiz, die wachstumsschwachen Jahre hinter sich gelassen zu haben. Sie lobte die Geldpolitik der SNB, die umsichtig den monetären Rahmen für das wachsende Produktionspotenzial setze. Ohne weitere Reformen im Binnenmarkt könne die Schweiz die derzeit gute Wirtschaftslage jedoch nicht in einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung überführen.

7.6 Währungshilfekredite

Im Jahr 2007 wurden keine neuen Währungshilfekredite ausbezahlt. Im Oktober 2007 zahlte Bulgarien den Zahlungsbilanzhilfekredit in Höhe von 14,3 Mio. Euro zurück. Ende 2007 gab es somit keine ausstehenden Forderungen im Rahmen des Währungshilfegesetzes.

7.7 Technische Hilfe

Die Nationalbank pflegt gute Beziehungen zu den Zentralbanken der Gruppe von Ländern, mit denen die Schweiz im Internationalen Währungsfonds (IWF) zusammenarbeitet. Mit der Unterstützung dieser Länder kann die Schweiz im IWF eine Stimmrechtsgruppe anführen und Anspruch auf einen der 24 Sitze im Exekutivrat erheben. Den Zentralbanken dieser Länder leistet die SNB schwerpunktmässig technische Hilfe. Dabei konzentriert sie sich auf den Transfer von notenbankspezifischem Wissen; finanzielle Beiträge leistet sie keine.

Im Jahre 2007 unterstützte die Schweizerische Nationalbank die Zentralbank von Aserbaidschan weiterhin in den Bereichen Bargeld und interne Revision. Neu beriet die Nationalbank diese Zentralbank beim Aufbau der geldpolitischen Forschungsabteilung und einer zentralen statistischen Datenbank. In Serbien wurde die Unterstützung der Zentralbank bei der Anlage ihrer Währungsreserven fortgeführt. Die Zentralbank von Kirgisien erhielt weiterhin Rat zu Sicherheitsfragen sowie in den Bereichen Bargeld, Controlling und Finanzmarktoperationen. Neu wurde Unterstützung im Risikomanagement und in der geldpolitischen Forschung gewährt. Die Zusammenarbeit mit der Nationalbank von Tadschikistan im Bereich Geldpolitik wurde ebenfalls fortgeführt.

Zum vierten Mal organisierte die Nationalbank gemeinsam mit der polnischen Zentralbank ein Seminar für Zentralbanken der Länder der schweizerischen Stimmrechtsgruppe sowie weiterer Länder der vormaligen Sowjetunion und Südosteuropas. Dieses Seminar zum Thema «Financial Systems and Monetary Policy» fand im Mai 2007 in Gerzensee statt.

Ausserhalb der Ländergruppe in den Institutionen von Bretton Woods wurde Unterstützung an die Zentralbanken von Mauretanien und Peru geleistet. Ausserdem empfing die Nationalbank Besuche von der chinesischen und der taiwanesischen Zentralbank.

8 Bankdienstleistungen für den Bund

Auftrag	<p>Die Nationalbank erbringt für den Bund gestützt auf Art. 5 Abs. 4 und Art. 11 NBG Bankdienstleistungen.</p>
Entgeltlichkeit von Bankdienstleistungen	<p>Die SNB erbringt die Bankdienstleistungen für den Bund gegen ein angemessenes Entgelt, jedoch unentgeltlich, wenn sie die Durchführung der Geld- und Währungspolitik erleichtern. Die entgeltlichen Dienstleistungen umfassen den Zahlungsverkehr, die Liquiditätsbewirtschaftung, die Verwahrung von Wertschriften sowie die Begebung von Geldmarktbuchforderungen (GMBF) und Bundesanleihen. Die Einzelheiten über die zu leistenden Dienste und das Entgelt sind in einer Vereinbarung zwischen dem Bund und der Nationalbank geregelt.</p>
Emissionstätigkeit	<p>Im Jahre 2007 emittierte die Nationalbank im Auftrag und für Rechnung des Bundes Geldmarktbuchforderungen und Anleihen. GMBF wurden für insgesamt 53,1 Mrd. Franken gezeichnet und für 33,5 Mrd. Franken zugeteilt; die entsprechenden Beträge bei den Bundesanleihen betragen 5,5 bzw. 3,7 Mrd. Franken. Die Emissionen erfolgten im Auktionsverfahren.</p>
Zahlungsverkehr	<p>Im Bereich Zahlungsverkehr wickelte die SNB im Auftrag des Bundes rund 82 000 Zahlungen in CHF und rund 40 000 Zahlungen in Fremdwährungen ab.</p>

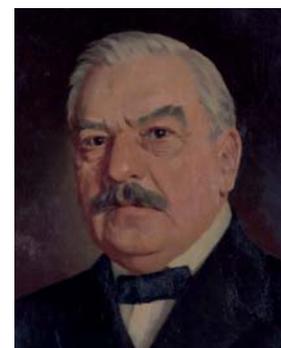
Hundertjahrjubiläum

Hundertjahrjubiläum

Am 23. August 1906 leitete Bundesrat Robert Comtesse die konstituierende Generalversammlung der Schweizerischen Nationalbank mit folgenden Worten ein:

«Für diese Bank muss das öffentliche Interesse in erster Linie massgebend sein und sie darf zu keiner Zeit vergessen, dass das ihr verliehene Monopol ihr nicht gegeben ward zu dem Zwecke, grosse Gewinne zu erzielen, sondern vor allem zu dem höheren Zwecke, dadurch dem gesamten Publikum die Vorteile einer guten Notenzirkulation und überhaupt alles, was die Entwicklung des Zahlungsverkehrs fördern kann, darzubieten. Möge sie von den mächtigen Mitteln, über die sie verfügt, einen stets weisen Gebrauch machen!»

Im Juni 1907 eröffnete die Schweizerische Nationalbank ihre Schalter. 2007 durfte sie ihr 100-jähriges Jubiläum feiern. Sie tat dies, indem sie verschiedene Anlässe organisierte, eine Festschrift publizierte, ein neues Bildungsangebot zur Ökonomie vorstellte und historische Zeitreihen veröffentlichte. Die eidgenössische Münzstätte Swissmint prägte speziell zum Jubiläum Sondermünzen. Die Post gab Sonderbriefmarken aus.



Heinrich Kundert, erster Präsident des Direktoriums.

Jubiläums-Generalversammlung

Am 27. April 2007 führte die Nationalbank ihre 99. Generalversammlung im Casino Bern durch. 320 Aktionärinnen und Aktionäre nahmen daran teil. Die Versammlung fand, unter Mitwirkung der Knabenmusik der Stadt Bern, in festlichem Rahmen statt. Die Bankleitung dankte den Aktionären für ihre Treue. Am anschliessenden Lunch bot sich den Teilnehmenden Gelegenheit zu einem ausgedehnten Gedankenaustausch.



Offizielle Feierlichkeiten



Die offiziellen Feierlichkeiten zum 100-jährigen Jubiläum der SNB fanden am 21. und 22. Juni 2007 in Zürich statt. Am 21. Juni empfing die Nationalbank an ihrem Sitz in Zürich Zentralbankgouverneure aus aller Welt. Am 22. Juni fand – in Anwesenheit von Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey und dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, sowie zahlreicher Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland – der offizielle Festakt im Kongresshaus Zürich statt, gefolgt von einem Bankett. Der Anlass wurde musikalisch durch das Tonhalle-Orchester Zürich (Leitung Heinz Holliger) und das Schweizer Oktett umrahmt. Eine Festvorstellung im Opernhaus Zürich, zu der speziell die ausländischen Gäste eingeladen waren, bildete am Abend den Schlusspunkt der Feierlichkeiten.

Bundespräsidentin Calmy-Rey betonte die soziale und politische Rolle, die Geld seit jeher spielt. Sie sprach vom Franken als Symbol der nationalen Einigung und hob die gesellschaftliche Bedeutung der SNB hervor. Indem die Nationalbank Geldwertstabilität garantiert, sorgt sie dafür, dass das Geld, das die Menschen in der Schweiz verdienen, seine Kaufkraft behält. EZB-Präsident Trichet seinerseits bezeichnete die SNB hinsichtlich der Inflationsbekämpfung als eine der erfolgreichsten Zentralbanken der Welt.



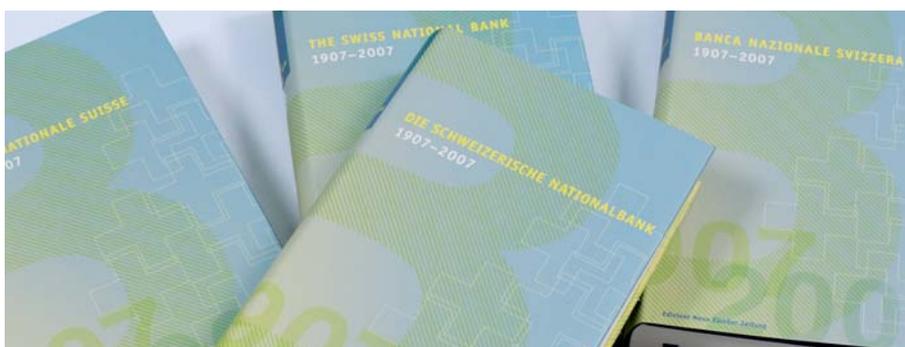
Fest für SNB-Mitarbeitende und Pensionierte

Im Sommer 2007 feierte die Nationalbank, ihre Mitarbeitenden, Pensionierten, deren Partnerinnen und Partner, das Jubiläum mit verschiedenen Aktivitäten und einem Gala-Abend in Bern. Der Anlass führte mehr als 1200 Gäste zusammen.



Festschrift «Die Schweizerische Nationalbank 1907–2007»

Im Juni 2007 präsentierte die SNB eine Festschrift, an der neben vielen internen Autoren etliche international renommierte Fachleute mitgearbeitet hatten. Das Werk, das an die Jubiläumsschriften von 1932, 1957 und 1982 anknüpft, befasst sich mit der bewegten Geschichte des Noteninstituts und behandelt darüber hinaus aktuelle geldpolitische Themen. Es soll all jene ansprechen, die sich mit der Wirtschaftsgeschichte und der Wirtschaftspolitik der Schweiz auseinandersetzen. Der erste Teil der Festschrift behandelt die ersten 75 Jahre nach der Gründung der Nationalbank. Deren Politik war damals während Jahrzehnten auf die Wahrung der Goldparität ausgerichtet und wandte sich später der Teuerungsbekämpfung zu. Der zweite Teil befasst sich mit der Zeit nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen in den 1970er-Jahren. Die SNB war nun in der Lage, eine eigenständige Politik zu verfolgen. Im dritten Teil folgen eine Beurteilung der jüngeren Schweizer Geldpolitik und eine Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen der Notenbankpolitik aus Sicht der Wissenschaft.



Sondermünzen und Sonderbriefmarken



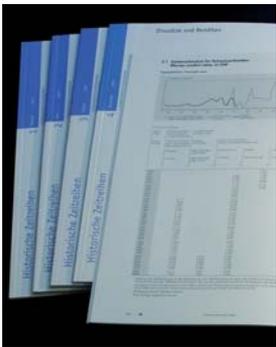
Die eidgenössische Münzstätte Swissmint und die Post gaben zum Anlass des 100-jährigen Jubiläums der SNB zwei Sondermünzen bzw. zwei Sonderbriefmarken heraus. Die Wertzeichen schaffen mit unterschiedlichen Motiven Bezüge zur Tätigkeit der Nationalbank.

Die Goldmünze im Nennwert von 50 Franken zeigt den «Holzfäller» von Ferdinand Hodler, der die Rückseite der 50-Franken-Banknote von 1911 zierte. Die Silbermünze (zu 20 Franken) präsentiert einen Teilausschnitt der aktuellen 20-Franken-Banknote mit dem Porträt des Komponisten Arthur Honegger. Sie wurde vom Kunstmaler und Grafiker Roger Pfund gestaltet.

Die 1-Franken- und die 85-Rappen-Briefmarke wurden von Jörg Zintzmeyer, dem Gestalter der laufenden Banknotenserie, entworfen. Die 1-Franken-Marke stellt eine stark verkleinerte 100-Franken-Note dar. In die 85-Rappen-Marke wurden Gestaltungselemente von Banknoten verarbeitet.



Historische Zeitreihen



Ebenfalls aus Anlass ihres 100-jährigen Bestehens startete die SNB 2007 eine neue Publikationsreihe mit historischen Statistiken. Diese betreffen Themenbereiche, die für die Formulierung und Umsetzung der Geldpolitik einst und heute von Bedeutung sind. In gedruckten Broschüren werden Jahreswerte veröffentlicht. Im Internet (www.snb.ch) stehen ergänzende Datenreihen sowie Reihen mit höheren Periodizitäten zur Verfügung.

iconomix – Ökonomie entdecken



Im Herbst 2007 präsentierte die SNB das neue, webbasierte Bildungsangebot iconomix. Sie will damit einen Beitrag zur Verbesserung der ökonomischen Grundkenntnisse in der breiten Bevölkerung leisten. Das modular aufgebaute Lehr- und Lernangebot vermittelt auf spielerische Weise ökonomische Grundprinzipien und Denkweisen. Es bietet Inhalte zu zentralen Themen wie «Markt und Preisbildung», «Arbeitsteilung und Handel», «Risiko-diversifikation» oder «Geldpolitik». iconomix richtet sich primär an Lehrpersonen und Lernende der Sekundarstufe II, ist kostenlos und auch der Öffentlichkeit frei zugänglich (www.iconomix.ch).

Tagung der Zentralbankgouverneure der französischsprachigen Länder

Auf Einladung der SNB hielten die Zentralbankgouverneure der französischsprachigen Länder vom 29. bis 31. Mai 2007 ihre 14. Tagung in Bern ab. Diese Gruppe kommt jedes Jahr in einem der rund 50 Mitgliedstaaten zusammen. Die Teilnehmer besprechen Fragen von gemeinsamem Interesse und tauschen sich über Analysen und Erfahrungen aus. 2007 war die Tagung verschiedenen Aspekten der betrieblich-operativen Führung einer Zentralbank gewidmet. 35 Vertreter von Zentralbanken nahmen an dieser Zusammenkunft teil.



Treffen der Schweizer Stimmrechtsgruppe in IWF und Weltbank

Auf Einladung der SNB hielten die Finanzminister und Notenbankgouverneure der Schweizer Stimmrechtsgruppe im Internationalen Währungsfonds am 17./18. Oktober 2007 in Bern das Vorbereitungstreffen zur Jahrestagung der Bretton-Woods-Institutionen ab. Ziel der Zusammenkunft war, gemeinsame Positionen der Stimmrechtsgruppe zu aktuellen Geschäften des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zu erarbeiten. Zur Schweizer Stimmrechtsgruppe gehören Aserbaidschan, Kirgistan, Polen, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.



1 Rechtliche Rahmenbedingungen – Revision der Nationalbankverordnung

Die Nationalbankverordnung vom 18. März 2004 enthält Ausführungsbestimmungen zu den hoheitlichen Instrumenten der Nationalbank, nämlich den Statistikbefugnissen, den Mindestreservevorschriften und den Zuständigkeiten zur Überwachung von Zahlungs- und Effektenabwicklungssystemen. Die Bestimmungen haben sich insgesamt bewährt. In den drei Jahren seit Erlass der Verordnung hat sich gleichwohl ein Anpassungs- und Aktualisierungsbedarf ergeben.

Im Statistikkapitel wurde der Anhang, in dem die einzelnen statistischen Erhebungen aufgeführt sind, auf den neuesten Stand gebracht. Im Mindestreservekapitel wurde die Anwendung der Sanktionsbestimmungen, insbesondere durch Erhöhung des Strafzinses, verschärft. Im Systemüberwachungskapitel wurden Bestimmungen über die Mindestanforderungen sowie deren Überprüfung und Durchsetzung angepasst. Neu muss ein Betreiber von systemrelevanten Infrastruktureinrichtungen seine Verfahren und technischen Konzepte nicht mehr mindestens jährlich, sondern nur noch periodisch durch eine externe Stelle überprüfen lassen. Ausserdem wurde die Vorschrift, wonach der Systembetreiber die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit vertraglicher Grundlagen durch Gutachten nachzuweisen hat, sofern ausländisches Recht anwendbar ist, gelockert. Schliesslich muss ein Systembetreiber Änderungen der vertraglichen Grundlagen, welche systemisch relevante Teile betreffen, der SNB nicht mehr zur Genehmigung vorlegen, sondern die SNB nur noch darüber informieren.

2 Organisation und Aufgaben

Geschäftsleitung und Aufsicht

Das geschäftsleitende und ausführende Organ der Nationalbank ist das Direktorium. Es ist insbesondere zuständig für die Geld- und Währungspolitik, die Strategie zur Anlage der Aktiven und die internationale Währungszusammenarbeit. In der Erfüllung des geldpolitischen Auftrags ist das Direktorium unabhängig. Das Erweiterte Direktorium besteht aus den drei Mitgliedern des Direktoriums und ihren drei Stellvertretern. Es ist zuständig für die operativ-betriebliche Führung der Nationalbank. Der Bankrat übt die Aufsicht über die Geschäftstätigkeit aus. Die interne Revision ist ihm fachlich unterstellt.

Struktur

Die Nationalbank hat in Bern und Zürich je einen Sitz. Sie ist in drei Departemente gegliedert. Die Organisationseinheiten (OE) des I. und des III. Departements befinden sich mehrheitlich in Zürich, jene des II. Departements mehrheitlich in Bern. Die drei Departemente der Nationalbank werden von je einem Mitglied des Direktoriums geleitet. Daneben unterhält die Nationalbank zur Sicherstellung der Bargeldversorgung eine Zweigniederlassung in Genf. Die Vertretungen in Basel, Lausanne, Lugano, Luzern und St. Gallen sind, wie auch die Sitze und die Zweigniederlassung, für die Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung und die Erläuterung der Politik der SNB in den Regionen zuständig. Für die Annahme und Ausgabe von Noten und Münzen unterhält die Nationalbank 16 Agenturen, die von Kantonalbanken geführt werden.

Führung der Geldpolitik

Wichtigste Aufgabe der Nationalbank ist die Führung einer dem Gesamtinteresse des Landes dienenden Geldpolitik. Das Konzept der Geldpolitik wird im I. Departement erstellt. Die OE Volkswirtschaft liefert die Grundlagen für die geldpolitischen Entscheidungen. Sie analysiert die wirtschaftliche Lage und Entwicklung im In- und Ausland und erarbeitet die Inflationsprognose. In der Analyse der schweizerischen Wirtschaftsentwicklung wird sie durch die Delegierten für regionale Wirtschaftskontakte unterstützt. Die OE Finanzmärkte im III. Departement setzt die Geldpolitik mit Transaktionen an den Finanzmärkten um. Sie steuert den Dreimonats-Libor.

Verwaltung der Aktiven

Die Verwaltung und Bewirtschaftung des Goldes, der Devisenreserven und der Frankenaktiven ist Sache der OE Asset Management und der OE Geldmarkt und Devisenhandel im III. Departement. Die Erarbeitung der Anlagestrategie und die Risikokontrolle erfolgen in der OE Risikomanagement, ebenfalls im III. Departement. Das Risikomanagement wird vom Risikoausschuss des Bankrats überwacht.

Bargeldverkehr

Die Aufgaben auf dem Gebiet des Bargeldverkehrs fallen in die Zuständigkeit der OE Bargeld im II. Departement. Die Nationalbank gibt über ihre Sitze, Zweigniederlassung und Agenturen Banknoten aus und bringt die vom Bund geprägten Münzen in Umlauf. Sie prüft das zu ihr zurückfliessende Bargeld und ersetzt Banknoten und Münzen, die den Anforderungen nicht mehr genügen.

Mit den konzeptionellen und technischen Fragen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs befassen sich die OE Finanzsysteme im II. sowie die OE Operatives Bankgeschäft und die OE Informatik im III. Departement. Die OE Operatives Bankgeschäft steuert zudem das Zahlungssystem SIC.

**Bargeldloser
Zahlungsverkehr**

Die OE Finanzsysteme im II. Departement hat die Aufgabe, zur Stabilität des Finanzsystems beizutragen und die systemisch bedeutsamen Zahlungs- und Effektenabwicklungssysteme zu überwachen.

Stabilität des Finanzsystems

Die Funktion als Bank des Bundes nehmen die OE Operatives Bankgeschäft und die OE Finanzmärkte im III. Departement wahr. Sie wickeln In- und Auslandzahlungen ab, wirken bei der Begebung von Geldmarktbuchforderungen und Anleihen mit und unterstützen den Bund bei der Verwahrung seiner Wertpapiere. Auch führen sie für den Bund die Geldmarkt- und Devisenhandelsgeschäfte aus.

Bank des Bundes

Die OE Internationale Angelegenheiten im I. Departement befasst sich mit den internationalen Gesichtspunkten der Währungspolitik sowie mit der technischen Hilfe.

**Internationale
Währungskooperation**

Die OE Statistik des I. Departements ist verantwortlich für die Erstellung der Statistiken über die Banken und Finanzmärkte, die Zahlungsbilanz, das Auslandvermögen und die Finanzierungsrechnung der Schweiz.

Statistik

Die zentralen Dienste sind verschiedenen Departementen zugeteilt. Dem I. Departement sind das Generalsekretariat, der Rechtsdienst, das Personal, die Kommunikation und die Liegenschaften unterstellt. Dem II. Departement sind die Finanzen (OE Rechnungswesen und OE Controlling) sowie die Sicherheit zugeordnet. Das III. Departement ist für die Informatik verantwortlich.

Zentrale Dienste

3 Corporate Governance

Grundlagen

Die Nationalbank ist eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft, die unter Mitwirkung und Aufsicht des Bundes verwaltet wird. Organisation und Kompetenzordnung bestimmen sich nach dem Nationalbankgesetz vom 3. Oktober 2003 (NBG) sowie dem Organisationsreglement der Schweizerischen Nationalbank vom 14. Mai 2004 (OrgR). Gesetz und Reglement treten bei der Nationalbank an die Stelle der Gesellschaftsstatuten. Die Nationalbank verfügt über ein Aktienkapital von 25 Mio. Franken, eingeteilt in 100 000 Namenaktien zu nominal 250 Franken. Das Aktienkapital ist voll einbezahlt.

Die Nationalbank ist nicht als Konzern strukturiert; ihre Geschäfte werden von einer einzigen Gesellschaft erbracht.

Organe und Kompetenzordnung

Organe der Nationalbank sind die Generalversammlung, der Bankrat, das Direktorium und die Revisionsstelle. Der Bankrat ist das Aufsichtsorgan der Nationalbank. Sechs seiner Mitglieder werden durch den Bundesrat gewählt, die anderen fünf durch die Generalversammlung. Der Bankrat hat einen Entschädigungs-, einen Ernennungs-, einen Prüfungs- und einen Risikoausschuss eingesetzt, dem je mindestens zwei oder drei Mitglieder angehören. Geschäftsführendes und ausführendes Organ ist das Direktorium, dessen drei Mitglieder auf Vorschlag des Bankrats für die Dauer von sechs Jahren durch den Bundesrat gewählt werden. Für die operativ-betriebliche Führung der Nationalbank ist das Erweiterte Direktorium zuständig, das sich aus den Mitgliedern des Direktoriums und deren Stellvertretern zusammensetzt. Die Revisionsstelle prüft, ob die Buchführung und die Jahresrechnung sowie der Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinns den gesetzlichen Anforderungen entsprechen; sie hat das Recht, jederzeit in den Geschäftsbetrieb der Nationalbank Einsicht zu nehmen. Sie wird durch die Generalversammlung auf ein Jahr gewählt. Die Revisoren müssen besondere fachliche Voraussetzungen im Sinne von Art. 727b OR erfüllen und vom Bankrat, dem Direktorium und den massgeblichen Aktionären unabhängig sein.

Rechte der Aktionäre

Auch die Rechte der Aktionäre werden durch das Nationalbankgesetz bestimmt; das Aktienrecht findet nur ergänzend Anwendung. Weil die Nationalbank einen öffentlichen Auftrag wahrnimmt und unter Mitwirkung und Aufsicht des Bundes verwaltet wird, sind die Aktionärsrechte im Vergleich zu einer privatrechtlichen Aktiengesellschaft eingeschränkt. Aktionäre, die nicht dem öffentlich-rechtlichen Sektor angehören, können höchstens mit 100 Stimmen im Aktienbuch eingetragen werden. Aktionäre können sich nur durch andere Aktionäre an der Generalversammlung vertreten lassen. Nur fünf der elf Mitglieder des Bankrats werden durch die Generalversammlung gewählt. Der Dividendenanspruch ist auf sechs Prozent des Aktienkapitals beschränkt; der übrige ausschüttbare Gewinn geht an den Bund und die Kantone. Der Jahresbericht und die Jahresrechnung unterliegen der Genehmigung durch den Bundesrat, bevor sie der Generalversammlung vorgelegt werden können. Weitere vom Aktienrecht abweichende Vorschriften bestehen für die Einberufung, die Tagesordnung sowie die Beschlussfassung der Generalversammlung. Verhandlungsgegenstände mit Anträgen von Aktionären müssen von mindestens 20 Aktionären unterzeichnet sein und dem Präsidenten des Bankrats rechtzeitig vor Erlass der Einladung schriftlich eingereicht werden.

Wichtige Angaben zu Ausgestaltung und Organisation der Nationalbank wie auch zu Entschädigung und Eignung der Organe finden sich an verschiedenen Stellen des Berichts. Die Tabelle am Schluss dieses Kapitels enthält die entsprechenden Verweise.

Der Bankrat hielt 2007 im Beisein des Direktoriums sechs halbtägige ordentliche Sitzungen (Februar, März, Juni, August, Oktober und Dezember) und eine zweistündige ausserordentliche Sitzung (April) ab. Sein Prüfungsausschuss traf sich, jedesmal im Beisein von Vertretern der externen Revisionsstelle, zu drei halbtägigen Sitzungen. Der Risikoausschuss hielt zwei halbtägige Sitzungen ab und der Entschädigungsausschuss tagte einmal, im Anschluss an eine Bankratssitzung. Der Ernennungsausschuss hat nicht getagt.

Die Entschädigung des Bankrats und des Erweiterten Direktoriums ist in Reglementen festgelegt, die der Bankrat erlässt. Die Nationalbank richtet keine erfolgsabhängigen Entschädigungen aus und gewährt keine Orgendarlehen. Insbesondere bestehen keine Aktien- oder Optionszuteilungsprogramme für Mitglieder des Bankrats oder des Erweiterten Direktoriums.

Die Mitglieder des Bankrats erhalten eine feste Jahresvergütung und Vergütungen für Ausschusssitzungen (vgl. S. 111). Im Berichtszeitraum wurden keine Abgangsentschädigungen an Mitglieder des Bankrats bezahlt.

Die ordentlichen Vergütungen der Mitglieder des Erweiterten Direktoriums setzen sich aus Gehältern, Repräsentationspauschalen, Arbeitgeberbeiträgen an Pensionspläne und andere Sozialleistungen sowie Entschädigungen für Generalabonnemente, Abgangs-, Dienstalters- und Jubiläumsgeschenke zusammen. Im Berichtszeitraum wurden zudem einmalige Auskäufe für Pensionspläne infolge Wechsels im Direktorium – vorzeitiger Rücktritt und Neueintritt – geleistet. Details zu den Vergütungen sind unter Ziffer 05, S. 111, aufgeführt.

PricewaterhouseCoopers AG ist seit 2004 die Revisionsstelle der Nationalbank. Der leitende Revisor amtet seit Beginn. Das Honorar für den gesetzlichen Revisionsauftrag betrug für das Geschäftsjahr 2007 268 000 Franken. Der PricewaterhouseCoopers AG wurden im Geschäftsjahr 2007 zwei weitere Mandate im Betrag von 48 400 Franken erteilt.

Bekanntmachungen an die Aktionäre erfolgen grundsätzlich durch Brief an die im Aktienbuch eingetragene Adresse und durch Publikation im Schweizerischen Handelsamtsblatt und im Internet, www.snb.ch. Aktionäre erhalten keine Informationen, die nicht auch öffentlich bekannt gemacht werden.

Die Namenaktien der Schweizerischen Nationalbank werden an der Börse gehandelt. 53,24% der Aktien gehören Kantonen und Kantonalbanken. Die übrigen Aktien befinden sich hauptsächlich im Besitz von natürlichen Personen. Grösste Aktionäre waren Ende 2007 mit 6,6% der Kanton Bern (6630 Aktien), mit 5,2% der Kanton Zürich (5200 Aktien), mit 3,4% der Kanton Waadt (3401 Aktien) und mit 3,0% der Kanton St. Gallen (3002 Aktien). Der Bund ist nicht Aktionär der SNB.

Information der Aktionäre

Börsenkotierte Namenaktien

Die Grundlagen der Ausgestaltung und Organisation der Nationalbank sind im Nationalbankgesetz (NBG), im Organisationsreglement (OrgR) und in den Reglementen der Ausschüsse des Bankrats einsehbar.

NBG (SR 951.11)	www.snb.ch, Seite Die SNB/ Rechtliche Grundlagen/Verfassung und Gesetze
OrgR (SR 951.153)	www.snb.ch, Seite Die SNB/ Rechtliche Grundlagen/Richtlinien und Reglemente
Reglemente des Entschädigungsausschusses, des Ernennungsausschusses, des Prüfungsausschusses und des Risikoausschusses	www.snb.ch, Seite Die SNB/ Rechtliche Grundlagen/Richtlinien und Reglemente

Weitere, vorstehend nicht dargestellte Informationen zur Corporate Governance sind an anderen Stellen im Geschäftsbericht, online auf der Homepage der Schweizerischen Nationalbank, im Nationalbankgesetz oder im Organisationsreglement offengelegt.

Gesellschaftsstruktur und Aktionariat	Geschäftsbericht, S. 84, S. 119
Sitz	Art. 3 Abs. 1 NBG
Kapitalstruktur	Geschäftsbericht, S. 119
Bankrat	www.snb.ch, Seite Die SNB/ Aufsichts- und Leitungsorgane/Bankrat
Mitglieder	Geschäftsbericht, S. 132
Nationalität	Art. 40 NBG
Interessenbindungen	Geschäftsbericht, S. 133
Wahl- und Amtszeitbeschränkung	Art. 39 NBG
Erstmalige und aktuelle Wahl	Geschäftsbericht, S. 132
Interne Organisation	Art. 10ff. OrgR
Kompetenzabgrenzungen	Art. 42 NBG; Art. 10ff. OrgR
Kontrollsysteme	Geschäftsbericht, S. 54, S. 123; Art. 10ff. OrgR
Informationsinstrumente	www.snb.ch, Seite Die SNB/ Rechtliche Grundlagen/Richtlinien und Reglemente
Geschäftsleitung	www.snb.ch, Seite Die SNB/ Aufsichts- und Leitungsorgane/Direktorium
Vergütungen	Geschäftsbericht, S. 111
Mitwirkungsrechte der Aktionäre	www.snb.ch, Seite Aktionäre/ Generalversammlung/Zutrittsbedingungen
Statutarische Quoren	Art. 38 NBG
Generalversammlung	Art. 35 NBG
Eintragung ins Aktienbuch	www.snb.ch, Seite Aktionäre/ Generalversammlung/Zutrittsbedingungen
Revisionsstelle	
Wahl und Voraussetzungen	Art. 47 NBG
Aufgaben	Art. 48 NBG
Informationspolitik	Geschäftsbericht, S. 85, 140 ff.

4 Personal, Ressourcen und Bankleitung

4.1 Personal

Ende 2007 beschäftigte die Nationalbank 656 Personen (einschliesslich 26 Lehrlingen), 8 Personen weniger als im Vorjahr. In Vollzeitpensen umgerechnet entsprach dies 617,9 Stellen (Vorjahr 623,8). Die Teilzeitquote betrug 21,3% (Vorjahr 21,4%). Die Personalfluktuatation erhöhte sich auf 9,8% (Vorjahr 5,9%).

Die Nationalbank erarbeitete im Berichtsjahr zwei Dokumente von grundsätzlicher Bedeutung für den Orientierungsrahmen der Mitarbeitenden, das Unternehmensleitbild und neu einen Verhaltenskodex. Das umfassend überarbeitete Leitbild vermittelt Werte und Kultur des Unternehmens und soll das Verhalten gegenüber dem Umfeld und den Mitarbeitenden prägen. Der erstmals erlassene Verhaltenskodex verweist auf die von den Mitarbeitenden zu beachtenden Verhaltensregeln.

Im Rahmen des Programms zur Entwicklung der Führungskräfte und der Organisation führte die Nationalbank 2007 ein Führungsfeedback ein. Damit wird der Selbstbewertung der Führungskräfte die Einschätzung durch die Mitarbeitenden gegenübergestellt. Das Führungsfeedback fördert die Vertrauens- und Kommunikationskultur, begünstigt ein gemeinsames Führungsverständnis und unterstützt die Umsetzung der Führungsgrundsätze.

4.2 Ressourcen

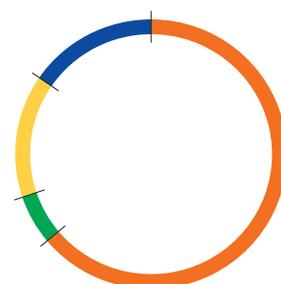
Internationale Fachleute aus Zentralbanken und Universitäten führten 2006/2007 in der OE Forschung, der OE Konjunktur und der OE Finanzstabilität Assessments durch. Das Mandat der Experten betraf eine umfassende kritische Beurteilung der Organisation und der geleisteten Arbeit. Die im Berichtsjahr entgegengenommenen Gutachten stellten allen drei Fachbereichen in Bezug sowohl auf Ausrichtung und Umsetzung des Auftrags wie auch auf Motivation und Leistung der Mitarbeitenden ein gutes Zeugnis aus.

Personalbestand und -fluktuatation

Leitbild und Verhaltenskodex

Führungsfeedback

Assessments



Personal
Anzahl Beschäftigte

Vollzeit Männer 419

Teilzeit Männer 39

Vollzeit Frauen 97

Teilzeit Frauen 101

Total: 656
Ende 2007

Informatik

Der Produktionsbetrieb war im Jahre 2007 wiederum stabil, stets verfügbar und ohne Ausfälle. Im April erfolgte der neue Internetauftritt der SNB. Die seit dem Juli teilweise interne Bewirtschaftung der Aktienanlagen wurde von Beginn weg mit Informatik unterstützt. Entsprechende Anpassungen verlangte im Herbst auch das im Zuge der Finanzmarkturbulenzen erweiterte Repogeschäft. Für die Gesamterneuerung der Informatikinfrastruktur der Statistik und der Systeme zur Analyse der Geldpolitik wurden umfangreiche Vorabklärungen und ab Oktober Projektarbeiten ausgeführt. Die Backup-Eigenschaften der zwei kongruenten Rechenzentren in Zürich und Bern wurden in einer gross angelegten Übung getestet.

Liegenschaften

Nach der Schliessung der Kassenstelle Lugano Ende 2006 vollzog die Nationalbank 2007 den Verkauf ihres Bankgebäudes in Lugano an Wegelin & Co., Privatbankiers, St. Gallen. Die Ausschreibung hatte zu Geboten sowohl der öffentlichen Hand als auch Privater geführt. Bei der Behandlung des Geschäfts im Bankrat waren dessen Mitglieder Dr. Konrad Hummler und Marina Masoni wegen Interessenbindungen im Ausstand.

Die SNB mietete 1991 die Liegenschaft Seefeldstrasse 8 in Zürich und liess sich für dieses und ein Nachbargebäude von der Eigentümerin ein Vorkaufsrecht einräumen. Ende 2007 wurde dieses Vorkaufsrecht ausgeübt. Damit sind alle Organisationseinheiten der Sitze Bern und Zürich in bankeigenen Gebäuden untergebracht.

Internes Kontrollsystem und operationelle Risiken

Die SNB erarbeitete 2007 Vorgaben zur Dokumentation des Internen Kontrollsystems. Dabei ging es um die Nutzung der zahlreich vorhandenen Unterlagen und um die einheitliche Darstellung des Kontrollsystems in wesentlichen Prozessen der Rechnungslegung, der Buchführung und der finanziellen Berichterstattung. Eine Weiterentwicklung erfuhren auch die Prozesse zur Erhebung operationeller Risiken. Für ausgewählte Risiken wurde eine Risikolandkarte definiert. Im Rahmen des Business-Continuity-Managements wurden vertiefende Analysen zur Sicherstellung des Bankbetriebs in Ausnahmesituationen (Pandemien etc.) durchgeführt und weitere vorsorgliche Massnahmen eingeleitet.

Umweltmanagement

Die per Mitte 2007 erstellte Ökobilanz 2006 verzeichnete eine Zunahme des Ressourcenverbrauchs. Der Energieverbrauch erhöhte sich um 4% und die Geschäftsreisedistanzen um 14%. Der Strom- und der Wärmeverbrauch pro Mitarbeiter verringerten sich um je 7%. Der Anteil des mit dem Qualitätszeichen «naturemade star» gedeckten ökologisch produzierten Stroms aus Wasser- und Solarkraftwerken wurde im Berichtsjahr von 14% auf 50% erhöht. Die vollständige Ökobilanz kann unter www.snb.ch eingesehen werden. Sie erscheint jährlich, jeweils Ende Juni, für das vorangegangene Jahr.

4.3 Bankorgane und Direktion

Der Bundesrat ernannte am 9. März 2007:

Dr. Eveline Widmer-Schlumpf, Felsberg, Regierungsrätin und Vorsteherin des Departements für Finanzen und Gemeinden des Kantons Graubünden, Mitglied des Bankrats, zur Vizepräsidentin des Bankrats mit Amtsantritt nach der Generalversammlung vom 27. April 2007.

Bankrat

Der Bundesrat wählte am 9. März 2007 resp. am 16. Mai 2007 zu neuen Mitgliedern des Bankrats:

Jean Studer, Neuenburg, Regierungsrat und Vorsteher des Justiz-, Sicherheits- und Finanzdepartements des Kantons Neuenburg,

Laura Sadis, Lugano, Regierungsrätin und Vorsteherin des Finanz- und Volkswirtschaftsdepartements des Kantons Tessin.

Die Generalversammlung der Aktionäre vom 27. April 2007 wählte zum neuen Mitglied des Bankrats:

Dr. Daniel Lampart, Zürich, Geschäftsführender Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds.

Im Bankrat sind folgende Rücktritte zu verzeichnen:

Marina Masoni trat auf Ende Juni 2007 zurück.

Dr. Eveline Widmer-Schlumpf schied infolge ihrer Wahl in den Bundesrat auf Ende 2007 aus.

Ueli Forster erklärte seinen Rücktritt auf das Ende der vierjährigen Amtsperiode des Bankrats, den 25. April 2008.

Die Nationalbank dankt den zurücktretenden Mitgliedern für die wertvollen Dienste, die sie dem Noteninstitut geleistet haben.

Die übrigen Mitglieder des Bankrats stellen sich für eine nächste Amtsperiode der Wiederwahl.

Der Bundesrat ernannte am 20. Februar 2008:

Jean Studer, Regierungsrat, Vorsteher des Justiz-, Sicherheits- und Finanzdepartements des Kantons Neuenburg, zum neuen Vizepräsidenten des Bankrats.

Die übrigen bisherigen vom Bundesrat zu wählenden Mitglieder des Bankrats (vgl. S. 132) wurden für die Amtsdauer 2008–2012 in ihren Ämtern bestätigt. Die Ersatzwahl findet später statt.

Die Generalversammlung vom 27. April 2007 wählte Pricewaterhouse-Coopers AG, Zürich, zur Revisionsstelle für das Amtsjahr 2007/2008.

Revisionsstelle

Gemäss den 2006 erfolgten Wahlen des Bundesrats wirken seit dem 1. Mai 2007:

Dr. Philipp M. Hildebrand als Vizepräsident des Direktoriums und Vorsteher des II. Departements,

Prof. Dr. Thomas J. Jordan als Mitglied des Direktoriums und Vorsteher des III. Departements,

Dewet Moser als Stellvertretendes Mitglied des Direktoriums und Stellvertreter des Vorstehers des III. Departements.

Dr. Peter Klauser trat Ende Juni nach 33 Dienstjahren in den Ruhestand. Er wurde 1982 zum Stellvertreter des Vorstehers des I. Departements ernannt und spielte in dieser Funktion eine massgebende Rolle bei der Bearbeitung zahlreicher wichtiger Dossiers für die Bankleitung. Er war zuletzt Leiter der OE Recht und Dienste. Besondere Erwähnung verdient sein Wirken als Co-Präsident der Expertengruppe des EFD zur Erarbeitung eines neuen Nationalbankgesetzes.

Nach 20 Dienstjahren trat François Ganière Ende 2007 in den Ruhestand. Er leitete zunächst die Zweigniederlassung Lausanne und wirkte anschliessend als Delegierter für regionale Wirtschaftskontakte in den Kantonen Waadt und Wallis.

Dr. Hans-Christoph Kesselring trat Ende August nach 25 Dienstjahren in den Ruhestand. Nach einer Führungslaufbahn im operativen Bankgeschäft war er massgeblich an der Redaktion und Herausgabe der Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum der Nationalbank beteiligt.

Ende Mai 2007 trat Christoph Menzel nach 32 Dienstjahren in den Ruhestand. Er leitete die OE Statistik in einer Zeit des Ausbaus und der Professionalisierung weiterer Bereiche der Statistik.

Die Nationalbank dankt diesen Herren für ihren langjährigen Einsatz, ihr grosses Engagement und ihre stets wertvollen Dienste.

5 Geschäftsgang

5.1 Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2007 der Nationalbank beträgt 7996 Mio. Franken (Vorjahr 5045 Mio.). Den grössten Beitrag dazu leisten wie im Vorjahr die Bewertungsgewinne auf dem Goldbestand.

Nach der gesetzlich vorgeschriebenen Zuweisung von 751 Mio. Franken an die Rückstellungen für Währungsreserven ergibt sich ein ausschüttbarer Gewinn von 7245 Mio. Franken. Die Gewinnausschüttung für das abgeschlossene Geschäftsjahr beträgt 2502 Mio. Franken. Die verbleibenden 4743 Mio. Franken fliessen in die Ausschüttungsreserve.

Der Kilopreis des Goldes stieg im vergangenen Jahr um 22% und erreichte am Bilanzstichtag 30 328 Franken. Der daraus entstandene Bewertungserfolg des Goldbestandes beträgt 6433 (4188) Mio. Franken. Mit Goldleihgeschäften wurden zudem Zinserträge in Höhe von 13 (16) Mio. Franken erwirtschaftet.

Im Juni kündigte die Nationalbank den Verkauf von 250 Tonnen Gold bis September 2009 an. Bis Ende 2007 wurden 145 Tonnen verkauft. Am Jahresende verfügte die Nationalbank über 1145 Tonnen Gold in Goldbarren, Goldmünzen und im Goldlending.

Die Devisenanlagen der Nationalbank bilden mit 51 Mrd. Franken oder 40% weiterhin einen bedeutenden Anteil der Aktiven. Sie beinhalten Anlagen wie Aktien und Geldmarktpapiere, bestehen aber hauptsächlich aus festverzinslichen Anleihen, welche auch den grössten Teil an den Ertrag von 1338 (820) Mio. Franken beisteuerten. Im Gegensatz zum Vorjahr wurden die Zinseinnahmen nicht durch Kapitalverluste geschmälert. Kapitalgewinne erfolgten insbesondere auf den Dollaranlagen, wo die deutlichen Zinsrückgänge auf den Kapitalmärkten zu höheren Kursen der gehaltenen Titel führten. Bei den Aktien ergaben sich ein Erfolg aus Dividenden sowie Kurserfolge von 89 (621) Mio. Franken.

Auf den Fremdwährungsanlagen ergab sich ein wechselkursbedingter Bewertungsverlust von insgesamt 723 (546) Mio. Franken. Obwohl auf den Anlagen in Euro und kanadischen Dollar positive Wechselkurserfolge zu verzeichnen waren, überwog der Einfluss der Ende Jahr tiefer bewerteten amerikanischen, britischen und japanischen Währungen.

Aus den Frankenanlagen resultierte ein Erfolg von 427 (229) Mio. Franken. Dieser besteht hauptsächlich aus Zinseinnahmen auf Repogeschäften.

Der Betriebsaufwand umfasst den Notenaufwand, den Personal- und Sachaufwand sowie die Abschreibungen auf Sachanlagen. Er betrug 243 (233) Mio. Franken. Zum Anstieg beigetragen haben die Aktivitäten, welche die Nationalbank zum hundertjährigen Jubiläum ihres Bestehens organisierte.

Zusammenfassung

**Anhaltender Anstieg
des Goldpreises**

**Bedeutende
Zinseinnahmen ...**

... und Wechselkursverluste

Erfolg aus Frankenanlagen

Betriebsaufwand

Verteilung der Betriebskosten nach Kostenträgern

Der Bargeldverkehr löste mit 35% weiterhin den grössten Teil der Betriebskosten aus. Darin eingeschlossen sind die Kosten für die Notenherstellung. Die Geld- und Währungspolitik (einschliesslich der Statistik) absorbierte 23% der betrieblichen Kosten, und die Verwaltung der Währungsreserven weitere rund 19%. Auf die verbleibenden Kostenträger, die Leistungen für Dritte (Internationale Zusammenarbeit, Studienzentrum Gerzensee), die Finanzsystemstabilität, die Liquiditätsversorgung, die Leistungen für den Bund und den bargeldlosen Zahlungsverkehr, entfielen die restlichen 23% der Kosten.

Ausblick

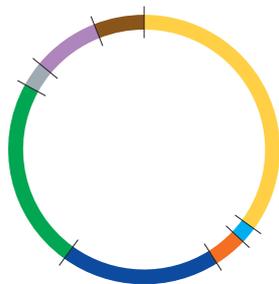
Das Ergebnis der Nationalbank wird in entscheidendem Masse von den Preisänderungen an den Finanzmärkten (Goldpreis, Wechselkurse, Aktienkurse, Zinsen) beeinflusst und kann deshalb von einer Berichtsperiode zur nächsten stark schwanken. In betrieblicher Hinsicht bestehen zurzeit keine Projekte, welche einen wesentlichen Einfluss auf zukünftige Ergebnisse haben könnten.

5.2 Im Nationalbankgesetz vorgesehene Rückstellungen

Zweck

Die Nationalbank hat gemäss Nationalbankgesetz aus ihren Ertragsüberschüssen Rückstellungen für den Aufbau von Währungsreserven zu bilden. Diese erlauben ihr, im Falle einer Frankenschwäche am Markt zu intervenieren. Zudem stärken sie die Resistenz der schweizerischen Volkswirtschaft gegen internationale Krisen und sichern damit das Vertrauen in den Franken. Der Bedarf an Währungsreserven wächst mit der Grösse und der Auslandverflechtung der schweizerischen Wirtschaft.

Darüber hinaus haben die Rückstellungen für Währungsreserven eine allgemeine Reservefunktion; sie decken Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken der Anlagen der Nationalbank ab.



Kostenträger in Prozent

Bargeldverkehr	35
Bargeldloser Zahlungsverkehr	2
Liquiditätsversorgung	4
Währungsreserven	19
Geld- und Währungspolitik	23
Leistungen für den Bund	3
Leistungen für Dritte	8
Stabilität Finanzsystem	6

Die zwecks Äufnung der Währungsreserven gebildeten Rückstellungen auf der Passivseite der Bilanz werden gemäss Art. 30 Abs. 1 NBG und der Gewinnausschüttungsvereinbarung zwischen dem Eidg. Finanzdepartement und der Nationalbank vom 5. April 2002 im Gleichschritt mit der Volkswirtschaft ausgeweitet. Die angestrebte prozentuale Zunahme bemisst sich nach dem durchschnittlichen BIP-Zuwachs der jeweils letzten fünf Jahre.

Angestrebter Bestand

Entwicklung des angestrebten Bestandes

	Wachstum des nominalen Bruttoinlandproduktes Prozent (Durchschnittsperiode) ¹	Jährliche Zuweisung Mio. Franken	Neuer angestrebter Bestand Mio. Franken
2003	2,3 (1997 – 2001)	829,3	36 886,7 ²
2004	2,4 (1998 – 2002)	885,3	37 841,0 ³
2005	2,1 (1999 – 2003)	794,7	38 635,7
2006	2,3 (2000 – 2004)	888,6	39 524,3
2007	1,9 (2001 – 2005)	751,0	40 275,3
2008	2,5 (2002 – 2006)	1 006,9	41 282,2

1 Die Daten werden laufend revidiert. Die in der Tabelle ausgewiesenen Wachstumsraten weichen deshalb geringfügig von den neuesten verfügbaren Daten ab.

2 Einschliesslich 7817,5 Mio. Franken aus der Integration der Rückstellung für Markt- und Liquiditätsrisiken auf Gold per 1. Januar 2003 (vgl. 96. Geschäftsbericht 2003, S. 105f.).

3 Einschliesslich 69,0 Mio. Franken aus dem Übertrag des Reservefonds per 1. Mai 2004 gemäss Art. 57 Abs. 2 NBG.

Der Bedarf an Rückstellungen für Währungsreserven beträgt für das Berichtsjahr 751 Mio. Franken, gemäss dem durchschnittlichen Wachstum des Bruttoinlandproduktes der Periode 2001 – 2005 von nominal 1,9 Prozent. Die Zuweisung erfolgt im Rahmen der Verwendung des Jahresergebnisses 2007.

Der ausschüttbare Jahresgewinn entspricht gemäss Art. 30 Abs. 2 NBG dem verbleibenden Ertrag nach Zuweisung an die Rückstellungen für Währungsreserven. Für das Geschäftsjahr 2007 betrug er 7245 Mio. Franken.

Zuweisung aus dem Jahresergebnis 2007

Ausschüttbarer Jahresgewinn

5.3 Gewinnausschüttung

Gewinnausschüttung an Bund und Kantone

Gemäss Art. 31 NBG werden die Gewinne der SNB, soweit sie die Dividende übersteigen, zu einem Drittel an den Bund und zu zwei Dritteln an die Kantone verteilt. Die Höhe der Ausschüttung wird durch eine Vereinbarung zwischen der Nationalbank und dem Eidgenössischen Finanzdepartement bestimmt. Für das Berichtsjahr werden wie in den Vorjahren 2500 Mio. Franken ausgeschüttet.

Im Jahr 2007 wurde die Gewinnausschüttungsvereinbarung vom 5. April 2002 wie vorgesehen überprüft. Angesichts des Anpassungsbedarfs kamen EFD und SNB überein, eine neue Vereinbarung auszuarbeiten. Diese sieht vor, eine jährliche Gewinnausschüttung von 2500 Mio. Franken für die Geschäftsjahre 2008–2017 weiterzuführen.

Dividenden

Zusätzlich zur vereinbarten Ausschüttung an den Bund und die Kantone von 2500 Mio. Franken sollen Dividenden von 1,5 Mio. Franken ausgerichtet werden. Die Dividende ist in Art. 31 des Nationalbankgesetzes geregelt und auf maximal sechs Prozent des Nominalwertes beschränkt.

Ausschüttungsreserve

Die Differenz zwischen dem ausschüttbaren Gewinn des Geschäftsjahres und der effektiven Gewinnausschüttung an den Bund und die Kantone (gemäss Vereinbarung) und an die Aktionäre (als Dividende gemäss NBG) wird über die Ausschüttungsreserve gebucht. Der ausschüttbare Gewinn des Geschäftsjahres 2007 übersteigt die Ausschüttung um 4743 Mio. Franken. Die Ausschüttungsreserve erhöht sich dadurch auf 22 872 Mio. Franken.

Entwicklung von Gewinnausschüttung und Ausschüttungsreserve

	Verbleibender Überschuss vor Ausschüttung Mio. Franken	Gewinnausschüttung ¹ Mio. Franken	Verbleibender Überschuss für künftige Ausschüttungen Mio. Franken
2003	13 047,0	2 800,0	10 247,0 ²

¹ Ohne Pro-Kopf-Ausschüttung an die Kantone und ohne Dividenden.

² Vgl. Überleitung vom verbleibenden Überschuss für künftige Ausschüttungen auf die Ausschüttungsreserve, 97. Geschäftsbericht 2004, S. 126.

³ Bestand per Jahresende gemäss Bilanz (vgl. S. 99).

	Ausschüttungsreserve vor Ausschüttung ³ Mio. Franken	Ausschüttbarer Jahresgewinn Mio. Franken	Gewinnausschüttung Mio. Franken	Ausschüttungsreserve nach Ausschüttung Mio. Franken
2004	10 235,5 ²	20 727,6	24 014,7	6 948,4
2005	6 948,4	12 026,5	2 501,5	16 473,4
2006	16 473,4	4 156,7	2 501,5	18 128,7
2007	18 128,7	7 244,5	2 501,5	22 871,7

5.4 Währungsreserven

Die Währungsreserven der Nationalbank bestehen zum grössten Teil aus dem Gold (einschliesslich Forderungen aus Goldgeschäften) und den Devisenanlagen. Ebenfalls den Währungsreserven zugeordnet werden die Reserveposition beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Internationalen Zahlungsmittel sowie die positiven und negativen Wiederbeschaffungswerte derivativer Finanzinstrumente. Verbindlichkeiten in Fremdwährungen schmälern die Währungsreserven.

Die Währungsreserven schwanken kurzfristig durch Mittelzu- und Mittelabflüsse sowie durch Bewertungsänderungen. Mittel- und langfristig wird ein Wachstum der Währungsreserven im Gleichschritt mit der Wirtschaftsentwicklung angestrebt. Um dieses Wachstum zu gewährleisten, schüttet die Nationalbank nicht ihre gesamten Erträge aus, sondern weist einen Teil des Jahresergebnisses den Rückstellungen für die Währungsreserven auf der Passivseite der Bilanz zu (vgl. Abschnitt 5.2).

Definition

Höhe

Zusammensetzung der Währungsreserven

Zusammensetzung

in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Gold	30 531,8	29 190,2	+1 341,6
Forderungen aus Goldgeschäften	4 243,7	3 030,3	+1 213,4
Devisenanlagen	50 586,3	45 591,9	+4 994,4
Reserveposition beim IWF	406,0	557,3	-151,3
Internationale Zahlungsmittel	281,7	330,8	-49,1
Derivative Finanzinstrumente	-7,0	-36,0	+29,0
./. Verbindlichkeiten in Fremdwährungen	-1 127,6	-1,8	-1 125,8
Total	84 914,9	78 662,7	+6 252,2

Jahresrechnung

1 Erfolgsrechnung und Gewinnverwendung 2007

in Millionen Franken

		2007	2006	Veränderung
	Ziffer im Anhang			
Erfolg aus Gold	01	6 446,8	4 204,0	+2 242,8
Erfolg aus Fremdwährungsanlagen	02	1 338,2	820,0	+518,2
Erfolg aus Frankenanlagen	03	427,1	229,3	+197,8
Übrige Erfolge	04	26,3	24,6	+1,7
Bruttoerfolg		8 238,4	5 277,9	+2 960,4
Notenaufwand		-34,3	-38,3	+4,0
Personalaufwand	05, 06	-110,7	-105,6	-5,1
Sachaufwand	07	-65,8	-57,6	-8,2
Abschreibungen auf Sachanlagen	16	-32,0	-31,1	-0,9
Jahresergebnis		7 995,5	5 045,3	+2 950,2
Zuweisung an die Rückstellungen für Währungsreserven		-751,0	-888,6	+137,6
Ausschüttbarer Jahresgewinn		7 244,5	4 156,7	+3 087,8
Zuweisung an die Ausschüttungsreserve		-4 743,0	-1 655,2	-3 087,8
Total Gewinnausschüttung		2 501,5	2 501,5	-
Davon				
Ausrichtung einer Dividende von 6%		1,5	1,5	-
Ordentliche Ausschüttung an Bund und Kantone (Vereinbarung vom 05.04.2002)		2 500,0	2 500,0	-

2 Bilanz per 31. Dezember 2007

in Millionen Franken

Aktiven		31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
	Ziffer im Anhang			
Gold	08	30 531,8	29 190,2	+1 341,6
Forderungen aus Goldgeschäften	09	4 243,7	3 030,3	+1 213,4
Devisenanlagen	10	50 586,3	45 591,9	+4 994,4
Reserveposition beim IWF	11	406,0	557,3	-151,3
Internationale Zahlungsmittel	27	281,7	330,8	-49,1
Währungshilfekredite	12, 27	273,1	236,6	+36,5
Forderungen aus Repogeschäften in US-Dollar	13	4 517,4	-	+4 517,4
Forderungen aus Repogeschäften				
in Schweizer Franken	26	31 025,4	27 126,9	+3 898,5
Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten		11,0	5,1	+5,9
Wertschriften in Schweizer Franken	14	4 130,7	4 907,6	-776,9
Banknotenvorrat	15	126,9	125,0	+1,9
Sachanlagen	16	344,8	358,5	-13,7
Beteiligungen	17, 28	136,8	129,6	+7,2
Sonstige Aktiven	18, 30	311,3	223,6	+87,7
Total Aktiven		126 926,9	111 813,5	+15 113,4

		31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Passiven	Ziffer im Anhang			
Notenumlauf	19	44 258,6	43 182,2	+1 076,4
Girokonten inländischer Banken		8 672,9	6 716,0	+1 956,9
Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund	20	1 077,0	1 056,2	+20,8
Girokonten ausländischer Banken und Institutionen		644,1	421,7	+222,4
Übrige Sichtverbindlichkeiten	21	169,1	163,2	+5,9
Verbindlichkeiten aus Repogeschäften				
in Schweizer Franken		615,0	–	+615,0
Übrige Terminverbindlichkeiten	13	4 608,0	–	+4 608,0
Verbindlichkeiten in Fremdwährungen	22	1 127,6	1,8	+1 125,8
Sonstige Passiven	23, 30	72,5	81,9	–9,4
Betriebliche Rückstellungen	24	8,6	11,1	–2,5
Rückstellungen für Währungsreserven		39 524,3	38 635,7	+888,6
Aktienkapital	25	25,0	25,0	–
Ausschüttungsreserve		18 128,7	16 473,4	+1 655,3
Jahresergebnis ¹		7 995,5	5 045,3	+2 950,2
Total Passiven		126 926,9	111 813,5	+15 113,4

1 Vor Zuweisung an die Rückstellungen für Währungsreserven.

3 Veränderungen des Eigenkapitals in Millionen Franken

	Aktienkapital	Rückstellungen für Währungsreserven
Eigenkapital per 1.01.2006	25,0	37 841,0
Dotation der Rückstellungen für Währungsreserven gemäss NBG		794,7
Zuweisung an die Ausschüttungsreserve		
Dividendenausschüttung an die Aktionäre		
Gewinnausschüttung an Bund und Kantone		
Jahresergebnis des Berichtsjahres		
Eigenkapital per 31.12.2006 (vor Gewinnverwendung)	25,0	38 635,7
Eigenkapital per 1.01.2007	25,0	38 635,7
Dotation der Rückstellungen für Währungsreserven gemäss NBG		888,6
Zuweisung an die Ausschüttungsreserve		
Dividendenausschüttung an die Aktionäre		
Gewinnausschüttung an Bund und Kantone		
Jahresergebnis des Berichtsjahres		
Eigenkapital per 31.12.2007 (vor Gewinnverwendung)	25,0	39 524,3
Gewinnverwendungsvorschlag		
Dotation der Rückstellungen für Währungsreserven gemäss NBG		751,0
Zuweisung an die Ausschüttungsreserve		
Dividendenausschüttung an die Aktionäre		
Gewinnausschüttung an Bund und Kantone		
Eigenkapital nach Gewinnverwendung	25,0	40 275,3

Ausschüttungs- reserve	Jahresergebnis (Bilanzgewinn)	Total
6 948,4	12 821,2	57 635,6
	-794,7	
9 525,0	-9 525,0	
	-1,5	-1,5
	-2 900,0	-2 900,0
	5 045,3	5 045,3
16 473,4	5 045,3	60 179,5
16 473,4	5 045,3	60 179,5
	-888,6	
1 655,2	-1 655,2	
	-1,5	-1,5
	-2 500,0	-2 500,0
	7 995,5	7 995,5
18 128,7	7 995,5	65 673,5
	-751,0	
4 743,0	-4 743,0	
	-1,5	-1,5
	-2 500,0	-2 500,0
22 871,7	-	63 172,0

4 Anhang per 31. Dezember 2007

4.1 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Allgemeines

Grundlagen

Die vorliegende Jahresrechnung ist gemäss den Vorschriften des Nationalbankgesetzes (NBG) und des Obligationenrechtes (OR) sowie unter Berücksichtigung nationalbankspezifischer Gegebenheiten nach den Swiss GAAP FER erstellt worden. Die Jahresrechnung vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER.

Als im Hauptsegment der Schweizer Börse SWX kotierte Gesellschaft wäre die Nationalbank verpflichtet, ihre Rechnung gemäss den International Financial Reporting Standards (IFRS) oder den United States Generally Accepted Accounting Principles (US GAAP) zu präsentieren. Die SWX hat die Nationalbank auf deren mit Art. 27 NBG begründeten Antrag hin mit Schreiben vom 5. November 2004 von dieser Pflicht entbunden.

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze wurden gegenüber dem Vorjahr nicht substantiell geändert. Sie wurden ergänzt um die neuen Geschäfte (Repo in US-Dollar und Devisenoptionen). Angepasst wurde die Aktivierungsuntergrenze für Sachanlagen und wertvermehrnde Investitionen in Liegenschaften.

Mittelflussrechnung

Die Nationalbank verzichtet auf die Erstellung einer Mittelflussrechnung, weil sie als Notenbank jederzeit autonom Geld schaffen kann.

Segmentinformationen

Die Nationalbank ist ausschliesslich als Zentralbank tätig. Aus diesem Grund enthält die Jahresrechnung keine Segmentinformationen.

Konzernrechnung

Die Nationalbank hält keine wesentlichen, nach Swiss GAAP FER 30 konsolidierungspflichtigen Beteiligungen und erstellt somit keine Konzernrechnung.

Erfassung der Geschäftsfälle

Die Geschäftsfälle werden am Abschlusstag erfasst und bewertet. Die Verbuchung erfolgt jedoch erst am Valutatag. Bis am Bilanzstichtag abgeschlossene Geschäfte mit Valuta in der Zukunft werden unter den Ausserbilanzgeschäften ausgewiesen.

Periodengerechte Erfolgsermittlung

Aufwände und Erträge werden periodengerecht abgegrenzt, also jenem Geschäftsjahr zugeordnet, dem sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Gewinnsteuern

Die Nationalbank ist gemäss Art. 8 NBG von der Gewinnsteuerpflicht befreit. Die Steuerbefreiung gilt sowohl für die Direkte Bundessteuer wie auch für die Kantons- und Gemeindesteuern.

Transaktionen mit nahestehenden Personen

Die Rechte der Aktionäre der Nationalbank sind gesetzlich eingeschränkt; die Aktionäre können keinen Einfluss auf finanzielle und operative Entscheidungen nehmen. Transaktionen mit Mitgliedern der Geschäftsleitung und dem Bankrat werden zu marktüblichen Konditionen getätigt.

Bilanz und Erfolgsrechnung

Gold sowie handelbare Finanzinstrumente werden zum Marktwert oder zum Fair Value bilanziert. Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungswerten abzüglich betriebswirtschaftlich notwendiger Abschreibungen. Die übrigen Positionen werden zum Nominalwert einschliesslich aufgelaufener Marchzinsen bilanziert. Fremdwährungspositionen sind zu Jahresendkursen umgerechnet. In fremden Währungen anfallende Erträge und Aufwände werden zu aktuellen Kursen im Zeitpunkt der Verbuchung umgerechnet. Sämtliche Bewertungsänderungen werden erfolgswirksam gebucht.

Der physische Goldbestand besteht aus Goldbarren und Goldmünzen. Das Gold wird dezentral im In- und Ausland gelagert. Die Bewertung erfolgt zu Marktwerten. Bewertungsgewinne und -verluste sowie Verkaufsgewinne werden im Erfolg aus Gold gebucht.

Im Rahmen der Bewirtschaftung ihres Anlageportfolios leiht die Nationalbank einen Teil ihres Goldbestands an erstklassige in- und ausländische Finanzinstitute aus. Als Entgelt erhält sie einen Zins. Die Goldleihgeschäfte können auf gedeckter wie ungedeckter Basis abgeschlossen werden. Das Goldpreisrisiko verbleibt bei der Nationalbank. Ausgeliehenes Gold wird unter den Forderungen aus Goldgeschäften bilanziert und zum Marktwert einschliesslich aufgelaufener Marchzinsen bewertet. Die Bewertungserfolge sowie die Zinsen werden im Erfolg aus Gold gebucht.

In den Devisenanlagen werden handelbare Wertpapiere (Geldmarktpapiere, Anleihen und Beteiligungspapiere) und Guthaben (Sichtkonten, Callgelder, Festgelder und Repos) bilanziert. Die Wertpapiere, der grösste Teil der Devisenanlagen, werden zu Marktwerten einschliesslich aufgelaufener Marchzinsen bewertet. Die Guthaben werden zum Nominalwert einschliesslich aufgelaufener Marchzinsen bewertet. Die Gewinne und Verluste aus der Neubewertung zu Marktwerten, die Zinserträge, die Dividenden und die Wechselkurs-erfolge werden im Erfolg aus Fremdwährungsanlagen gebucht.

Im Rahmen der Bewirtschaftung der Devisenanlagen werden auch Wertpapierleihgeschäfte (Securities Lending) abgeschlossen. Dabei werden eigene Wertschriften gegen Deckung in Wertschriften ausgeliehen. Als Entschädigung erhält die Nationalbank einen Zins. Ausgeliehene Wertpapiere verbleiben in der Position Devisenanlagen und werden im Anhang offen gelegt. Die Zinserträge aus dem Securities Lending werden in der Position Erfolg aus Fremdwährungsanlagen gebucht.

Aus Anlagegründen getätigte Fremdwährungsrepos werden ebenfalls in dieser Bilanzposition geführt.

Die Reserveposition beim Internationalen Währungsfonds (IWF) besteht aus der schweizerischen Quote abzüglich des Sichtguthabens des IWF bei der Nationalbank. Bei der Quote handelt es sich um den von der Nationalbank finanzierten Anteil der Schweiz am Grundkapital des IWF. Dieser wird in der Währung des IWF, den Sonderziehungsrechten, geführt. Ein Teil der Quote wurde dem IWF nicht überwiesen, sondern auf einem Sichtkonto stehen gelassen. Der IWF kann für seine Transaktionen jederzeit über dieses Guthaben verfügen. Der Ertrag aus der Verzinsung der Reserveposition sowie die Wechselkurs-erfolge aus der Neubewertung der Sonderziehungsrechte werden in der Position Erfolg aus Fremdwährungsanlagen gebucht.

Zusammenfassung

Gold

**Forderungen aus
Goldgeschäften**

Devisenanlagen

Reserveposition beim IWF

Internationale Zahlungsmittel

Unter den Internationalen Zahlungsmitteln werden die Forderungen aus dem Two-way-arrangement mit dem IWF bilanziert. Dabei hat sich die Nationalbank gegenüber dem IWF verpflichtet, bis zu 400 Mio. Sonderziehungsrechte gegen Devisen zu kaufen. SZR-Sichtguthaben werden zu Marktkonditionen verzinst. Die Zinserträge und die Wechselkursfolge werden im Erfolg aus Fremdwährungsanlagen gebucht.

Währungshilfekredite

Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit kann sich die Schweiz an mittelfristigen, international koordinierten Zahlungsbilanzhilfen des IWF mit einer Kredittranche beteiligen oder auf bilateraler Basis Währungshilfekredite an Länder mit Zahlungsbilanzproblemen sprechen. Nach dem zurückbezahlten Währungshilfekredit an Bulgarien sind zurzeit noch Forderungen aus der Armutsverringerungs- und Wachstumsfazilität (PRGF, Poverty Reduction and Growth Facility, einschliesslich Interims-PRGF) ausstehend. Bei letzterer handelt es sich um einen vom IWF verwalteten Treuhandfonds, der langfristige, zinsvergünstigte Kredite an arme Entwicklungsländer finanziert. Sowohl die bilateralen Kredite als auch die Beteiligung der Schweiz am Darlehenskonto der PRGF (einschliesslich Interims-PRGF) werden in Bezug auf die Zins- und Kapitalrückzahlung vom Bund garantiert. Die Bewertung dieser Kredite erfolgt zum Nominalwert einschliesslich aufgelaufener Marchzinsen. Die Zinserträge und die Wechselkursfolge werden im Erfolg aus Fremdwährungsanlagen gebucht. Nicht beansprucht und deshalb lediglich unter den unwiderruflichen Zusagen aufgeführt (s. Abschnitt Ausserbilanz) sind die für besondere Fälle vorgesehenen und vom Bund nicht garantierten Allgemeinen und Neuen Kreditvereinbarungen (AKV und NKV).

Forderungen aus Repogeschäften in US-Dollar

Die hier bilanzierten USD-Repogeschäfte wurden in Zusammenarbeit mit anderen Zentralbanken getätigt. Sie sind durch SNB-repofähige Effekten vollumfänglich gesichert. Sie wurden am Jahresende zum Nominalwert bewertet und werden einschliesslich aufgelaufener Marchzinsen bilanziert.

Positionen aus Repogeschäften in Schweizer Franken

Mit dem Repogeschäft in Schweizer Franken als dem geldpolitisch wichtigsten Instrument der Nationalbank wird dem Bankensystem Liquidität zugeführt oder entzogen. Die Forderungen aus Repogeschäften sind durch SNB-repofähige Effekten vollumfänglich gesichert. Die Forderungen und Verbindlichkeiten aus Repogeschäften werden zum Nominalwert einschliesslich aufgelaufener Marchzinsen bilanziert. Die Zinserträge und -aufwände werden im Erfolg aus Frankenanlagen gebucht.

Die Inlandkorrespondenten besorgen für die Nationalbank den lokalen Bargeldausgleich und decken Bargeldbedürfnisse von Bundesstellen und bundesnahen Unternehmen (Post und SBB) ab. Dabei entstehen kurzfristige Forderungen der Nationalbank. Diese werden zum Tagesgeldsatz verzinst. Die Bewertung erfolgt zum Nominalwert einschliesslich aufgelaufener Marchzinsen. Die Zinserträge werden im Erfolg aus Frankenanlagen gebucht.

**Forderungen gegenüber
Inlandkorrespondenten**

Bei den Wertschriften in Schweizer Franken handelt es sich ausschliesslich um handelbare Anleihen. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert einschliesslich aufgelaufener Marchzinsen. Die Bewertungserfolge und Zinserträge werden im Erfolg aus Frankenanlagen gebucht.

**Wertschriften in Schweizer
Franken**

Druckfrische, noch nie in Umlauf gesetzte Banknoten werden zu ihren Anschaffungskosten aktiviert und unter dem Banknotenvorrat ausgewiesen. Im Zeitpunkt der erstmaligen Einspeisung einer Note in den Bargeldumlauf werden deren Anschaffungskosten dem Notenaufwand belastet.

Banknotenvorrat

Unter den Sachanlagen figurieren Grundstücke und Gebäude, Anlagen im Bau und übrige Sachanlagen. In den Sachanlagen ist auch die Software enthalten. Aus Wesentlichkeitsüberlegungen wird sie nicht als immaterieller Wert in der Bilanz gesondert ausgewiesen, sondern nur im Anhang offen gelegt. Der laufende Unterhalt an Liegenschaften, Software und übrigen Sachanlagen wird im Sachaufwand erfasst. Wertvermehrnde Investitionen in Liegenschaften werden ab 100 000 Franken aktiviert. Die Aktivierungsgrenze der übrigen Sachanlagen beträgt 20 000 Franken. Anschaffungen unter diesem Betrag werden direkt dem Sachaufwand belastet. Die Bilanzierung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungswerten abzüglich betriebswirtschaftlich notwendiger Abschreibungen. Alle Abschreibungen erfolgen linear.

Sachanlagen

Abschreibungsdauer

Grundstücke und Gebäude	
Grundstücke	keine Abschreibungen
Gebäude (Bausubstanz)	50 Jahre
Einbauten (Haustechnische Anlagen und Innenausbau)	10 Jahre
Anlagen in Bau	keine Abschreibungen
Software	3 Jahre
Übrige Sachanlagen	
Informatik-Hardware	3 Jahre
Maschinen und Geräte	5 – 10 Jahre
Mobiliar	5 Jahre
Fahrzeuge	6 – 12 Jahre

Die Werthaltigkeit wird periodisch überprüft. Ergibt sich daraus eine Wertminderung, wird eine ausserplanmässige Abschreibung getätigt. Planmässige und ausserplanmässige Abschreibungen werden über die Erfolgsrechnung in der Position Abschreibungen auf Sachanlagen gebucht.

Gewinne und Verluste aus der Veräusserung von Sachanlagen werden in der Position Übrige Erfolge gebucht.

Beteiligungen

Die Nationalbank hält keine nach Swiss GAAP FER 30 bedeutenden Beteiligungen, welche quoten- oder vollkonsolidiert werden müssten. Minderheitsbeteiligungen mit einer Beteiligungsquote von über 20 Prozent werden als assoziierte Gesellschaften qualifiziert und nach der Equity-Methode bewertet. Die übrigen Minderheitsbeteiligungen an Gesellschaften, auf welche die Nationalbank keinen wesentlichen Einfluss hat, oder unwesentliche Mehrheitsbeteiligungen werden zu Anschaffungskosten abzüglich betriebswirtschaftlich notwendiger Wertberichtigungen bewertet. Sämtliche Beteiligungserträge werden im Übrigen Erfolg gebucht.

Derivative Finanzinstrumente

Die Nationalbank setzt bei der Verwaltung der Währungsreserven Devisentermingeschäfte, Devisenoptionen, Futures und Zinssatzswaps ein. Sie werden für die Steuerung der Marktpositionierung in den Bereichen Aktien, Zinsen und Währungen eingesetzt (s. auch Risiken von Finanzinstrumenten, S. 123ff.). Die derivativen Finanzinstrumente werden soweit möglich zum Marktwert bewertet. Liegt kein solcher vor, wird ein Fair Value mittels allgemein anerkannter finanzmathematischer Methoden ermittelt. Die Bewertungsänderungen werden über die Erfolgsrechnung gebucht und im Erfolg aus Fremdwährungsanlagen ausgewiesen. Positive bzw. negative Wiederbeschaffungswerte werden in den Sonstigen Aktiven bzw. Sonstigen Passiven bilanziert.

Rechnungsabgrenzungen

Die Nationalbank weist die Rechnungsabgrenzungen in der Bilanz nicht separat aus. Diese werden aus Wesentlichkeitsüberlegungen in den Sonstigen Aktiven bzw. Sonstigen Passiven bilanziert und im Anhang offengelegt.

Notenumlauf

Der Notenumlauf weist den Nominalwert der von der Nationalbank ausgegebenen Banknoten der aktuellen und der zurückgerufenen, noch einlösbaren Notenserien aus.

Girokonten inländischer Banken

Die Guthaben auf den Girokonten inländischer Banken in Schweizer Franken bilden die Basis für die geldpolitische Steuerung durch die Nationalbank. Die Girokonten dienen der Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in der Schweiz. Es handelt sich dabei um unverzinsten Sichtkonten. Sie werden zum Nominalwert bilanziert.

Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund

Die Nationalbank führt für den Bund ein Sichtkonto, das zum Tagesgeldsatz verzinst wird. Die Verzinsungslimite beträgt 200 Mio. Franken. Zudem kann der Bund bei der Nationalbank Festgelder zu Marktkonditionen platzieren. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund werden zum Nominalwert einschliesslich aufgelaufener Marchzinsen bewertet. Die Zinsaufwände werden im Erfolg aus Frankenanlagen erfasst.

Die Nationalbank führt für ausländische Banken und Institutionen Sichtkonten, welche der Abwicklung des Zahlungsverkehrs in Schweizer Franken dienen. Diese Sichtkonten werden nicht verzinst und sind zum Nominalwert bilanziert.

Girokonten ausländischer Banken und Institutionen

Als übrige Sichtverbindlichkeiten werden die Girokonten der Nichtbanken, die Konten von Mitarbeitenden, Pensionierten und Personalvorsorgeeinrichtungen der SNB sowie die Verbindlichkeiten von auf die Nationalbank gezogenen, noch nicht eingelösten Bankchecks bilanziert. Die Bewertung erfolgt zum Nominalwert einschliesslich aufgelaufener Marchzinsen. Der Zinsaufwand wird im Erfolg aus Frankenanlagen gebucht.

Übrige Sichtverbindlichkeiten

Diese Bilanzposition enthält weitere Terminverbindlichkeiten in Schweizer Franken. Die Bewertung erfolgt zum Nominalwert einschliesslich aufgelaufener Marchzinsen. Der Zinsaufwand wird im Erfolg aus Frankenanlagen gebucht.

Übrige Terminverbindlichkeiten

Bei den Verbindlichkeiten in Fremdwährungen handelt es sich um Sichtverbindlichkeiten sowie um Repogeschäfte im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der Devisenanlagen. Die Bewertung erfolgt zum Nominalwert einschliesslich aufgelaufener Marchzinsen. Der Zinsaufwand und die Wechselkursfolge werden im Erfolg aus Fremdwährungsanlagen gebucht.

Verbindlichkeiten in Fremdwährungen

Hierbei handelt es sich um Reorganisations- und übrige Rückstellungen im Sinne von Swiss GAAP FER 23. Die Reorganisationsrückstellungen enthalten Zusagen für finanzielle Leistungen an Mitarbeitende, welche im Rahmen von Reorganisationen frühzeitig pensioniert werden.

Betriebliche Rückstellungen

Art. 30 Abs. 1 NBG schreibt vor, dass die Nationalbank Rückstellungen bildet, welche es erlauben, die Währungsreserven auf der geld- und währungspolitisch erforderlichen Höhe zu halten. Sie hat sich dabei an der Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft zu orientieren. Die Rückstellungen für Währungsreserven sollen gemäss Gewinnausschüttungsvereinbarung zwischen dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) und der SNB vom 5. April 2002 im Gleichschritt mit der Wirtschaft wachsen. Diese spezialgesetzliche Rückstellung hat Eigenkapitalcharakter und wird in die Tabelle Veränderungen des Eigenkapitals miteinbezogen. Die Alimentierung erfolgt über die Gewinnverwendung.

Rückstellungen für Währungsreserven

Abgesehen von der Dividende, welche gemäss Nationalbankgesetz maximal sechs Prozent des Aktienkapitals betragen darf, steht der gesamte Gewinn, welcher nach Bildung ausreichender Rückstellungen verbleibt, Bund und Kantonen zu. Die jährlichen Gewinnausschüttungen werden in einer Vereinbarung zwischen Bund und Nationalbank zwecks mittelfristiger Glättung jeweils im Voraus für eine bestimmte Periode festgelegt. Die Ausschüttungsreserve enthält die noch nicht ausgeschütteten Gewinne (vgl. S. 94).

Ausschüttungsreserve

Die Vorsorgepläne sind in zwei Personalvorsorgeeinrichtungen mit Leistungsprimat zusammengefasst (Pensionskasse und Vorsorgestiftung). Beiträge werden von der Nationalbank und den Arbeitnehmern geleistet. Die ordentlichen Beiträge der Arbeitnehmer betragen altersabgestuft 7 bzw. 7,5 Prozent, jene der Nationalbank 14 bzw. 15 Prozent des versicherten Salärs. Ein allfälliger wirtschaftlicher Anteil an Über- bzw. Unterdeckungen wird nach den Vorgaben von Swiss GAAP FER 16 aktiviert bzw. als Verpflichtung ausgewiesen.

Vorsorgeeinrichtungen

Ausserbilanz

Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte umfassen Anlagen, welche die Bank im eigenen Namen, aber aufgrund eines schriftlichen Vertrags ausschliesslich auf Rechnung und Gefahr des Bundes tätig. Diese Geschäfte werden zum Nominalwert einschliesslich aufgelaufener Marchzinsen im Anhang unter den Ausserbilanzgeschäften ausgewiesen.

Engpassfinanzierungsfazität

Bei der Engpassfinanzierungsfazität handelt es sich um Kreditlimiten, welche von Banken für die Überbrückung von unerwarteten Liquiditätsengpässen beansprucht werden können. Die Beanspruchung erfolgt über ein Repogeschäft zum Sondersatz. Die maximal beanspruchbaren Limiten sind unter den Ausserbilanzgeschäften im Anhang ausgewiesen.

Unwiderrufliche Zusagen

Bei den unwiderruflichen Zusagen handelt es sich um Kreditzusagen, welche die Nationalbank im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit an den Internationalen Währungsfonds gesprochen hat. Die maximal daraus entstehenden Verpflichtungen sind unter den Ausserbilanzgeschäften im Anhang ausgewiesen.

Bewertungskurse für Fremdwährungen und Gold

Bewertungskurse

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
	Franken	Franken	Prozent
1 US-Dollar (USD)	1,1277	1,2202	-7,6
1 Euro (EUR)	1,6557	1,6086	+2,9
1 Britisches Pfund (GBP)	2,2586	2,3911	-5,5
100 Dänische Kronen (DKK)	22,2000	21,5800	+2,9
1 Kanadischer Dollar (CAD)	1,1445	1,0502	+9,0
100 Japanische Yen (JPY)	1,0109	1,0251	-1,4
1 Sonderziehungsrecht (SZR)	1,7820	1,8369	-3,0
1 Kilogramm Gold	30 328,47	24 938,72	+21,6

4.2 Erläuterungen zu Erfolgsrechnung und Bilanz

Ziffer 01

Erfolg aus Gold

in Mio. Franken	2007	2006	Veränderung
Marktbewertungserfolg ¹	6 433,3	4 188,4	+2 244,9
Zinsertrag aus Goldleihgeschäften	13,5	15,6	-2,1
Total	6 446,8	4 204,0	+2 242,8

¹ Inkl. Bewertungserfolgen aus dem Verkauf von Gold.

Erfolg aus Fremdwährungsanlagen

Ziffer 02

Gliederung Gesamterfolg nach Art in Mio. Franken	2007	2006	Veränderung
Zinsertrag und Kapitalerfolg	2 013,7	757,7	+1 256,0
Dividendenertrag und Kurserfolg	89,5	620,7	-531,2
Zinsaufwand	-31,4	-0,8	-30,6
Wechselkurserfolg	-723,0	-546,1	-176,9
Vermögensverwaltungs- und Depotgebühren	-10,6	-11,5	+0,9
Total	1 338,2	820,0	+518,2

Gliederung Gesamterfolg nach Herkunft in Mio. Franken	2007	2006	Veränderung
Devisenanlagen	1 367,4	812,0	+555,4
Reserveposition beim IWF	-3,7	-1,0	-2,7
Internationale Zahlungsmittel	1,0	7,7	-6,7
Währungshilfekredite	4,9	2,1	+2,8
Verbindlichkeiten in Fremdwährungen	-31,4	-0,8	-30,6
Total	1 338,2	820,0	+518,2

Gliederung Gesamterfolg nach Währungen in Mio. Franken	2007	2006	Veränderung
USD	-21,4	-501,3	+479,9
EUR	1 380,4	1 161,0	+219,4
GBP	11,2	360,9	-349,7
DKK	51,9	53,2	-1,3
CAD	152,7	-13,1	+165,8
JPY	-226,4	-236,6	+10,2
SZR	0,4	7,4	-7,0
Übrige	-10,5	-11,5	+1,0
Total	1 338,2	820,0	+518,2

Gliederung des Wechselkurserfolgs nach Währungen in Mio. Franken	2007	2006	Veränderung
USD	-1 074,1	-1 137,7	+63,6
EUR	609,9	711,4	-101,5
GBP	-269,0	231,3	-500,3
DKK	35,1	41,7	-6,6
CAD	91,4	-76,4	+167,8
JPY	-83,3	-299,8	+216,5
SZR	-33,1	-16,5	-16,6
Übrige	0,0	-0,0	+0,0
Total	-723,0	-546,1	-176,9

Ziffer 03**Erfolg aus Frankenanlagen**

Gliederung nach Art	2007	2006	Veränderung
in Mio. Franken			
Zinsertrag und Kapitalerfolg	466,2	256,1	+210,1
Zinsaufwand	-36,1	-23,7	-12,4
Handels- und Depotgebühren	-3,0	-3,0	+0,0
Total	427,1	229,3	+197,8

Gliederung nach Herkunft	2007	2006	Veränderung
in Mio. Franken			
Wertschriften in Franken	-8,7	-10,3	+1,6
Repogeschäfte in Franken	469,5	263,3	+206,2
Übrige Guthaben	0,1	0,1	+0,0
Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund	-26,8	-17,4	-9,4
Übrige Sichtverbindlichkeiten	-6,9	-6,3	-0,6
Total	427,1	229,3	+197,8

Ziffer 04**Übrige Erfolge**

	2007	2006	Veränderung
in Mio. Franken			
Kommissionsertrag	14,4	19,4	-5,0
Kommissionsaufwand	-14,0	-16,8	+2,8
Beteiligungsertrag	18,4	17,0	+1,4
Liegenschaftenertrag	4,2	4,3	-0,1
Übriger Ertrag ¹	3,3	0,7	+2,6
Total	26,3	24,6	+1,7

1 Beinhaltet u. a. den Buchgewinn aus dem Verkauf des Bankgebäudes Lugano. Vgl. S. 116, Ziffer 16.

Ziffer 05**Personalaufwand**

	2007	2006	Veränderung
in Mio. Franken			
Löhne, Gehälter und Zulagen	85,8	81,5	+4,3
Sozialversicherungen	17,7	17,2	+0,5
Übriger Personalaufwand ¹	7,2	6,9	+0,3
Total	110,7	105,6	+5,1

1 Einschliesslich Reorganisationskosten von 0,9 Mio. Franken (2006: 1,6 Mio.). Vgl. S. 118, Ziffer 24.

Vergütungen des Bankrats

in tausend Franken

2007

 feste Jahres-
vergütung

 Sitzungs-
vergütungen¹

 Gesamt-
vergütungen

Dr. Hansueli Raggenbass, Präsident ^{2, 3}	130,0	2,5	132,5
Dr. Ruth Lüthi, Vizepräsidentin (bis 30.4.2007) ^{2, 3}	20,0	2,5	22,5
Dr. Eveline Widmer-Schlumpf, Vizepräsidentin ab 1.5.2007 ^{2, 3}	53,3	–	53,3
Ueli Forster ²	40,0	–	40,0
Dr. Serge Gaillard (bis 31.1.2007) ⁵	3,3	–	3,3
Dr. Konrad Hummler ⁵	40,0	5,0	45,0
Prof. Dr. Armin Jans ⁴	40,0	7,5	47,5
Dr. h.c. Franz Marty ⁴	40,0	7,5	47,5
Marina Masoni (bis 30.6.2007)	20,0	–	20,0
Fritz Studer ⁴	40,0	7,5	47,5
Prof. Dr. Alexandre Swoboda ^{3, 5}	40,0	5,0	45,0
Dr. Daniel Lampart (ab 1.5.2007) ⁵	26,7	2,5	29,2
Jean Studer (ab 1.5.2007)	26,7	–	26,7
Laura Sadis (ab 1.7.2007)	20,0	–	20,0
Total	540,0	40,0	580,0

1 Gemäss Reglement; für Ausschusssitzungen, die nicht am Tag einer Bankratssitzung stattfinden. Die Tätigkeit in den Ausschüssen des Bankrats wird mit 2500 Franken pro Sitzung abgegolten. Für Sonderaufgaben werden 2500 Franken pro Tag resp. 1250 Franken pro Halbtag ausgerichtet.

2 Mitglied des Entschädigungsausschusses.
3 Mitglied des Ernennungsausschusses.
4 Mitglied des Prüfungsausschusses.
5 Mitglied des Risikoausschusses.

Vergütungen der Geschäftsleitung¹

in tausend Franken

2007

Gehälter

 Repräsentations-
pauschale

 Arbeitgeber-
beiträge,
Pensionspläne²
und AHV

 Diverse³
**Ordent-
liche Ver-
gütungen**

 Einmaliger Aus-
kauf Pensions-
pläne⁴
**Gesamt-
vergütungen**

3 Mitglieder des Direktoriums	1 799,0	69,6	579,0	73,3	2 520,9	844,2	3 365,0
davon Jean-Pierre Roth, Präsident ⁵	599,7	24,0	211,7	9,7	845,0	–	845,0
davon Philipp M. Hildebrand	599,7	22,8	134,5	9,7	766,6	–	766,6
davon Thomas Jordan (ab 1.5.2007)	399,8	15,2	74,3	22,2	511,5	394,3	905,8
davon Niklaus Blattner (bis 30.4.2007)	199,9	7,6	158,6	31,7	397,7	449,9	847,6
3 stellvertretende Mitglieder des Direktoriums	1 046,6	43,2	304,6	15,0	1 409,4	–	1 409,4
Total	2 845,6	112,8	883,6	88,3	3 930,2	844,2	4 774,4

1 Alle Vergütungen sind in Reglementen festgelegt.
2 Personalvorsorgeeinrichtungen mit Leistungsprimat.
3 Generalabonnement, Abgangs-, Dienstalters-, Jubiläumsgeschenk.

4 Auskäufe der Bank bei Funktionsaufnahme und vorzeitigem Altersrücktritt.
5 Zusätzlich Honorar als Verwaltungsrat der BIZ von 48 000 Franken.

Wie alle Mitarbeitenden haben die Mitglieder der Geschäftsleitung Anrecht auf eine betraglich limitierte Vorzugsverzinsung für:

- Guthaben auf dem Personalkonto der Bank. Der Zinsvorteil beträgt höchstens 6000 Franken,
- Hypothekendarlehen der Vorsorgeeinrichtungen. Der Zinsvorteil beträgt höchstens 5000 Franken.

Es wurden keine weiteren Vergütungen gem. Art 663b^{bis} Abs. 1 OR ausgerichtet.

Von den Mitgliedern des Bankrats und des Erweiterten Direktoriums hielten am 31. Dezember 2007 Ph. M. Hildebrand, Vizepräsident des Direktoriums, fünf Aktien und D. Moser, Mitglied des Erweiterten Direktoriums, eine Aktie der Nationalbank.

Ziffer 06

Vorsorgeverpflichtungen¹

Anteil an der Überdeckung aus Vorsorgeplänen ² in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Überdeckung gemäss Swiss GAAP FER 26	140,8	150,4	-9,6
Wirtschaftlicher Anteil der Nationalbank	-	-	-

1 Die Personalvorsorgeeinrichtungen verfügen über keine Arbeitgeberbeitragsreserven.
2 Die Überdeckung wird zu Gunsten der Versicherten eingesetzt.

Vorsorgeaufwand in Mio. Franken	2007	2006	Veränderung
Arbeitgeberbeiträge	11,8	11,5	+0,3
Veränderung wirtschaftlicher Anteil an der Überdeckung	-	-	-
Vorsorgeaufwand im Personalaufwand	11,8	11,5	+0,3

Ziffer 07

Sachaufwand

in Mio. Franken	2007	2006	Veränderung
Raumaufwand	10,3	14,0	-3,7
Wartung mobile Sachanlagen und Software	10,8	8,8	+2,0
Beratung und Unterstützung durch Dritte	14,8	7,8	+7,0
Verwaltungsaufwand	16,3	12,9	+3,4
Betriebszuschüsse ¹	7,7	8,1	-0,4
Übriger Sachaufwand	5,9	6,0	-0,1
Total	65,8	57,6	+8,2

1 Hauptsächlich Beiträge an das Studienzentrum Gerzensee (Stiftung der Schweizerischen Nationalbank).

Ziffer 08

Gold

Gliederung nach Art	31.12.2007		31.12.2006	
	Tonnen	Mio. Franken	Tonnen	Mio. Franken
Goldbarren	915,1	27 753,0	1 010,5	25 201,0
Goldmünzen ¹	91,6	2 778,8	160,0	3 989,2
Total ²	1 006,7	30 531,8	1 170,5	29 190,2

1 Abnahme durch Umschmelzung nicht markt-gängiger Formate in Barren.
2 Zum Gesamtbestand an Gold zählen auch die unter Ziffer 09 angeführten ausgeliehenen Bestände.

Forderungen aus Goldgeschäften

Ziffer 09

	31.12.2007		31.12.2006	
	Tonnen	Mio. Franken	Tonnen	Mio. Franken
Forderungen aus gedeckter Goldleihe ¹	138,4	4 240,7	119,5	3 027,6
Forderungen auf Metallkonten	0,1	3,0	0,1	2,8
Total	138,5	4 243,7	119,6	3 030,3

¹ Gesichert durch repofähige Wertschriften im Marktwert von 4222,2 Mio. Franken (2006: 3127,7 Mio.).

Devisenanlagen

Ziffer 10

Gliederung nach Anlagearten in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Sicht- und Callgelder	628,2	826,1	-197,9
Festgelder	926,5	1 209,2	-282,7
Reverse Repos	1 117,8	-	+1 117,8
Geldmarktpapiere	712,9	1 103,3	-390,4
Anleihen ¹	41 547,9	37 698,1	+3 849,8
Beteiligungspapiere	5 652,9	4 755,2	+897,7
Total	50 586,3	45 591,9	+4 994,4

¹ Davon 83,3 Mio. Franken (2006: 123,1 Mio.) im Securities Lending ausgeliehen.

Gliederung nach Schuldnerkategorien in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Staaten	33 672,7	28 632,3	+5 040,4
Währungsinstitutionen ¹	987,9	1 377,4	-389,5
Unternehmen	15 925,7	15 582,2	+343,5
Total	50 586,3	45 591,9	+4 994,4

¹ BIZ, Notenbanken und multilaterale Entwicklungsbanken.

Gliederung nach Währungen ¹ in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
USD	15 608,6	14 959,4	+649,2
EUR	23 047,6	21 435,7	+1 611,9
GBP	5 989,9	4 588,3	+1 401,6
DKK	1 276,1	1 303,8	-27,7
CAD	1 166,4	1 003,6	+162,8
JPY	3 497,0	2 300,6	+1 196,4
Übrige	0,7	0,6	+0,1
Total	50 586,3	45 591,9	+4 994,4

¹ Ohne Berücksichtigung der Devisenderivate. Für die Gliederung nach Währungen mit Berücksichtigung der Devisenderivate vgl. Risiken von Finanzinstrumenten, S. 123 ff.

Ziffer 11

Reserveposition beim IWF

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
in Mio. Franken			
Quote der Schweiz beim IWF ¹	6 162,9	6 352,8	-189,9
./. CHF-Sichtguthaben des IWF bei der SNB	-5 756,9	-5 795,5	+38,6
Total	406,0	557,3	-151,3

¹ 3458,5 Mio. SZR.;
Veränderung ausschliesslich
wechsellkursbedingt.

Ziffer 12

Währungshilfekredite

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
in Mio. Franken			
Bilateraler Kredit an Bulgarien	-	23,2	-23,2
Kreditfazilität PRGF	45,4	62,4	-17,0
Kreditfazilität Interims-PRGF ¹	227,7	151,1	+76,6
Total	273,1	236,6	+36,5

¹ Für nicht beanspruchte
Kreditzusage vgl. S. 120,
Ziffer 27.

Ziffer 13

Forderungen aus Repogeschäften in US-Dollar

	31.12.2007 Aktiven	31.12.2007 Passiven
in Mio. Franken		
Forderungen aus Repo-Geschäften in US-Dollar ¹	4 517,4	
Positiver Wiederbeschaffungswert ²	97,2	
Übrige Terminverbindlichkeiten ³		4 608,0
Verbindlichkeiten in Fremdwährungen ⁴		6,6
Total	4 614,6	4 614,6

¹ Repo-Transaktion in
US-Dollar (max. 4 Mrd.), von
der SNB angeboten, um den
Gegenparteien den Zugang
zu US-Dollar-Liquidität zu
erleichtern.

² Resultierend aus dem
Swapabkommen mit der
Federal Reserve Bank der USA.
³ Swapabkommen mit der
Federal Reserve Bank der USA.

⁴ Zinsabgrenzung zugunsten
der Federal Reserve Bank der
USA.
Die Transaktion ist für die
Nationalbank erfolgsneutral.

Wertschriften in Schweizer Franken

Ziffer 14

Gliederung nach Schuldnerkategorien in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Staaten	2 016,1	2 583,6	-567,5
Unternehmen	2 114,5	2 324,0	-209,5
Total	4 130,7	4 907,6	-776,9

Gliederung der Schuldnerkategorie Staaten in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Eidgenossenschaft	1 220,4	1 630,9	-410,5
Kantone und Gemeinden	608,6	748,8	-140,2
Ausländische Staaten	187,1	203,9	-16,8
Total	2 016,1	2 583,6	-567,5

Gliederung der Schuldnerkategorie Unternehmen in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Inländische Pfandbriefinstitute	491,1	699,5	-208,4
Übrige inländische Unternehmen ¹	68,4	121,5	-53,1
Ausländische Unternehmen ²	1 555,1	1 503,1	52,0
Total	2 114,5	2 324,0	-209,5

1 Internationale Organisationen mit Sitz im Inland.
2 Banken, internationale Organisationen und übrige Unternehmen.

Banknotenvorrat

Ziffer 15

in Mio. Franken	Banknotenvorrat
Bestand am 1. Januar 2006	137,6
Zugänge	23,2
Abgänge	-35,9
Bestand am 31. Dezember 2006	125,0
Bestand am 1. Januar 2007	125,0
Zugänge	31,8
Abgänge	-29,9
Bestand am 31. Dezember 2007 ¹	126,9

1 Davon 24,7 Mio. Franken Anzahlungen.

Sachanlagen

in Mio. Franken	Grundstücke und Gebäude ¹	Anlagen in Bau	Software	Übrige Sachanlagen ²	Total
Anschaffungswerte					
1. Januar 2007	435,9	2,6	21,4	73,5	533,4
Zugänge	8,8	0,0	7,8	7,0	23,6
Abgänge ³	-6,2		-6,2	-19,1	-31,6
Reklassifikationen	2,6	-2,6			
31. Dezember 2007	441,0	0,0	23,0	61,5	525,4
Kumulierte Wertberichtigungen					
1. Januar 2007	112,6		9,3	53,0	174,9
Planmässige Abschreibungen	17,3		7,4	7,3	32,0
Abgänge	-1,1		-6,2	-19,0	-26,3
Reklassifikationen					
31. Dezember 2007	128,8		10,5	41,3	180,6
Nettobuchwerte					
1. Januar 2007	323,3	2,6	12,1	20,5	358,5
31. Dezember 2007	312,2	0,0	12,5	20,1	344,8

1 Brandversicherungswert:
358,2 Mio. Franken
(2006: 374,5 Mio.).

2 Brandversicherungswert:
83,3 Mio. Franken
(2006: 83,3 Mio.).

3 Grundstücke und Gebäude:
Liegenschaft Lugano;
übrige Sachanlagen: Hardware
und Bargeldmaschinen.

Der Verkauf der Liegenschaft
Lugano (vgl. S. 88,
Liegenschaften, und S. 110,
Zif. 04) erbrachte Gebote, die

deutlich über dem Basispreis
von 6,4 Mio. Franken lagen.
Den Zuschlag erhielt Wegelin
& Co., Privatbankiers,

St. Gallen, deren
geschäftsführender Teilhaber,
Dr. K. Hummler, Mitglied des
SNB-Bankrats ist.

Beteiligungen (nicht konsolidiert)

in Mio. Franken	Orell Füssli ¹	BIZ ²	Diverse	Total
Beteiligungsquote	33%	3%		
Buchwert 1. Januar 2006	31,4	90,2	0,6	122,3
Investitionen	-	-	-	-
Devestitionen	-	-	-	-
Bewertungsänderungen	7,3	-	-	7,3
Buchwert 31. Dezember 2006	38,7	90,2	0,6	129,6
Buchwert 1. Januar 2007	38,7	90,2	0,6	129,6
Investitionen	-	-	-	-
Devestitionen	-	-	-	-
Bewertungsänderungen	7,2	-	-	7,2
Buchwert 31. Dezember 2007	46,0	90,2	0,6	136,8

1 Orell Füssli Holding AG,
Muttergesellschaft der Orell
Füssli Sicherheitsdruck AG,
welche die schweizerischen
Banknoten produziert.

2 Die Beteiligung an der Bank
für Internationalen
Zahlungsausgleich (BIZ) wird
aus Gründen der
währungspolitischen
Zusammenarbeit gehalten.

Sonstige Aktiven

Ziffer 18

in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Münzen ¹	144,3	169,1	-24,8
Fremde Sorten	1,0	0,6	+0,4
Übrige Forderungen	12,1	14,1	-2,0
Aktive Rechnungsabgrenzungen	3,3	5,2	-1,9
Checks und Wechsel (Inkassogeschäft)	0,8	0,3	+0,5
Positive Wiederbeschaffungswerte ²	149,8	34,4	+115,4
Total	311,3	223,6	+87,7

1 Von der Swissmint erworbene, zum Umlauf bestimmte Scheidemünzen.
2 Nicht realisierte Gewinne auf Finanzinstrumenten sowie offenen Kassageschäften (vgl. S. 122, Ziffer 30).

Notenumlauf

Ziffer 19

Gliederung nach Emission in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
8. Emission	42 751,5	41 586,2	+1 165,3
6. Emission ¹	1 507,1	1 596,0	-88,9
Total	44 258,6	43 182,2	+1 076,4

1 Bis 30.4.2020 bei der SNB einlösbar.

Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund

Ziffer 20

in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Sichtverbindlichkeiten	74,9	53,3	+21,6
Terminverbindlichkeiten	1 002,1	1 002,8	-0,7
Total	1 077,0	1 056,2	+20,8

Übrige Sichtverbindlichkeiten

Ziffer 21

in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Girokonten Nichtbanken	11,4	8,0	+3,4
Depotkonten ¹	157,7	154,7	+3,0
Checkverbindlichkeiten ²	0,1	0,5	-0,4
Total	169,1	163,2	+5,9

1 Überwiegend Konten von Mitarbeitenden, Pensionierten und Personalvorsorgeeinrichtungen der SNB. Gegenüber Letzteren bestanden per

31.12.2007 Kontokorrentverbindlichkeiten von 15,5 Mio. Franken (2006: 17,1 Mio.).

2 Auf die SNB gezogene, noch nicht eingelöste Bankchecks.

Ziffer 22**Verbindlichkeiten in Fremdwährungen**

in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Sichtverbindlichkeiten	3,2	1,8	+1,4
Verbindlichkeiten aus Repogeschäften ¹	1 117,7	–	+1 117,7
Übrige Verbindlichkeiten in Fremdwährungen	6,6	–	+6,6
Total	1 127,6	1,8	+1 125,8

¹ Im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der Devisenanlagen.

Ziffer 23**Sonstige Passiven**

in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Übrige Verbindlichkeiten	6,3	5,7	+0,6
Passive Rechnungsabgrenzungen	6,6	5,8	+0,8
Negative Wiederbeschaffungswerte ¹	59,6	70,4	–10,8
Total	72,5	81,9	–9,4

¹ Nicht realisierte Verluste auf Finanzinstrumenten sowie offenen Kassageschäften (vgl. S. 122, Ziffer 30).

Ziffer 24**Betriebliche Rückstellungen**

in Mio. Franken	Reorganisations- rückstellungen	Übrige Rück- rückstellungen	Total
Buchwert am 1.1.2006	10,9	0,8	11,7
Bildung	1,6	0,1	1,7
Verwendung	–2,3	–	–2,3
Auflösung	–	–	–
Buchwert am 31.12.2006	10,2	0,9	11,1
Buchwert am 1.1.2007	10,2	0,9	11,1
Bildung	0,8	0,2	1,0
Verwendung	–3,5	–	–3,5
Auflösung	0,0	–	0,0
Buchwert am 31.12.2007	7,6	1,0	8,6

Aktie

	2007	2006
Aktienkapital in Franken	25 000 000	25 000 000
Nominalwert pro Aktie in Franken	250	250
Anzahl Aktien	100 000	100 000
Symbol/ISIN ¹	SNBN / CH0001319265	
Schlusskurs am 31. Dezember in Franken	1 400	1 280
Börsenkapitalisierung in Franken	140 000 000	128 000 000
Jahreshöchstkurs in Franken	1 520	1 430
Jahrestiefstkurs in Franken	1 260	1 037
Durchschnittliches Handelsvolumen pro Tag in Stück	33	44

¹ Im Hauptsegment der SWX kotiert.

Aktionariatsstruktur

	Anzahl Aktien	In Prozent der eingetragenen Aktien
2 180 Privataktionäre mit zusammen	31 658	36,8¹
davon 1 883 Aktionäre mit je 1–10 Aktien		
davon 269 Aktionäre mit je 11–100 Aktien		
davon 8 Aktionäre mit je 101–200 Aktien ²		
davon 20 Aktionäre mit je über 200 Aktien ²		
79 öffentlich-rechtliche Aktionäre mit zusammen	54 269	63,2
davon 26 Kantone mit zusammen	38 981	
davon 24 Kantonalbanken mit zusammen	14 257	
davon 29 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften/ Anstalten mit zusammen	1 031	
Total 2 259 eingetragene Aktionäre mit zusammen³	85 927⁴	100
Hängige oder ausstehende Eintragungsgesuche für	14 073	
Total Aktien	100 000	

¹ 13,8% juristische Personen und 23,0% natürliche Personen.

² Das Stimmrecht ist auf 100 Aktien begrenzt.

³ 2007 wurden 5930 Aktien (2006: 8038) übertragen. Die Zahl der Aktionäre sank um 34.

⁴ 6791 Aktien in ausländischem Besitz.

Grossaktionäre

	31.12.2007		31.12.2006	
	Anzahl Aktien	Beteiligungsquote	Anzahl Aktien	Beteiligungsquote
Kanton Bern	6 630	6,63%	6 630	6,63%
Kanton Zürich	5 200	5,20%	5 200	5,20%
Kanton Waadt	3 401	3,40%	3 401	3,40%
Kanton St. Gallen	3 002	3,00%	3 002	3,00%

4.3 Erläuterungen zu den Ausserbilanzgeschäften

Ziffer 26

Engpassfinanzierungsfazität

Details zur Engpassfinanzierungsfazität in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Kreditzusage ¹	33 696,5	12 101,5	+21 595,0
Beansprucht	0,0	13,0	-13,0
Nicht beansprucht	33 696,5	12 088,5	+21 608,0

¹ Zunahme aufgrund der Erweiterung der Limiten.

Ziffer 27

Unwiderrufliche Zusagen

Übersicht: nicht beanspruchte Kreditlimiten des IWF in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Internationale Zahlungsmittel (Two-way-arrangement)	433,2	404,9	+28,3
Interims-PRGF	217,8	308,2	-90,4
Allgemeine Kreditvereinbarungen (AKV) und Neue Kreditvereinbarungen (NKV)	2 744,2	2 828,8	-84,6
Total	3 395,1	3 541,8	-146,7

Details zur Übersicht: internationale Zahlungsmittel (Two-way-arrangement ¹) in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Kreditzusage	712,8	734,7	-21,9 ²
Beansprucht	279,6	329,9	-50,3
Nicht beansprucht	433,2	404,9	+28,3

¹ Zusage, bis zu 400 Mio. SZR gegen Devisen zu kaufen oder die erworbenen SZR gegen Devisen abzugeben, ohne Bundesgarantie (vgl. S. 104).
² Veränderung ausschliesslich wechsellkursbedingt.

Details zur Übersicht: Interims-PRGF ¹ in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Kreditzusage	445,5	459,2	-13,7 ²
Beansprucht	227,7	151,1	+76,6
Noch beanspruchbar	217,8	308,2	-90,4

¹ Befristete Kreditzusage von 250 Mio. SZR an den Treuhandfonds des IWF (vgl. S. 114, Ziffer 12) mit Bundesgarantie für Kapitalrückzahlung und Verzinsung.
² Veränderung ausschliesslich wechsellkursbedingt.

Details zur Übersicht: Allg. Kreditvereinbarungen (AKV) und Neue Kreditvereinbarungen (NKV) ¹ in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Kreditzusage	2 744,2	2 828,8	-84,6 ²
Beansprucht	-	-	-
Nicht beansprucht	2 744,2	2 828,8	-84,6

¹ Kreditlimiten in Höhe von zusammen 1540 Mio. SZR (davon maximal 1020 Mio. SZR im Rahmen der AKV) zugunsten des IWF für besondere Fälle, ohne Bundesgarantie (vgl. Rechenschaftsbericht an die Bundesversammlung).
² Veränderung ausschliesslich wechsellkursbedingt.

Weitere nicht zu bilanzierende Verpflichtungen

Ziffer 28

in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Nachschusspflicht BIZ ¹	115,1	118,6	-3,5
Verpflichtungen aus langfristigen Miet-, Wartungs- und Leasingverträgen	10,0	17,3	-7,3
Total	125,0	135,9	-10,9

¹ Die BIZ-Aktien sind zu 25% liberiert. Die Nachschusspflicht rechnet sich in SZR.

Zur Sicherung eigener Verpflichtungen verpfändete oder abgetretene Aktiven

Ziffer 29

in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Devisenanlagen in USD	22,6	32,5	-10,0
Devisenanlagen in EUR	155,5	89,7	+65,8
Devisenanlagen in GBP	1 119,5	-	+1 109,7
Wertschriften in CHF	657,6	-	+657,6
Total ¹	1 955,1	122,2	+1 681,1

¹ Für Repo- und Futures-Geschäfte hinterlegte Sicherheiten.

Offene Finanzinstrumente¹

in Mio. Franken	31.12.2007			31.12.2006		
	Kontraktwert	Wiederbeschaffungswert		Kontraktwert	Wiederbeschaffungswert	
		positiv	negativ		positiv	negativ
Zinsinstrumente	21 749,7	41,1	38,5	29 588,1	22,3	22,0
Repogeschäfte in						
Schweizer Franken ²	15 802,0	–	–	18 592,0	–	–
Terminkontrakte ¹	1 122,5	4,2	2,8	1 771,5	2,6	7,7
Zinssatzswaps	2 251,8	36,5	34,9	2 856,1	18,7	13,4
Futures	2 573,4	0,5	0,8	6 368,6	1,1	0,9
Devisen	2 905,7	108,3	21,0	5 144,3	11,7	48,4
Terminkontrakte ¹	2 885,7	108,3	20,9	5 144,3	11,7	48,4
Optionen	19,9	–	0,1	–	–	–
Edelmetalle	31,7	0,0	0,0	74,5	–	–
Terminkontrakte ³	31,7	0,0	0,0	74,5	–	–
Beteiligungspapiere/						
Indices	353,7	0,3	0,1	753,2	0,4	0,0
Terminkontrakte ¹	3,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Futures	350,6	0,3	0,1	753,2	0,4	0,0
Total	25 040,8	149,8	59,6	35 560,1	34,4	70,4

1 Einschliesslich Kassageschäften mit Valuta im neuen Jahr.

2 Ausschliesslich Repogeschäften mit Erfüllung im neuen Jahr.

3 Aus Kassaverkäufen mit Valuta im neuen Jahr.

Treuhandanlagen

in Mio. Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Treuhandanlagen des Bundes	521,7	386,9	+134,8

4.4 Risiken von Finanzinstrumenten

Die Tätigkeit der Nationalbank an den Finanzmärkten basiert auf ihrem gesetzlichen Auftrag. Die Anlage der Aktiven untersteht dem Primat der Geld- und Währungspolitik und erfolgt nach den Kriterien Sicherheit, Liquidität und Ertrag. Im Rahmen der Umsetzung ihrer Geld- und Währungspolitik sowie ihrer Anlagepolitik geht die Nationalbank vielfältige finanzielle Risiken ein, wobei das Risikoprofil der Nationalbank durch die Risiken auf den Anlagen bestimmt wird.

Die Nationalbank steuert und begrenzt ihre Risiken durch einen mehrstufigen Anlage- und Risikokontrollprozess, der vom Risikoausschuss des Bankrats bzw. dem Bankrat überwacht wird. Strategische Vorgaben werden vom Direktorium definiert. Deren Einhaltung wird täglich überwacht. In vierteljährlichen Berichten werden Direktorium und Risikoausschuss des Bankrats über die Anlagetätigkeit und die entsprechenden Risiken informiert. Eine detaillierte Beschreibung des Risikokontrollprozesses befindet sich im Rechenschaftsbericht an die Bundesversammlung.

Die Hauptrisiken auf den Anlagen sind die Marktrisiken, d.h. die Goldpreis-, Wechselkurs-, Aktienkurs- und Zinsrisiken. Marktrisiken werden in erster Linie durch Diversifikation gesteuert.

Risiken der Nationalbank

Risikokontrollprozess

Marktrisiken

Bilanz nach Währungen

in Mio. Franken	CHF	Gold	USD	EUR	Übrige	Total
Gold		30 532				30 532
Forderungen aus Goldgeschäften		4 201	43			4 244
Devisenanlagen			15 609	23 048	11 930	50 586
Reserveposition beim IWF					406	406
Internationale Zahlungsmittel					282	282
Währungshilfekredite					273	273
Forderungen aus Repogeschäften in US Dollar			4 517			4 517
Forderungen aus Repogeschäften in Schweizer Franken	31 025					31 025
Wertschriften in Schweizer Franken	4 131					4 131
Übrige	729		109	2	90	931
Total Aktiven gemäss Bilanz	35 885	34 733	20 278	23 050	12 981	126 927
Total Passiven gemäss Bilanz	-125 777		-27	-3	-1 119	-126 927
Devisenderivate (netto) ¹	4 609		-6 109	1	1 583	86
Netto Exposure am 31.12.2007	-85 283	34 733	14 142	23 048	13 446	86
Netto Exposure am 31.12.2006	-78 901	32 174	12 200	21 906	12 577	-45

¹ Lieferansprüche und Lieferverpflichtungen aus Devisenkassa und Devisentermingeschäften.

Gold- und Währungsrisiken

Die Nationalbank hält Währungsreserven in Form von Devisen und Gold, um jederzeit über geld- und währungspolitischen Handlungsspielraum zu verfügen. Währungsrisiken werden nicht gegen Franken abgesichert. In diesem Sinne dient auch der Einsatz von Devisentermingeschäften und Devisenoptionen nicht der Absicherung des Wechselkursrisikos, sondern zur Erreichung strategischer oder taktischer Positionierungen in den Anlagewährungen. Aufgrund ihres grossen Gewichts innerhalb der Anlagen und ihrer ausgeprägten Schwankungsanfälligkeit sind das Gold und der amerikanische Dollar die bedeutendsten Risikofaktoren der Anlagen.

Zinsrisiken

Die Entwicklung der Marktzinsen beeinflusst den Marktwert von fest verzinsten Finanzanlagen. Je länger die Laufzeit einer festverzinslichen Anlage, desto höher ist das entsprechende Zinsrisiko. Zinsrisiken werden durch die Vorgabe von Benchmarks und Bewirtschaftungsrichtlinien limitiert. Gesteuert werden sie u.a. durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente wie Zinsswaps und -futures. Zur Abschätzung des Einflusses von Zinsschwankungen auf den Erfolg wird der sog. «Price Value of one Basis Point» (PVBP) berechnet, der die Auswirkung eines gleichzeitigen Anstiegs der Zinskurven in allen Anlagewährungen um einen Basispunkt (0,01 Prozentpunkt) zeigt. Ein positiver PVBP entspricht einem Verlust. Die Duration misst die durchschnittliche Bindungsdauer des eingesetzten Kapitals und ist damit ebenfalls ein Indikator für das Zinsrisiko. Die Duration ist umso länger, je länger die Restlaufzeiten der Anlagen und je niedriger die Coupons sind. Je länger die Duration ist, desto höher sind die Kursverluste bei einem Zinsanstieg.

Zinstragende Anlagen

Stand am 31.12.	2007	Marktwert		PVBP ¹	2006	Marktwert		PVBP ¹
	Duration Jahre	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken	Duration Jahre	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
Goldleihe		4 241				3 028		
Anlagen in CHF ²	5,0	4 131	2		5,4	4 908	3	
Anlagen in USD	4,1	13 583	6		4,1	12 768	6	
Anlagen in EUR	3,9	20 895	8		4,2	19 300	8	
Anlagen in übrigen Währungen	4,3	7 783	4		4,2	6 733	3	

1 Marktwertänderung pro Basispunkt Parallelverschiebung der Zinskurve.
2 Ohne Repos.

Aktienpreissrisiken

Das Aktienengagement dient der Optimierung des Risiko-Rendite-Profiles. Aktienanlagen werden passiv getätigt, indem breite Indizes nachgebildet werden. Ende 2007 waren 5653 Mio. Franken (2006: 4755 Mio.) in Aktien investiert. Hinzu kamen Aktienindexfutures mit einem Kontraktvolumen von 351 Mio. Franken (2006: 753 Mio.) zur taktischen Feinsteuerung.

Das gesamte Marktrisiko der Aktiven kann unter anderem anhand des Value-at-Risk (VaR) abgeschätzt werden (vgl. dazu die Erläuterungen im Rechenschaftsbericht). Berechnet auf den Aktiven gemäss der Zusammensetzung von Ende 2007 betrug der VaR 9,4 Mrd. Franken (2006: 7,1 Mrd.) oder rund 7,9 Prozent der Aktiven. Das heisst, dass aus statistischer Sicht in höchstens einem von 20 Jahren ein Verlust von mehr als 9,4 Mrd. Franken resultieren sollte. Der grösste Teil des Risikos stammt aus Goldpreis- und Wechselkursrisiken; weniger bedeutend sind die Aktienpreis- und Zinsrisiken. Der VaR kann lediglich Anhaltspunkte über das Risiko der Aktiven geben. Zur Risiko-beurteilung werden weitere Parameter herangezogen und periodisch Zusatzanalysen wie Stress- und Szenarioanalysen durchgeführt.

Gesamtes Marktrisiko

Kreditrisiken entstehen durch die Möglichkeit, dass Gegenparteien oder Emittenten von Wertpapieren ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Kreditrisiken entstehen der Nationalbank durch Anlagen in Wertpapieren und durch «Over-the-Counter»-Geschäfte mit Banken. Die aus OTC-Geschäften resultierenden Kreditrisiken stammen aus kurzfristigen Anlagen, aus Derivatkontrakten (relevant sind die Wiederbeschaffungswerte) sowie aus der Goldleihe. Hinzu kommen jene Kreditrisiken, die auf den nicht vom Bund gesicherten Zusagen gegenüber dem IWF basieren.

Ausfallrisiken: Kreditrisiken

Zur Steuerung der Kreditrisiken gegenüber Gegenparteien verwendet die Nationalbank ein Limitensystem, welches das aggregierte Engagement in allen Geschäftsarten begrenzt. Es wird ein überdurchschnittliches Rating vorausgesetzt. Die überwiegende Mehrheit der Gegenparteien verfügt über Ratings im Bereich von AA. Zudem werden gewisse Geschäfte gegen Hinterlagen abgeschlossen. Die gesamte ungedeckte Exposure der Nationalbank gegenüber dem internationalen Bankensektor betrug Ende Jahr rund 2,6 Mrd. Franken (2006: 3,1 Mrd.). Für Schuldner von Anleihen wird ein Mindest-Rating im «Investment-grade»-Bereich vorausgesetzt. Die Ratingverteilung der Anlagen ist im Rechenschaftsbericht an die Bundesversammlung illustriert. Insgesamt tragen die Kreditrisiken nur unwesentlich zum Gesamtrisiko bei.

Das Länderrisiko bezieht sich darauf, dass ein Staat Zahlungen von in seinem Hoheitsgebiet domizilierten Schuldnern oder die Verfügungsgewalt über dort deponierte Vermögenswerte blockieren kann. Um keine einseitigen Länderrisiken einzugehen, achtet die Nationalbank auf eine Verteilung der Vermögenswerte auf verschiedene Depotstellen und Länder.

... und Länderrisiken

Die Liquiditätsrisiken der Nationalbank beziehen sich auf die Gefahr, dass Anlagen in Fremdwährungen im Bedarfsfall nicht, nur teilweise oder mit hohen Preisnachlässen verkauft werden können. Gründe für die Einschränkung der Handelbarkeit können marktmanente oder technische Störungen oder regulatorische Änderungen sein. Eine hohe Liquidität der Devisenreserven wird durch einen hohen Bestand an liquiden Staatsanleihen in den Hauptwährungen Euro und amerikanischer Dollar erreicht. Die Liquiditätsrisiken werden periodisch neu beurteilt.

Liquiditätsrisiken

Anträge des Bankrats

Anträge des Bankrats an die Generalversammlung

Der Bankrat genehmigte an seiner Sitzung vom 29. Februar 2008 Jahresbericht und Jahresrechnung 2007 des vom Erweiterten Direktorium vorgelegten 100. Geschäftsberichts zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre.

Der Bundesrat erteilte seine in Art. 7 Abs. 1 NBG vorgesehene Genehmigung von Jahresbericht und Jahresrechnung am 14. März 2008. Die Revisionsstelle unterzeichnete ihren Bericht am 29. Februar 2008.

Der Bankrat stellt der Generalversammlung Antrag:

1. den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2007 zu genehmigen;
2. das Jahresergebnis (Bilanzgewinn) von CHF 7 995 517 099,42 wie folgt zu verwenden:

Gewinnverwendung	2007
Mio. Franken	
Jahresergebnis (Bilanzgewinn gemäss Art. 36 NBG)	7 995,5
Zuweisung an die Rückstellungen für Währungsreserven (Art. 30 Abs. 1 NBG)	-751,0
Ausschüttbarer Jahresgewinn (Art. 30 Abs. 2 NBG)	7 244,5
Zuweisung an die Ausschüttungsreserve	-4 743,0
Total Gewinnausschüttung (Art. 31 NBG)	2 501,5
Ausrichtung einer Dividende von 6%	-1,5
Ausschüttung an Bund und Kantone ¹	-2 500,0
Saldo nach Gewinnverwendung	-

1 Vereinbarung EFD/SNB über die Gewinnausschüttung vom 5.04.2002.

3. dem Bankrat Entlastung zu erteilen;
4. Armin Jans, Daniel Lampart, Franz Marty und Alexandre Swoboda, bisherige Mitglieder (vgl. S. 132), sowie Gerold Bühler, Thayngen, Präsident der economiesuisse, zu Mitgliedern des Bankrats für die Amtsdauer 2008–2012 zu wählen;
5. PricewaterhouseCoopers AG, Zürich, zur Revisionsstelle für die Amtsdauer 2008–2009 zu wählen.

Bericht der Revisionsstelle

Bericht der Revisionsstelle an die Generalversammlung

Als Revisionsstelle haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang; Seiten 96–125) der Schweizerischen Nationalbank für das am 31. Dezember 2007 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Bankrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Schweizer Prüfungsstandards, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung vermittelt die Jahresrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Swiss GAAP FER, wobei wir auf die im Anhang zur Jahresrechnung erläuterten Besonderheiten in der Rechnungslegung der Schweizerischen Nationalbank, der mit dem Notenmonopol ausgestatteten Zentralbank der Schweiz, verweisen.

Ferner entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung sowie der Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinns den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Schweizerische Nationalbank und des Obligationenrechts.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

PricewaterhouseCoopers AG

Peter Ochsner
Leitender Revisor

Yvonne Staub

Zürich, 29. Februar 2008

Aufstellungen

1 Geld- und währungspolitische Chronik 2007

Am 15. März erhöht das Direktorium an der vierteljährlichen Lagebeurteilung das Zielband für den Dreimonats-Libor auf 1,75%–2,75%. Der Dreimonats-Libor soll bis auf weiteres im mittleren Bereich des Zielbands gehalten werden (vgl. S. 30).

März

Am 14. Juni erhöht das Direktorium an der vierteljährlichen Lagebeurteilung das Zielband für den Dreimonats-Libor auf 2,00%–3,00%. Der Dreimonats-Libor soll bis auf weiteres im mittleren Bereich des Zielbands gehalten werden (vgl. S. 30f.).

Juni

Am 1. Juli tritt die revidierte Verordnung zum Nationalbankgesetz (Nationalbankverordnung, NBV) in Kraft. Die Nationalbankverordnung war im März 2004 vom Direktorium erlassen und zusammen mit dem Nationalbankgesetz am 1. Mai 2004 in Kraft gesetzt worden. Sie enthält die Ausführungsbestimmungen zu drei Bereichen des Nationalbankgesetzes, nämlich zu den Statistikbefugnissen der SNB, zu den Mindestreservevorschriften und zur Überwachung von Zahlungs- und Effektenabwicklungssystemen. Die Nationalbankverordnung hatte sich bewährt; gleichwohl bestand in allen drei Bereichen Anpassungsbedarf (vgl. S. 81).

Juli

Am 13. September beschliesst das Direktorium an der vierteljährlichen Lagebeurteilung, den Dreimonats-Libor, der zuvor bis auf 2,90% angestiegen war, auf 2,75% zurückzuführen und das Zielband für den Dreimonats-Libor auf 2,25%–3,25% zu erhöhen (vgl. S. 32f.).

September

Am 12. Dezember belässt das Direktorium an der vierteljährlichen Lagebeurteilung das Zielband für den Dreimonats-Libor bei 2,25%–3,25%. Der Dreimonats-Libor soll bis auf weiteres im mittleren Bereich des Zielbands gehalten werden (vgl. S. 33f.).

Dezember

Am 17. Dezember beteiligt sich die Nationalbank an einer konzertierten Liquiditätsmassnahme von Zentralbanken in US-Dollar (vgl. S. 43).

2 Bankorgane und Regionale Wirtschaftsbeiräte

(Stand 1. Januar 2008)

Bankrat	Dr. Hansueli Raggenbass, Kesswil, Rechtsanwalt, Präsident ^{1, 2, 5} 2001/2004
(Amtsperiode 2004–2008)	* Ueli Forster, St. Gallen, Präsident des Verwaltungsrats der Forster Rohner AG ^{1, 5} 2002/2004
	Dr. Konrad Hummler, Teufen, geschäftsführender Teilhaber der Wegelin & Co. Privatbankiers ^{4, 5} 2004
	* Prof. Dr. Armin Jans, Zug, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften ^{3, 5} 1999/2004
* Wahl durch die Generalversammlung	* Dr. Daniel Lampart, Zürich, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds ^{4, 5} 2007
1 Mitglied des Entschädigungsausschusses	* Dr. h.c. Franz Marty, Goldau ^{3, 5} 1998/2004
2 Mitglied des Ernennungsausschusses	Laura Sadis, Lugano, Regierungsrätin, Vorsteherin des Finanz- und Volkswirtschaftsdepartements des Kantons Tessin ⁵ 2007
3 Mitglied des Prüfungsausschusses	Fritz Studer, Meggen ^{3, 5} 2004
4 Mitglied des Risikoausschusses	Jean Studer, Neuenburg, Regierungsrat, Vorsteher des Departements für Justiz, Sicherheit und Finanzen des Kantons Neuenburg ⁵ 2007
5 Erst- bzw. letzte Wahl in den Bankrat	* Prof. Dr. Alexandre Swoboda, Genf, Professor am Institut de Hautes Etudes Internationales et du Développement ^{2, 4, 5} 1997/2004

Dr. Hansueli Raggenbass

- Präsident des Verwaltungsrats der SWICA Gesundheitsorganisation, Winterthur, und verbundener Unternehmen
- Vizepräsident des Verwaltungsrats der Internationalen Treuhand AG und der Remaco Merger AG, Basel
- Mitglied des Verwaltungsrats der BFW Group AG und der BFW Liegenschaften AG, Frauenfeld
- Mitglied des Verwaltungsrats der Oerlikon Contraves AG, Zürich

Ueli Forster

- Präsident des Verwaltungsrats der Inter-Spitzen AG, Oberbüren
- Vizepräsident des Verwaltungsrats der Helvetia Holding AG, St. Gallen

Dr. Konrad Hummler

- Präsident des Verwaltungsrats der BrainsToVentures AG, St. Gallen
- Präsident des Verwaltungsrats der Telsonic AG, Bronschhofen
- Mitglied des Verwaltungsrats der Christian Fischbacher Co. AG und der Christian Fischbacher Holding AG, beide St. Gallen
- Mitglied des Verwaltungsrats der Credit Europe Bank (Suisse) S.A., Genf
- Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Börse AG, Frankfurt am Main
- Mitglied des Verwaltungsrats der Habib Bank AG, Zürich
- Mitglied des Verwaltungsrats der Neuen Zürcher Zeitung AG, Zürich
- Mitglied des Verwaltungsrats der Private Client Bank, Zürich

Prof. Dr. Armin Jans

- Vizepräsident des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands Deutschschweiz, Zürich
- Mitglied des Bankrats der Zuger Kantonalbank, Zug

Dr. Daniel Lampart

- Keine

Dr. h.c. Franz Marty

- Präsident des Verwaltungsrats der Raiffeisen Schweiz, St. Gallen
- Präsident des Stiftungsrats der Schweizerischen Berghilfe, Adliswil

Laura Sadis

- Vizepräsidentin der Kommission der Pensionskasse der Angestellten des Kantons Tessin, Bellinzona
- Mitglied des Verwaltungsrats der Vereinigten Schweizerischen Rheinsalinen, Pratteln

Fritz Studer

- Präsident des Verwaltungsrats der Luzerner Kantonalbank, Luzern
- Mitglied des Verwaltungsrats der Sika AG, Baar

Jean Studer

- Präsident der Pensionskasse des Kantons Neuenburg, Neuenburg
- Mitglied des Verwaltungsrats der Vereinigten Schweizerischen Rheinsalinen, Pratteln

Prof. Dr. Alexandre Swoboda

- Mitglied des Verwaltungsrats der ABD Capital SA, Genf
- Mitglied des Verwaltungsrats der LB InterFinanz AG, Zürich

PricewaterhouseCoopers AG, Zürich

**Weitere wesentliche
Interessenbindungen der
Bankräte**

**Revisionsstelle
(Amtsperiode 2007/2008)**

Regionale Wirtschaftsbeiräte
(Amtsperiode 2004–2008)

Genf	Raymond Léchaire, Bussigny, Direktor und Leiter der Verkaufsregion
	Coop suisse romande, Vorsitzender
	Robert Deillon, Coppet, Generaldirektor des Aéroport International de Genève
	Patrick Pillet, Genf, Direktor von Pillet SA
Mittelland	Edgar Geiser, Brügg/BE, Stellvertretender Generaldirektor Finanzen und Controlling und Mitglied der Konzernleitung der Swatch Group AG, Vorsitzender
	Oscar A. Kambly, Trubschachen, Präsident des Verwaltungsrats der Kambly SA, Spécialités de Biscuits Suisses
	Dr. André Haemmerli, La Chaux-de-Fonds, Generaldirektor der Johnson & Johnson SA im Kanton Neuenburg
	Kurt Loosli, Stüsslingen, CEO der EAO AG
Nordwestschweiz	Dr. Hans Büttiker, Dornach, CEO der EBM, Vorsitzender
	Dr. Matthys Dolder, Biel-Benken, CEO der Dolder AG
	Dr. Gabriele Gabrielli, Möriken, Leiter Verkauf Schweiz der ABB Schweiz AG
	René Kamm, Basel, CEO der MCH Messe Schweiz (Holding) AG
Ostschweiz	Urs Kienberger, Sils Maria, Direktor und Präsident des Verwaltungsrats des Hotels Waldhaus Sils, Vorsitzender
	Christoph Leemann, St. Gallen, Präsident des Verwaltungsrats der Union AG
	Eliano Ramelli, Trogen, Partner und Mitglied der Geschäftsleitung der Abacus Research AG
	Bernhard Merki, Tuggen, Direktionspräsident und CEO der Netstal-Maschinen AG
Tessin	Giancarlo Bordonni, Viganello, Präsident des Verwaltungsrats der Oleificio Sabo SA, Vorsitzender
	José Luis Moral, Gudo, Member of Group Executive Committee, Leiter der EDM Technology Unit der Agie Charmilles Management Ltd.
	Lorenzo Emma, Vezia, Direktor der Migros Tessin
Waadt-Wallis	Bernard Rüeger, Féchy, Generaldirektor der Rüeger SA, Vorsitzender
	Jean-Jacques Miauton, Epalinges, Präsident des Verwaltungsrats und Generaldirektor der Gétaz Romang Holding SA
	Jean-Yves Bonvin, Granois, Generaldirektor der Rhône Média SA

Dr. Werner Steinegger, Schwyz, Delegierter des Verwaltungsrats der
Celfa AG, Vorsitzender

Zentralschweiz

Xaver Sigrüst, Luzern, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der
Anliker AG, Bauunternehmung

David Dean, Volketswil, Direktionspräsident der Bossard Gruppe

André Zimmermann, Horw, Direktor der Pilatus-Bahnen

Dr. Reto H. Müller, Dietikon, Präsident des Verwaltungsrats und CEO der
Helbling Holding AG, Vorsitzender

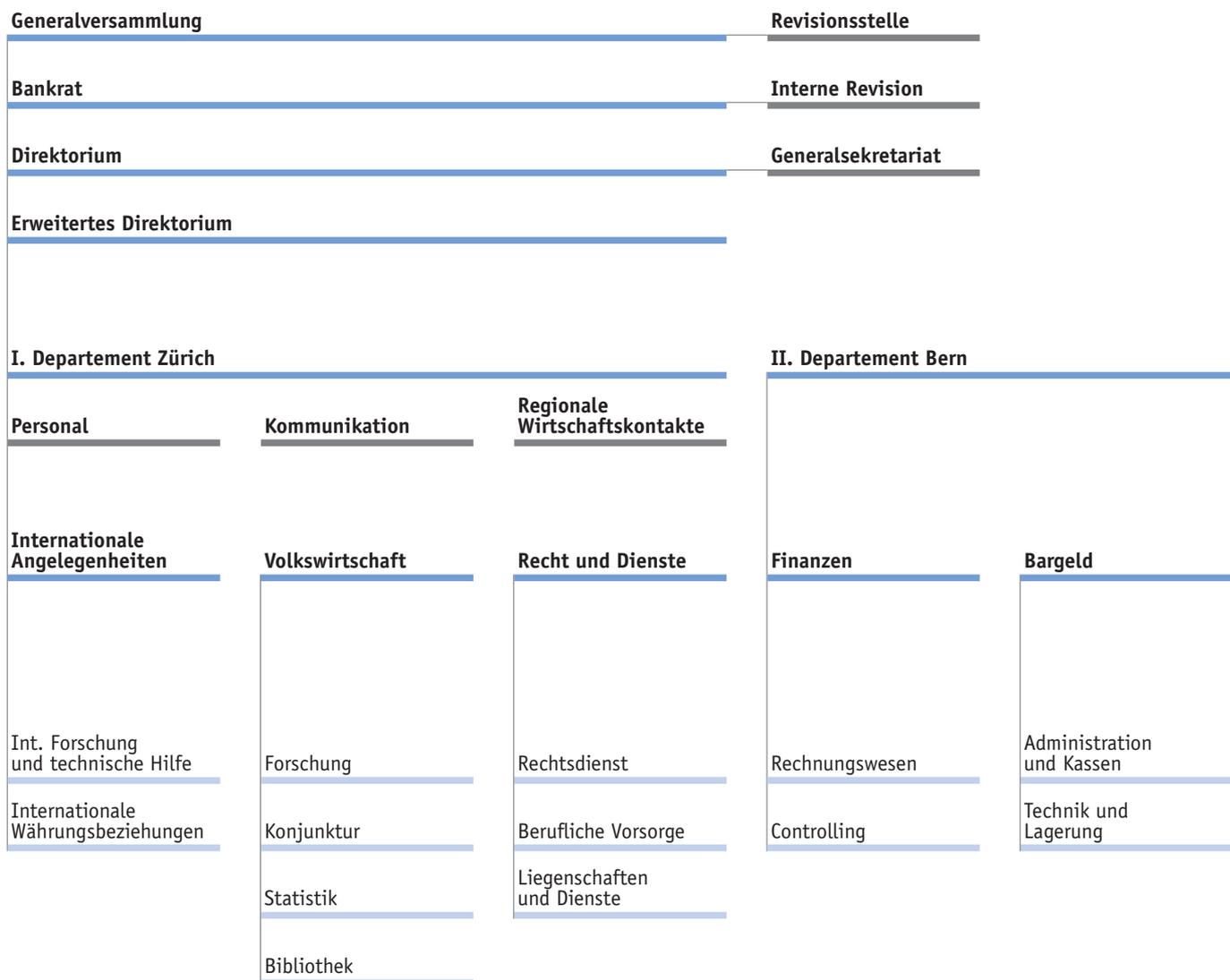
Zürich

Hans R. Rüegg, Rüti/ZH, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der
Baumann Federn AG

Milan Prenosil Sprüngli, Kilchberg, Präsident des Verwaltungsrats der
Confiserie Sprüngli AG

Direktorium (Amtdauer 2003 – 2009)	Dr. Jean-Pierre Roth, Präsident, Vorsteher des I. Departements, Zürich
	Dr. Philipp M. Hildebrand, Vizepräsident, Vorsteher des II. Departements, Bern
	Prof. Dr. Thomas J. Jordan, Mitglied, Vorsteher des III. Departements, Zürich
Erweitertes Direktorium (Amtdauer 2003 – 2009)	Dr. Jean-Pierre Roth, Präsident des Direktoriums
	Dr. Philipp M. Hildebrand, Vizepräsident des Direktoriums
	Prof. Dr. Thomas J. Jordan, Mitglied des Direktoriums
	Prof. Dr. Ulrich Kohli, Stellvertretendes Mitglied des Direktoriums, Chief Economist
	Dr. Thomas Wiedmer, Stellvertretendes Mitglied des Direktoriums, Chief Financial Officer
	Dewet Moser, Stellvertretendes Mitglied des Direktoriums, Chief Investment Officer
Direktion	Ausführliches Verzeichnis:
	http://www.snb.ch , Seite Die SNB/Organisation und Organe/Direktion

3 Organigramm



III. Departement Zürich

Finanzsysteme

Finanzstabilität

Überwachung

Sicherheit

Analyse und
Prävention

Kontrolldienste

Finanzmärkte

Geldmarkt und
Devisenhandel

Asset Management

Risikomanagement

Finanzmarkt-
analysen

Operatives Bankgeschäft

Zahlungsverkehr

Backoffice

Support

Informatik

Bankauftrag

Bankbetrieb

Infrastruktur

4 Publikationen

Die gedruckten Publikationen sind verfügbar auf Internet:
www.snb.ch, Rubrik Publikationen.

Geschäftsbericht	<p>Der Geschäftsbericht erscheint jeweils im April in Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch.</p> <p>Bezug: gratis</p>
Berichte über die Zahlungsbilanz, das Auslandvermögen und die Direktinvestitionen	<p>Die «Zahlungsbilanz der Schweiz ...» kommentiert die Entwicklung der Zahlungsbilanz und erscheint einmal im Jahr als Beilage zum Statistischen Monatsheft.</p> <p>Der Bericht über das Auslandvermögen der Schweiz kommentiert die Entwicklung der Auslandaktiven, der Auslandpassiven und des Nettovermögens der Schweiz. Er erscheint einmal jährlich als Beilage zum Statistischen Monatsheft (Dezemberausgabe).</p> <p>Der Bericht über die Direktinvestitionen kommentiert die Entwicklung der schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland und der ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz. Er erscheint einmal jährlich als Beilage zum Statistischen Monatsheft (Dezemberausgabe).</p> <p>Die Berichte werden in Deutsch, Französisch und (nur elektronisch) Englisch veröffentlicht.</p> <p>Bezug: gratis</p>
Finanzierungsrechnung der Schweiz	<p>Die Finanzierungsrechnung der Schweiz stellt Umfang und Struktur der Forderungen und Verpflichtungen der volkswirtschaftlichen Sektoren der Schweiz sowie jene zwischen dem In- und Ausland dar. Der Bericht erscheint jeweils im Herbst als Beilage zum Statistischen Monatsheft in Deutsch, Französisch und Englisch.</p> <p>Bezug: gratis</p>
Bericht zur Finanzstabilität	<p>Der Bericht zur Finanzstabilität enthält eine Einschätzung der Stabilität des Schweizer Bankensektors. Er erscheint jährlich im Juni und wird in Deutsch, Französisch und Englisch veröffentlicht.</p> <p>Bezug: gratis</p>
Quartalsheft	<p>Das Quartalsheft umfasst den Bericht über die Geldpolitik für die vierteljährliche Lagebeurteilung des Direktoriums. Zudem werden Artikel zu aktuellen notenbankpolitischen Fragen sowie Zusammenfassungen der Economic Studies und Working Papers der SNB publiziert. Weiterhin enthält das Quartalsheft die Referate an der Generalversammlung und die geld- und währungspolitische Chronik. Das Quartalsheft erscheint in Deutsch, Französisch und (nur elektronisch) in Englisch.</p> <p>Preis: pro Jahr Fr. 25.-* (Ausland Fr. 30.-); für Abonnenten des statistischen Monatsheftes: pro Jahr Fr. 15.-* (Ausland Fr. 20.-)</p>

In den beiden Reihen «Swiss National Bank Economic Studies» und «Swiss National Bank Working Papers» werden in unregelmässigen Abständen ökonomische Beiträge publiziert. Diese erscheinen jeweils nur in einer Sprache (Deutsch, Französisch oder Englisch).

Bezug: gratis

**Swiss National Bank
Economic Studies /
Swiss National Bank
Working Papers**

Das statistische Monatsheft enthält grafische und tabellarische Darstellungen der wichtigsten schweizerischen und internationalen Wirtschaftsdaten (in Deutsch, Französisch und [nur elektronisch] Englisch).

Das Bankenstatistische Monatsheft enthält detaillierte Angaben aus der Bankenstatistik (in Deutsch, Französisch und [nur elektronisch] Englisch). Das jeweils aktuelle Heft nebst maschinenlesbaren Daten findet sich im Internet in der Rubrik Publikationen/Bankenstatistisches Monatsheft. In gedruckter Form erscheint es einmal pro Quartal (gratis als Beilage zum Statistischen Monatsheft).

Preis: pro Jahr Fr. 40.–* (Ausland Fr. 80.–)

**Statistisches
Monatsheft /
Bankenstatistisches
Monatsheft**

«Die Banken in der Schweiz» ist ein kommentiertes statistisches Quellenwerk über Struktur und Entwicklung des Bankensektors in der Schweiz. Die Angaben stützen sich im Wesentlichen auf die Jahresendstatistik der Nationalbank. Die Publikation erscheint Mitte Jahr in Deutsch, Französisch und Englisch.

Preis: Fr. 20.–*

**Die Banken in der
Schweiz**

Aus Anlass ihres 100-jährigen Bestehens begann die Schweizerische Nationalbank 2007, Broschüren mit historischen statistischen Daten zu publizieren. Sie betreffen Themenbereiche mit Bedeutung für die Formulierung und Umsetzung der Geldpolitik in Vergangenheit und Gegenwart. Wo immer möglich decken die Datenreihen den Zeitraum der letzten 100 Jahre ab. Die Broschüren enthalten zudem Kommentare über die Datenreihen, welche die Berechnungsmethodik, für gewisse Themenbereiche aber auch den historischen und regulatorischen Hintergrund erläutern. Die Publikationsreihe umfasst mehrere Broschüren, die in unregelmässigen Abständen erscheinen. Die Broschüren sind in Deutsch, Französisch und Englisch verfügbar.

Bezug: gratis

Historische Zeitreihen

Die «Nationalbank» macht auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Schweizerischen Nationalbank aufmerksam und regt zu eigenen Gedanken über die Schweizer Wirtschaft an. Die vom Verein «Jugend und Wirtschaft» in der Reihe «Input», Nummer 5/2005, in Deutsch, Französisch und Italienisch herausgegebene Schrift wird durch eine E-Lesson (www.jugend-wirtschaft.info) ergänzt.

Bezug: gratis

Die «Nationalbank»

Die Broschüre «Ein Kurzporträt» beschreibt auf dreissig Seiten das geldpolitische Konzept, wichtige Aufgaben sowie Organisation und Rechtsgrundlagen der Tätigkeit der Nationalbank. Die Broschüre erscheint in Deutsch, Französisch, Englisch und Italienisch.

Bezug: gratis

Ein Kurzporträt

iconomix	<p>iconomix ist ein neues Bildungsangebot der Schweizerischen Nationalbank, welches anlässlich ihres hundertjährigen Jubiläums im Jahr 2007 lanciert wurde. Das modular aufgebaute Lehr- und Lernangebot vermittelt auf spielerische Weise ökonomische Grundprinzipien und Denkweisen. Es richtet sich primär an Lehrpersonen und Lernende der Sekundarstufe II (Berufsfachschulen, Gymnasien, Fachmittelschulen), ist aber für die gesamte Öffentlichkeit frei zugänglich.</p> <p>Gratis verfügbar unter: www.iconomix.ch</p>
Weitere allgemeine Informationsmittel	<p>Die Broschüre «Was heisst hier Geld?» stellt die Tätigkeit der Nationalbank in einfacher Form dar. Sie ist geeignet für den Schulunterricht auf Mittel- und Oberstufe.</p> <p>Die Broschüre «Die Nationalbank und das liebe Geld» informiert über die Nationalbank und ihre Aufgaben. Sie richtet sich an den Unterricht auf der Oberstufe, die Berufsausbildung sowie an allgemein Interessierte.</p> <p>Das Lexikon «Von Aktiengesellschaft bis Zweigstellen» erklärt wichtige Begriffe aus der Welt der Nationalbank und des Geldes.</p> <p>Die Internet-Seite www.snb.ch, «Die Welt der Nationalbank», vermittelt die Inhalte obiger Broschüren in einer dem Internet angepassten Form.</p> <p>Der Kurzfilm «Die Nationalbank und das Geld» (auf DVD oder Video erhältlich) illustriert die Eigenschaften des Geldes.</p> <p>Der Kurzfilm «Die Nationalbank und ihre Geldpolitik» (auf DVD oder Video erhältlich) veranschaulicht die Durchführung der Geldpolitik im Alltag und erläutert die Grundlagen der Geldpolitik.</p> <p>Alle Informationsmittel sind auf Deutsch, Französisch, Englisch und Italienisch erhältlich. Bezug: gratis</p>
Die Schweizerische Nationalbank 1907–2007	<p>«Die Schweizerische Nationalbank 1907–2007», unter Mitwirkung interner Autoren und international renommierter Fachleute entstanden, befasst sich mit der Geschichte des Noteninstituts und aktuellen geldpolitischen Themen. Der 1. Teil behandelt die ersten 75 Jahre der SNB. Der 2. Teil geht auf die Zeit nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen in den 1970er-Jahren ein. Im 3. Teil folgen (in allen Sprachversionen auf Englisch) eine Beurteilung der jüngeren Schweizer Geldpolitik und eine Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen der Notenbankpolitik aus Sicht der Wissenschaft.</p> <p>Die Festschrift ist im Buchhandel auf Deutsch, Französisch, Englisch und Italienisch erhältlich.</p>
Bezugsstellen	<p>Schweizerische Nationalbank, Dokumentation, Bundesplatz 1, CH-3003 Bern, Tel +41 31 327 02 11, E-Mail library@snb.ch</p> <p>Schweizerische Nationalbank, Bibliothek, Fraumünsterstrasse 8, Postfach, CH-8022 Zürich Tel. +41 44 631 32 84, E-Mail library@snb.ch</p>

* Alle Preise inkl. 2,4% MWST.

5 Adressen

Bern		Sitze
Bundesplatz 1	Telefon +41 31 327 02 11	
3003 Bern	Telefax +41 31 327 02 21	
Zürich		
Börsenstrasse 15	Telefon +41 44 631 31 11	
8022 Zürich	Telefax +41 44 631 39 11	
Genf		Zweigniederlassung mit Kassenbetrieb
Rue François Diday 8	Telefon +41 22 818 57 11	
Postfach	Telefax +41 22 818 57 62	
1211 Genf 11		
Basel		Vertretungen
Aeschenvorstadt 55	Telefon +41 61 270 80 80	
Postfach	Telefax +41 61 270 80 87	
4010 Basel		
Lausanne		
Rue de la Paix 6	Telefon +41 21 213 05 11	
Postfach	Telefax +41 21 213 05 18	
1002 Lausanne		
Lugano		
Via Pioda 6	Telefon +41 91 911 10 10	
Postfach	Telefax +41 91 911 10 11	
6901 Lugano		
Luzern		
Münzgasse 6	Telefon +41 41 227 20 40	
Postfach	Telefax +41 41 227 20 49	
6000 Luzern 7		
St. Gallen		
Neugasse 43	Telefon +41 71 227 25 11	
Postfach	Telefax +41 71 227 25 19	
9004 St. Gallen		

Die Schweizerische Nationalbank unterhält von Kantonalbanken geführte Agenturen in Altdorf, Appenzell, Basel, Biel, Chur, Freiburg, Glarus, Liestal, Luzern, Sarnen, Schaffhausen, Schwyz, Sitten, Stans, Thun und Zug.

Agenturen

<http://www.snb.ch>
snb@snb.ch

Internet

6 Rundungsregeln und Abkürzungen

Rundungen	<p>Die in Erfolgsrechnung, Bilanz und Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Das Total kann deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.</p> <p>Die Angaben 0 und 0,0 sind gerundete Werte. Sie bedeuten, dass weniger als die Hälfte der verwendeten Einheit, jedoch mehr als nichts vorhanden ist (gerundete Null).</p> <p>Ein Strich (-) an Stelle einer Zahl zeigt an, dass nichts vorhanden ist (echte Null).</p>
------------------	--

Abkürzungen	Abs.	Absatz
	Art.	Artikel
	AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts
	BFS	Bundesamt für Statistik
	BIZ	Bank für internationalen Zahlungsausgleich
	Bst.	Buchstabe
	BV	Bundesverfassung
	CAD	kanadischer Dollar
	CHF	Schweizerfranken
	DKK	Dänische Krone
	EBK	Eidgenössische Bankenkommission
	eidg.	eidgenössisch
	EUR	Euro
	Fed	US-Federal Reserve System
	FER	Fachempfehlungen zur Rechnungslegung
	EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
	G-7	Gruppe der sieben führenden Industrieländer
	G-10	Zehnergruppe
	GAAP	Generally Accepted Accounting Principles
	GBP	Englisches Pfund
	IWF	Internationaler Währungsfonds
	JPY	japanischer Yen
	Libor	London interbank offered rate
	LIK	Landesindex der Konsumentenpreise
	Mio.	Millionen
	Mrd.	Milliarden
	NBG	Nationalbankgesetz
	NBV	Nationalbankverordnung
	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
	OR	Schweizerisches Obligationenrecht
	PRGF	Poverty Reduction and Growth Facility des IWF
	SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
	SIC	Swiss Interbank Clearing
	SNB	Schweizerische Nationalbank
	sog.	so genannt
	SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
	SZR	Sonderziehungsrechte
	USD	US-Dollar
	WZG	Währungs- und Zahlungsmittelgesetz

Impressum

Herausgeberin

Schweizerische Nationalbank
CH-8022 Zürich
Tel. +41 44 631 31 11

Sprachen

Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch

Gestaltung

Weiersmüller Bossard Grüninger WBG, Zürich

Satz und Druck

Neidhart + Schön AG, Zürich

Copyright

Nachdruck und Verwendung von Zahlen unter Quellenangabe gestattet

Kapitel Hundertjahrjubiläum

Layout: Satzart AG, Bern
Fotos: Michael Stahl, Bern; Keystone

Herausgegeben

Im April 2008

ISSN 1421-5497 (Print-Ausgabe)

ISSN 1662-1735 (Online-Ausgabe)





1. Serie
1907–1925



2. Serie
1911–1958 (1980)



3. Serie
1918–1956



4. Serie
nicht emittiert



5. Serie
1956–1980



6. Serie
1976–2000



7. Serie
nicht emittiert



8. Serie
ab 1995

